



Pressestimmen zur Ausstellung

**„Erzwungene Wege.
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“**
<http://www.z-g-v.de/aktuelles/?id=502>

(zusammengestellt von Zeitgeschichte-online, Stand: 07.09.2006)

- 07.09.2006 Die Zeit S. 12**
Gesine Schwan
Das Trauma-Spiel. Die Vertriebenenverbände verschweigen allzu oft, dass unter den Verjagten auch Täter waren. Damit tun sie sich keinen Gefallen.
- 07.09.2006 Der Tagesspiegel S. 5**
Kilian Kirchgässner
Neue alte Töne aus Prag. Außenminister kritisiert Vertriebenenausstellung
- 31.08.2006 Der Tagesspiegel S. 5**
epd/rtr
Köhler weist Polens Kritik an Vertriebenenausstellung zurück
- 29.08.2006 Süddeutsche Zeitung**
Peter Jahn
Die vergessenen Russen. Leerstellen der Berliner Ausstellung über Flucht und Vertreibung
- 26./27.08.2006 Neues Deutschland S. 21**
Velten Schäfer
Leidensquartett im Kronprinzenpalais. „Erzwungene Wege“: Die Vertriebenen sollten endlich ihre ganze Geschichte erzählen
 Der Bund der Vertriebenen (BdV) versucht sich als Nichtregierungsorganisation für nationale Minderheitenrechte in Europa neu zu erfinden. Doch diese Schuhe sind zu groß für BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Stattdessen sollten die Vertriebenen den Mut haben, endlich ihre ganze Geschichte zu erzählen.
 Die Bund der Vertriebenen-Ausstellung »Erzwungene Wege« ist ein Ärgernis. Allerdings nicht etwa, weil sie zu wenig berücksichtigte, »dass die Vertreibung der Deutschen eine Antwort war auf deutsche Verbrechen«, wie eine liberale Zeitung kritisierte. Auch nicht, weil sie den Zusammenhang zwischen Polens Westverschiebung und dem deutschen Angriffskrieg zu niedrig hängte oder nicht ausreichend darüber reflektierte, »ob einem Heimatverlust nicht frühere Eroberung vorausgegangen war«, wie es in anderen Blättern hieß.

Eine solche Kritik trifft die Ausstellung nicht. Die Verbrechen der Deutschen finden in der Schau im Berliner Kronprinzenpalais einen Platz – und auch, wer nach Reizworten wie »Deutsch-« oder »Volkstum« sucht, wird in der Ausstellung nicht fündig. Ärgerlich ist die Schau – trotz der interessanten Video-Interviews mit Zeitzeugen – aus einem ganz anderen Grund: Hier wurde einmal mehr die Chance vertan, endlich die ganze Geschichte zu erzählen. Gewiss: Erst der entgrenzte Krieg senkte die moralischen Standards so weit, dass eine solche Millionenaustreibung vorstellbar wurde. Aber dennoch müsste die »ganze Geschichte« weiter zurückgreifen. Flucht und Vertreibung um 1945 sind nicht einfach Resultat des Krieges. Sie markieren den traurigen Höhe- und Endpunkt eines eigenständigen Konfliktzusammenhangs, der von den so genannten Grenz- oder Nationalitätenkämpfen in der Spätphase der mitteleuropäischen Kaiserreiche über die Minderheitenkonflikte und den Irredentismus der 1920er sowie die »Umvolkungspolitik« der Nazis bis zur brachialen Homogenisierung nach 1945 reicht.

Zeitgenössisch als »Boden-«, »Volkstums-« oder »Nationalitätenkampf« bezeichnet, hatte dieser Konfliktbogen eine fünfzigjährige Geschichte, eigene Dynamiken und spezifische Strategien. Deshalb müsste die »vertiefte Geschichte« der Vertriebenen, die Verbandspräsidentin Erika Steinbach bei der Eröffnung der Schau ankündigte, auf dem Zeitstrahl dieses Jahrzehnte und Systeme übergreifenden Zusammenhangs von »Kämpfen« eingetragen werden.

Von Stadtkämmerern und Schulstreiks

Eine »ganze Geschichte«, etwa der Vertreibung aus Polen, müsste spätestens bei der preußischen »Polenpolitik« einsetzen, mit der seit Bismarck die »Polonisierung« der Mischgebiete Posen und Westpreußen gestoppt werden sollte. Sie müsste die millionenschwere staatliche »Ansiedlungskommission« streifen – gegründet, um polnische Ländereien zu kaufen und billig an Deutsche weiterzugeben, um überwiegend polnische Flecken »umzuvolken«. Sie könnte sich auf eine Versammlung der »Hakatisten« begeben, der mächtigen antipolnischen Honoratiorenorganisation »Deutscher Ostmarkenverein«, wo man trutzige Reden schwang gegen die Polenflut. Sie könnte sich in die Köpfe der westpreußischen Stadtkämmerer versetzen, die ganz freiwillig auf hohe polnische Steuersummen verzichteten – weil die steuerpflichtigen Polen durch die Hochstufung im preußischen Zensus mehr Gewicht bekommen hätten. Sie könnte die Abschiebung zehntausender polnischer Bergarbeiter aus Schlesien begleiten, bereits etliche Jahre vor Anbruch des »Jahrhunderts der Vertreibungen«. Auf der anderen Seite würde diese Schau den ständigen Versuch der Polen beschreiben, einen Staat im Staat zu bilden, sich Strukturen zu schaffen vom Bildungsverein bis zur Investitionsbank. Sie könnte polnischen Eltern über die Schulter schauen, die gegen Sprachverbote wochenlange Schulstreiks organisierten. Sie müsste diesen asymmetrischen bürokratischen Krieg erforschen – und könnte seine Stilblüten aufspießen.

Nach dem ersten Weltkrieg würde die »ganze Geschichte« des Boden- und Volkstumskampfes auf eine verkehrte Welt treffen. Plötzlich sind es die Polen, die mit breiter Brust und nicht ohne Rachegefühle daran gehen, die Privilegierten von gestern zu kujonieren. Jetzt ist es die deutsche Sprache, die verdrängt und beargwöhnt wird. Exponenten deutscher Vereine werden drangsaliert, verdächtigt, festgenommen. Vereinzelt kommt es zu Gewalt. Im Allgemeinen jedoch würde eine ehrliche Gesamtschau zeigen, dass die Polen mit genau den Instrumenten vorgingen, gegen die sie sich zuvor gewehrt hatten – bis hin zur Ansiedlungskommission.

Auf deutscher Seite würde ein vollständiger Überblick einerseits bedrängte Ansässige besuchen – andererseits aber auch eine schnell wachsende Kaste ideologischer Vollzeitfunktionäre des »Volkstumskampfes« ins Visier nehmen müssen, die nach allen Regeln der Konspiration und mit staatlichen, über Scheinfirmen gewaschenen Millionen versuchten, die deutschen Minderheiteninseln nicht nur auszubauen, sondern auch zu beeinflussen. Historiker sprechen von einer »Nebenaußenpolitik«, die konsequent von allen Weimarer Regierungen betrieben wurde. Obwohl in der Deutschtumsszene zahllose rechte Antidemokraten wirkten, hielt Berlin ihr politisch den Rücken frei – und drückte sich permanent um eine Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Das Destabilisieren von Nachbarstaaten durch die Instrumentalisierung von Minderheitengruppen wurde zeitgenössisch »Irredentismus« genannt. In den Zwanzigern und Dreißigern dagegen ist der Irredentismus als politische Praxis wie als permanenter

Vorwurf im östlichen Mitteleuropa omnipräsent, längst nicht nur im Verhältnis von Deutschland und Polen. Er vergiftete das politische Klima nachhaltig, er lähmte die Vermittlungsfähigkeit des Völkerbundes. Als Verdacht oder Tatsache schuf er eine Atmosphäre von Hinterzimmerpolitik, Geheimgutachten, doppelzüngigen Erklärungen und permanentem Misstrauen. Eine Armee von Historikern auf beiden Seiten befasste sich nur noch mit der einen Frage: Wer war zuerst da, und wer hinterließ mehr »Kultur«? Beim Erzählen der »ganzen Geschichte« müsste man nicht ermitteln, auf welcher Seite der Barrikade öfter gelogen wurde. Es wäre vorerst genug, beide Versionen auf den Tisch zu legen.

Konkrete Geschichte ist schmerzhaft

Auf diesem Tisch liegen nunmehr – etwa 1935 – noch keine Großverbrechen, doch eine bereits unüberschaubare Menge an kleinen Gemeinheiten, Diskriminierungen, Verdächtigungen, Stereotypen, die in den folgenden Kriegsjahren mobilisiert werden konnten. Vielleicht sind es gerade diese Dinge, die sich besonders nachhaltig in den Alltagsverstand einschreiben und langfristig »nationale« Hassgefühle konstituieren. In den letzten Monaten vor dem Angriff der nazistisch-kommunistischen Allianz auf Polen hatten sich jedenfalls – Stichwort »Thorner Blutsonntag« – die Konflikte in Polen dramatisch zugespitzt, die »Rettung« der Deutschen war offizielle Legitimation für den Einmarsch. Es folgten Krieg, die Ghettos, die Arbeits- und Vernichtungslager, die Vertreibung von einer Million Polen, aber auch die Ostverschickung von Auslandsdeutschen, die dort Menschenmaterial für »Umvolkungen« abgeben sollten. Ganz am Schluss erst steht Stalin, der Polen nach Westen verlegt – und eine polnische Bevölkerung, die die Austreibung der Deutschen billigt. Nicht nur wegen der Verbrechen im Krieg, vermutlich am wenigsten wegen des Holocaust, sondern auf Grund eines eingepfachten taktischen Wissens: Dass mit einer derart großen deutschen Minderheit nach einem solchen Kriegsverlauf kein Staat zu machen sein würde. Also: Tabula Rasa. Es geht nicht darum, das zu teilen, aber darum, es zu verstehen. Viele der heutigen geschichtspolitischen Irritationen zwischen Polen und Deutschland haben damit zu tun, dass dieser Konfliktzusammenhang von »Bodenkampf« und »Polenpolitik«, von »Volkstumskampf« und »Irredentismus«, von Verdrängung und Vertreibung als Teilgeschichte der Wiedergründung Polens dort im Zentrum des Geschichtsbewusstseins steht – ganz im Gegensatz zu Deutschland.

Nur wenig davon findet sich in der Ausstellung. Immerhin wird die sudetendeutsche »Henlein-Partei« eingeräumt, die schon lange vor dem »Münchener Abkommen« auf eine Auflösung der Tschechoslowakei hinarbeitete. Ansonsten wird im Europa-Raum die Vertreibung der Deutschen eingebettet in ein »Jahrhundert der Vertreibungen«: Armenier-Verfolgung vor dem Ersten Weltkrieg, griechisch-türkischer Konflikt der Zwischenkriegszeit, Vertreibung von Juden in den Holocaust, Austreibung von Italienern aus Jugoslawien, Zypernkonflikt der 1970er, Zerfall Jugoslawiens. Die knappen Tafeln wirken wie die makabere Version eines Vergleichs-Quartetts für kleine Jungs: Beginn der Vertreibung, Dauer der Vertreibung, Zahl der Entwurzelten, Zahl der Toten – und Schluss. Zusammenhänge? Fehlanzeige.

Für das »Zentrum gegen Vertreibungen« und somit als Legitimation ihres öffentlich geförderten Verbandes nach dem Aussterben der »Erlebnisgeneration« steuert Steinbach, das macht die als Exposé zu verstehende Schau deutlich, einen Kurs der Verallgemeinerung. Die »ganze Geschichte« bleibt weiter tabuisiert – nicht zuletzt, weil der BdV dann personelle wie ideologische Kontinuitätslinien zwischen den Polenpolitikern des Kaiserreichs, den Volkstumskämpfern der Zwanziger, den »Umvolkern« des Nationalsozialismus und seiner ersten Funktionärgeneration ansprechen müsste. Eine ausgewogene Betrachtung des beschriebenen Konfliktbogens könnte das Selbstbild als bloße Opfergruppe in Gefahr bringen.

Verschwurbelte Heimat-Definition

Die allgemeine, typisierende Herangehensweise korrespondiert dagegen mit der Strategie des BdV, ethnische Säuberungen völkerrechtlich als »Entheimatung« zu fassen, um irgendwann zum »Recht auf Heimat« vorzustoßen – das erklärt auch, wieso in der Ausstellung zwischen schlesischen Reiseführern und den unvermeidlichen Trachtenkleidern eine ellenlange, merkwürdig verschwurbelte »Definition« von »Heimat« angebracht worden ist.

Der BdV wird sich auch weiterhin weigern, die lange Geschichte der ethnisch-sozialen Konflikte im deutsch-slawischen Mischgebiet Ostmitteleuropas konkret und voraussetzungslos anzusprechen. Stattdessen werden seine Funktionäre wie gewohnt über die »Tabuisierung« von Vertreibung und »Ostgebieten« klagen, zu der der Verband doch selbst seit Jahrzehnten beiträgt, indem er seine Ahnengalerie – und damit auch das für viele so abschreckende rechte Milieu in seinen Reihen – schützt.

Steinbach versucht nun, den BdV als eine Art NGO für »nationale Minderheiten« in Europa neu zu erfinden. Das klingt honorig, könnte sich aber schnell als viel zu große Überschrift herausstellen. Wenn Steinbach den Verdacht zerstreuen will, die »europäische Perspektive« nur vorzuschützen, um die eigene Opfergeschichte ins Gespräch zu bringen, müsste sie sich zum Beispiel gegen die Abschiebung von Roma nach Exjugoslawien stark machen. Vielleicht nicht gleich als Schirmherrin von »Kein Mensch ist illegal« – aber wie wäre es mit Rückendeckung für Kirchenasyl? Und wenn ja: Warum dann nur in bestimmten Fällen? Wie lange könnte es der BdV dann noch begründen, wie bisher per Definition zwischen »autochthonen« und eingewanderten ethnischen Minderheiten zu unterscheiden – und nur die ersteren als legitim anzusehen? Wann also bricht Steinbach ihre erste Lanze für kulturelle und soziale Rechte der Deutsch-Türken?

Die »Humanitas«, steht großspurig über dem Eingang zu Ausstellung, lasse sich nicht teilen. Wie wahr das ist!

26.08.2006 Frankfurter Rundschau S. 3

Peter Rutkowski

Doppelte Distanz. Wie Besucher zwei Ausstellungen in Berlin sehen und empfinden, die Vertreibungen im 20. Jahrhundert behandeln

25.08.2006 Die Welt

sfk

Neumann lobt Vertriebenen-Ausstellung und macht Polen ein Angebot. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) bietet Polen "Mitwirkung" bei der Gestaltung eines "sichtbaren Zeichens" zur Erinnerung an die Vertreibungen von Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg an, das im Koalitionsvertrag vorgesehen ist.

<http://www.welt.de/data/2006/08/25/1009145.html>

Das sagte der CDU-Politiker gestern beim Besuch der vor allem von polnischer Seite scharf kritisierten Ausstellung "Erzwungene Wege" im Berliner Kronprinzenpalais. Neumann lobte die Schau ausdrücklich, die das "Zentrum gegen Vertreibungen" des Bundes der Vertriebenen veranstaltet, und nahm sie gegen Angriffe in Schutz: "Ich habe bewusst die Texte dieser Ausstellung alle durchgelesen und komme zum Ergebnis: Hier kann man überhaupt nicht von „Revanchismus“ sprechen." Der Kulturstaatsminister hob hervor, dass die Veranstalter die europäische Perspektive betonen und die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen während der Nazi-Zeit klar benennen. "Ich bin nicht bereit zuzulassen, dass Dinge auf den Kopf gestellt werden", sagte Neumann. Gleichwohl will sich die Bundesregierung nicht offiziell in den Streit um die verlangte Rückgabe von Exponaten wie der Glocke der "Wilhelm Gustloff" einschalten. Auch eine Einladung an seinen Warschauer Kollegen, gemeinsam mit ihm die "Erzwungenen Wege" anzuschauen, hält Neumann für unnötig, weil ein solcher Vorschlag ohnehin nicht angenommen würde. Der Kulturstaatsminister setzt darauf, dass man zu Sachfragen zurückkomme und Emotionen aus dem Spiel lasse.

21./28.08.2006 Das Parlament S. 18

Sebastian Hille

Erinnern als Lackmestest. Umstrittene Vertriebenen-Ausstellung im Kronprinzenpalais

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/34-35/Kehrseite/001.html>

Auf der Liebhaberbühne des Geselligkeitsvereins Frohsinns in Lemberg wurde 1931 ein besonderes Stück gegeben: "Heimat - Schauspiel in vier Akten von Hermann Sundermann." Übrig davon ist nur noch ein vergilbter Programmzettel. Ein kleines Exponat der Ausstellung "Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts", die seit 11. August im Berliner Kronprinzenpalais zu sehen ist. Sie dokumentiert in einem europäischen Kontext das Jahrhundert der Vertreibungen, das 80 bis 100 Millionen Menschen ihre Heimat kostete.

Inzwischen ist die Schau allerdings mehr Politikum denn Ausstellung und es geht vor allem um die Frage, wer in welcher Form an die Vertreibungen erinnern darf. Die von der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" initiierte und organisierte Ausstellung gilt dabei als eine Art Lackmustest für das seit Jahren vom Bund der Vertriebenen (BdV) geplante und vor allem von polnischer Seite stark kritisierte "Zentrum gegen Vertreibungen". Seine Kritiker fürchten, es könne verfälscht darstellen, wer damals Täter und wer Opfer war.

Mittlerweile hat die Ausstellung - obwohl sie eigentlich eine private Initiative ist - eine politische Kontroverse ausgelöst: Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz sagte kurzfristig einen Berlin-Besuch ab, das Historische Museum Warschau zog eine frühere Zusage für zwei Leihgaben zurück und der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski bezeichnete die Schau als "sehr ungutes, beunruhigendes und trauriges Ereignis". Es werde versucht, die Geschichte zu manipulieren, so Polens stellvertretender Außenminister Pawel Kowal. Ganz anders sieht das dagegen Besucherin Brigitte Vogt. Sie kann die Aufregung gar nicht verstehen. "Das ist eine sehr schöne Ausstellung", sagt die über 70-Jährige. "Alles sehr sachlich, sehr neutral dargestellt." Sie tippt mit dem Finger auf eine der mit Licht hinterlegten Landkarten. "Hier haben wir gelebt. Pommern . . . die Pyritzer Ecke . . . die Tragödie damals kann man nicht in Worte fassen." Sie steht in dem schwarz-weiß gehaltenen Ausstellungsraum, über den sich vom Fußboden bis zur Decke eine europäische Landkarte zieht. Fast ein wenig aseptisch wirkt dieser Raum, an dessen Wänden eine Art Fries mit scheinbar endlos langen Infotafeln hängt: vom Zerfall des Osmanischen Reiches bis hin zum Abkommen von Dayton. Und irgendwo dazwischen auch die Geschichte der Vertreibung und Verschleppung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach der nüchternen Faktendarstellung, bekommt die Besucherin nur wenige Stücke zu sehen, die sie mit dem Wort Heimat verbindet: der eilig eingepackte Schlüsselbund des verlassenen Hauses, der verschlissene Koffer oder der Programmzettel der Theatergruppe. Mittendrin steht die Polin Julia Missala. Sie findet die Ausstellung nicht sehr objektiv: sehr viele Details über deutsche Vertriebenen-Schicksale, aber wenig über andere. Die Kritik ihres Ministerpräsidenten kann sie verstehen. "Es gibt hier einiges zu kritisieren", sagt die 21-Jährige, "aber man sollte sich die Ausstellung zuerst anschauen."

Das hat auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) getan. Zur Ausstellungseröffnung am 10. August hatte er betont, die Koalition habe sich zur Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung verpflichtet. "Geschichte hat man nicht für sich allein, sondern immer mit anderen gemeinsam", sagte er. Das Erinnern an die Vertreibung sei "zweifellos eine öffentliche Aufgabe, die durch gesellschaftliche Initiativen zu ergänzen, aber nicht zu ersetzen ist". Dass die Ausstellung nicht der erste Schritt zu einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin sei, wie es sich die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach (CDU) wünsche, unterstrich wenige Tage später Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD). Die Schau sei ein vernünftiger und notwendiger Diskussionsbeitrag. Er betonte jedoch: "Wir können die Geschichte der Vertreibungen nur mit unseren europäischen Nachbarn zusammen angemessen aufarbeiten."

Wie diese Aufarbeitung auch möglich ist, zeigt noch bis zum 27. August die eigens verlängerte Schau "Flucht, Vertreibung, Integration" im Deutschen Historischen Museum gegenüber dem Kronprinzenpalais. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hat angeregt, sie zum Herzstück einer Dauerausstellung gegen Vertreibung zu machen.

Erst die Glocke und dann? Polens rechte Regierung attackiert Berliner Vertreibungsausstellung

19.08.2006 **Der Tagesspiegel** **S. 22**

Thomas Roser

Vernebelte Horizonte. Grass und die Vertriebenenausstellung: Zündstoff für die deutsch-polnischen Beziehungen

18.08.2006 **Frankfurter Allgemeine Zeitung** **S. 1/2**

Dt./ul.

Glocke der „Gustloff“ zurückgefordert. Polen geht gegen die Berliner Vertriebenenausstellung vor / Steinbarch: Hetzjagd auf Leihgeber

In Polen sehen sich Institutionen und Personen, die der Berliner Ausstellung „Erzwungene Wege“ Leihgaben zur Verfügung gestellt haben, wachsendem öffentlichen Druck ausgesetzt. Die Ausstellung stellt das Vertreibungsschicksal mehrerer Volksgruppen im zwanzigsten Jahrhundert dar, darunter auch das der Deutschen aus Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hat deshalb am Wochenende den Vorwurf erhoben, die Organisatoren wollten die Grenze zwischen „Opfern“ und „Henkern“ verwischen.

Nachdem schon am Samstag das Warschauer Museum für Stadtgeschichte zwei Ausstellungsstücke wieder abgeholt hat, wandte sich jetzt auch die polnische Seerettung an die Veranstalter mit der Forderung, die Glocke des im Krieg versenkten Flüchtlingsschiffes „Wilhelm Gustloff“ vorzeitig zurückzugeben. Bei der Seerettung war zuvor eine E-Mail des Ministeriums für Meereswirtschaft eingegangen, in welcher die Rückforderung der Glocke dringend nahegelegt wurde.

Polnisches Institut würdigt Ausstellung

Auch ein privater Verein aus der Wojewodschaft Stettin sah sich genötigt, wider Willen seine Exponate zurückzuverlangen. Der Ortsverband der „Sibirier“ - der in der Stalinzeit nach Sibirien verbannten Polen - aus Trzebiatów (Treptow) holte am Donnerstag seine Vereinsstandarte zurück. Die Sibirier aus Treptow waren sowohl von ihrem Dachverband als auch von führenden Wojewodschaftsbeamten unter Druck gesetzt worden.

Andere Leihgeber widerstanden dem öffentlichen Druck und verzichteten auf Rückforderungen. Das Institut der Nationalen Erinnerung (IPN), das entfernt mit der deutschen Birthler-Behörde vergleichbar ist, und Foto-Abzüge zur Verfügung gestellt hatte, sandte einen Vertreter nach Berlin, um die Ausstellung zu begutachten. Ein Sprecher des Instituts sagte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung danach, seine Institution beabsichtige nicht, ihre Leihgaben zurückzufordern. Aus Berlin hieß es, der Abgesandte des IPN habe die Ausstellung positiv gewürdigt den Organisatoren gratuliert, und danach in Warschau Bericht erstattet.

„Die Vertriebenen suchen Wege der Versöhnung“

Auch der private „Verein der Freunde von Witnica“ in Vietz nahe der deutschen Grenze, der mehrere Ausstellungsstücke beigesteuert hatte, weigerte sich rundheraus, irgend etwas zurückzuverlangen. Sein Vorsitzender Czarnuch lobte die Zusammenarbeit seiner Mitbürger mit den deutschen Vertriebenenorganisationen.

Die „Landsberger“, wie die ehemaligen deutschen Bewohner in Witnica bis heute genannt werden, seien „Freunde“. Man kenne sich hier und teile nicht die negativen Meinungen vieler Polen aus dem Landesinneren über sie. „Die Vertriebenen suchen Wege der Versöhnung“ sagte Czarnuch. Deshalb werde er sich gegen jeden Versuch, ihn unter Druck zu setzen, heftig wehren. „Nur wenn man mich absetzt, fordert dieser Verein seine Exponate zurück“, sagte er.

Die Vorsitzende der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZGV), die die Ausstellung organisiert hat, Steinbach beklagte, daß auf die polnischen Leihgeber eine „regelrechte Hetzjagd“ veranstaltet werde. Die Rückforderungen seien ein beispielloser Vorgang im internationalen Leihverkehr. Insbesondere kritisierte Frau Steinbach den Umgang mit den „Sibiriern“, die als Verfolgte der Stalin-Herrschaft die Gelegenheit wahrgenommen hätten, ihr Schicksal auch im Westen einmal bekanntzumachen.

„Die Fahne hergebracht, um Freunde zu gewinnen“

Der „Kreis der Sibirier von Trzebiatow“ (Treptow), war durch eine Bekanntmachung des stellvertretenden Wojewoden von Stettin, Sychowski, unter Druck geraten. Darin hieß es, das Wojewodschaftsamt werde die Zusammenarbeit mit dem Verein beenden, weil dieser seine Vereinsstandarte für die Ausstellung bereitgestellt hatte. Außerdem wurde verlangt, die Rolle der zuständigen lokalen Beamten zu prüfen. Der Vorsitzende des Vereins, Malinowski holte daraufhin am Donnerstag sichtlich betrübt die Fahne aus Berlin ab. Der Presse gegenüber wollte er sich nicht äußern und sagte nur: „Wir haben die Fahne hergebracht, um Freunde zu gewinnen.“

Bei der polnischen Seerettung, die die Glocke der „Gustloff“ zur Verfügung gestellt hat, war eine E-Mail des Ministeriums für Meereswirtschaft eingetroffen, in welcher es hieß, das Ministerium sei besorgt über deren Verleihung und fordere, sie zurückzuverlangen. Der zuständige Minister Wiechecki gehört der rechtsextremen Partei Liga Polnischer Familien an und ist in den neunziger Jahren in Kreisen der polnischen Fußball-Hooligan-Szene gesehen worden.

„Drei Buchstaben“ und Frau Steinbach

Der zuständige Mitarbeiter der Seerettung, Sagan, sagte allerdings, er empfinde die Intervention des Ministeriums nicht als Druck, da er die Glocke ohnehin habe zurückfordern wollen, als er erfuhr, daß der Leihnehmer Frau Steinbachs „Zentrum gegen Vertreibungen“ sei. Das sei ihm nicht bewußt gewesen, als er den Leihvertrag abschloß. Im Vertrag sei zwar eine „ZGV Trägergesellschaft“ erwähnt gewesen, aber als Pole habe er die Verbindung dieser „drei Buchstaben“ zu Frau Steinbach nicht herstellen können. Es ist aber unklar, ob die Glocke tatsächlich vorzeitig zurückgegeben wird. Frau Steinbach teilte mit, über diese Leihgabe bestehe ein bindender Vertrag, auf dessen Erfüllung die Stiftung bestehen werde.

Schon am Wochenende hatte das Stadtmuseum Warschau seine Exponate abgezogen. Nach Auskunft der Ausstellungsorganisatoren begründete das Museum seine Rückforderung weniger mit der Ausstellung selbst, als mit den Reden zu ihrer Eröffnung. Dabei habe den polnischen Zuhörern vor allem die Äußerung des ehemaligen Beauftragten für die Stasi-Unterlagen, Gauck, mißfallen, daß Vertreibungen eben auch bei verbrecherischen Angriffskriegen keine „automatische Folge“ sein müßten. Die westlichen Demokratien etwa hätten in umstrittenen Gebieten wie dem Saarland den Wunsch der Menschen respektiert, „zu Deutschland zu gehören“.

18.08.2006

Freitag

S. 16

Regina General

Erzwungene Wege. Eine Ausstellung des Bundes der Vertriebenen, bewusst neutral, bewusst falsch

Eines steht fest: Der Besucher verlässt diese Ausstellung so emotionslos oder emotionsgeladen, wie er sie betreten hat. Die taktische Vorgabe ist, einen sichtbaren Beweis für Objektivität zu liefern. Das von den Vertriebenenverbänden so heiß ersehnte und seit Jahren diskutierte Zentrum gegen Vertreibungen schießt durch jede Sentenz der Ausstellung *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts* im Berliner Kronprinzenpalais. Und führt dieses Vorhaben allein schon deshalb ad absurdum: Es fehlt Souveränität.

Der konsequent europäische Ansatz, der den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen sollte, enthält eine Unzahl von Tücken. Es ist eben nicht einfach, den Beispielen von Flucht oder Vertreibung aus dreißig europäischen Völkern jeweils Ursachen, historische Hintergründe sowie den europäischen Kontext zuzuordnen und überdies damit verbundene persönliche Schicksale und Wirkungen bis in die Gegenwart zu dokumentieren. Falls diese umfassende Dimension überhaupt einmal angedacht war, ist sie so weit geschrumpft, dass am Ende nur noch einige Zeilen aus einem populärwissenschaftlichen Aufsatz über die jeweiligen Flucht- und Vertreibungsszenarien an die Wand geklebt worden sind, vor denen sich an diesem verregneten Sonntag dennoch jede Menge Menschen drängeln und lesen. Wer den Charakter der Schau als Ausstellung allerdings ernst nimmt und versucht, die kleinen ergänzenden Bilder genauer unter die Lupe zu nehmen, muss dichter an die Wand herantreten und trifft dabei unweigerlich auf den Protest der übrigen Besucher, die nichts mehr sehen können.

In einem Vor-, einem größeren und zwei kleinen Räumen sind auf den angedeuteten Umrissen des Kontinents Fluchtbewegungen, Zwangsemigrationen und tatsächliche Vertreibungen in ihrer zeitlichen Reihenfolge neben einander angeordnet. Beginnend mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches, dem Völkermord an den Armeniern, den "Umsiedlungen" in Vorbereitung des Ersten Weltkriegs, der Abtrennung Finnisch-Kareliens zugunsten der Sowjetunion, bis hin zu den "Vertreibungen" von Juden, den Flüchtlingsströmen des Zweiten Weltkriegs und der Deutschen in seinem Gefolge sowie den ethnischen Säuberungen zum Ende des Jahrhunderts in Jugoslawien. Das Dilemma dieser Darstellungsweise ist leicht auszumachen: Für die jeweiligen "Zwischenzeiten", in denen Konflikte entstehen, sich verfestigen, die ideologischen Vorbereitungen für Interventionen, die zur Vertreibung oder Flucht führen, aufgebaut oder gar diskutiert werden, ist kein Raum. Sie tauchen in zwei, drei Sätzen auf, ohne vertieft oder begründet zu werden. Und schweben alle ziemlich gleichwertig neben einander: Ein Völkermord steht da etwa neben einer Flucht, die nicht vom Gegner erzwungen, sondern - wie beispielsweise in den Auseinandersetzungen zwischen Türken und Griechen - einem internationalen Beschluss zur Beendigung der kriegerischen Handlungen folgte und beinahe ebenso viele Griechen wie Türken betraf. Umsiedlungen zur Verfestigung von Annexionen, wie vor dem Zweiten Weltkrieg durch den Hitler-Stalin-Pakt ermöglicht, werden erwähnt, die Flucht der deutschen Neubevölkerung heim ins Reich als Vertreibung dokumentiert. Die systematische Ausrottung der europäisch-jüdischen Bevölkerung erfährt keine andere Bewertung als die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus deren ehemaligen Ostgebieten. Die aktive Beteiligung der deutschen Normalbürger an den Vernichtungsaktionen, beispielsweise durch Denunziation, Plünderung, durch Inbesitznahme jüdischen Eigentums, durch Zwangsexporte aller Waren, die im Reich oder für den Krieg verwendbar waren, findet keine Erwähnung.

Es ist eine Art Geschick, das über Europa hinwegfegte - wer woran und vor allem warum Interessen damit verband, lässt sich nur dann erahnen, wenn einem die Geschichte ohnehin vertraut ist. Und historische Schuld gibt es schon gar nicht. Es gibt nur Betroffene und Nichtbetroffene. Vor allem aber gibt es kaum Täter. Interessenlagen, wirtschaftliche Vorteile, Kosten-Nutzen-Rechnungen, Machtpolitik bleiben außen vor.

Das Lieblingsprojekt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, will die Organisation als gute Adresse zur Aufarbeitung des Schicksals europäischer Flüchtlinge empfehlen und vermeidet deshalb jede Wertung. Erreicht allerdings, dass eine Art Gleichsetzungseffekt entsteht. Überall dasselbe Elend Und schon das ist eine Fälschung. Europa hat seine Einwohner im vergangenen Jahrhundert nicht einfach an Dutzenden Stellen hin- und her getrieben, vor allem Deutschland hatte daran ein vehementes Interesse. Eine Erkenntnis, die man der im gegenüber liegenden Zeughaus gezeigten Ausstellung *Flucht, Vertreibung, Integration* immerhin ein wenig besser entnehmen kann.

Hinzu kommt, *Erzwungene Wege* liefert kaum Anschauungsmaterial. Eine gestrickte Babyausstattung - Jäckchen, Mützchen - ist schließlich nichts eben Ungewöhnliches, höchstens die graugrüne Farbe könnte auffällig sein. Die im Mittelraum des größten Saals per Kopfhörer abzuhörenden Erinnerungen Betroffener aus verschiedenen europäischen Ländern sind knapp und sachlich gehalten, bestenfalls entsteht Interesse, sich weiterführende Literatur zu beschaffen. Die Trachten, die Menschen in den verschiedenen Landstrichen trugen, sind heute auch andernorts nicht mehr gegenwärtig. Bunt beklebte Koffer oder ein alter Puppenwagen wecken allenfalls nostalgische Gefühle. Lediglich die Glocke der Wilhelm Gustloff, jenem versenkten Flüchtlingsschiff, bedient eine andere Dimension - es ist eine Leihgabe aus Polen.

Eine Empfehlung, dem Bund der Vertriebenen ein Museum anzuvertrauen, ist diese Ausstellung nicht. Der missglückte Versuch wäre die Aufregung nicht wert, hätte nicht Bundestagspräsident Norbert Lammert die Veranstaltung eröffnet. Wäre das Anliegen wirklich die Aufarbeitung von Geschichte gewesen, wären als Träger bestenfalls die UN-Flüchtlingsorganisation oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte infrage gekommen. Aber durch die Hintertür schien es auch mehr darum zu gehen, doch Leid zu gewichten, zu verrechnen und daraus Forderungen abzuleiten. Und Frau Steinbach konnte sich am Ende doch nicht verkneifen, als Ziel die vertiefte Darstellung deutscher Vertriebener zu nennen.

18.08.2006

Der Tagesspiegel

S. 23

dpa

„Wilhelm Gustloff“-Glocke soll aus Vertriebenen-Schau entfernt werden

17.08.2006

Die Zeit

S. 34

Jens Jessen

Die Mitschuld der Opfer. Die Berliner Vertriebenen-Ausstellung „Erzwungene Wege“ ist zu Unrecht umstritten

Aufregungen beleben den Kreislauf und bessern den Teint. Aber selbst wenn der kosmetische Zweck eindeutig überwiegt, müssen sie doch, damit der Schwindel nicht auffliegt, einen gewissen Wert auf das Gewicht ihrer Anlässe legen. Dieses Gewicht, um es nur gleich zu sagen, bringt die Berliner Ausstellung *Erzwungene Wege*, über die letzte Woche so viel schöne Empörung produziert wurde, nicht auf die Waage. Sie ist weder bedeutend noch anstößig und auch nur in Maßen aufschlussreich. Sie ist nicht viel mehr als eine bessere Wandzeitung, die deutsche Vertreibungen im europäischen Kontext anderer Vertreibungen des 20. Jahrhunderts zeigt. Einige Tondokumente von Opfern sind beigegeben, ein paar der obligatorischen Devotionalien zu sehen: klapprige Pappkoffer, anrührende Behelfsmittel der Flucht, Trachtenkostüme aus der verlorenen Heimat. Alles in allem hält sich die Trauer, die von der Ausstellung ausgehen könnte, in karg bemessenen Grenzen.

Vor allem aber: Von den Gelüsten nach Revision und Revanche, die solche Dokumentationen gerne provozieren, ist nichts zu bemerken. Im Gegenteil deutet die Wandzeitung mit ihren trockenen Texten oft eine umgekehrte Pointe an. Die Opfer haben, bevor sie vertrieben wurden, mitunter selbst an der ethnischen Entmischung mitgewirkt. Zwei schlagende Beispiele sind der griechisch-türkischen Geschichte entnommen. Bevor die Griechen 1922 aus der Türkei vertrieben wurden, hatte es einen Überfall der festlandsgriechischen Armee gegeben, die ihrerseits das türkische Küstengebiet annektieren wollte. Die »*megali idea*«, die Idee vom Großgriechenland, hat fünfzig Jahre später auch den Zypernkonflikt provoziert. Abermals waren es Griechen, die Opfer einer griechischen Politik wurden, die den Anschluss der Insel herbeiputschen und bomben wollte. Türkische Truppen besetzten 1974 den Nordteil der Insel und vertrieben die Zyperngriechen in den Süden, die zuvor die Türken unterdrücken und vertreiben wollten.

Die Tragik solcher Vorgänge besteht darin, dass ihre individuellen Opfer oft unschuldig an den Kollektivverbrechen waren, für die sie durch Heimatverlust bestraft wurden. Der Zyperngriecher hat nicht unbedingt mit den Großmachtträumen seiner Vettern vom Festland sympathisiert, und noch viel weniger ist es wahrscheinlich, dass der seit Jahrhunderten in Smyrna ansässige griechische Händler von türkischer Oberherrschaft befreit werden wollte. Die Ausstellung schweigt darüber, aber es dürfte klar sein, dass hier der Punkt liegt, wo sie den Übergang zu dem Schicksal deutscher Vertriebener nach 1945 finden will. Keineswegs verschweigt sie die ethnischen Säuberungen, die von Deutschen in Polen vorgenommen wurden, aber sie will doch auch nicht sagen, dass die deutschen Vertreibungen aus Polen eine gerechtfertigte Quittung seien.

Sie sind es natürlich, individuell gesehen, auch nicht. Aber aufs Ganze, aufs Historisch-Moralische gesehen hat es umgekehrt nicht die geringste Plausibilität, gegenüber Polen auf deutschen Heimatrechten zu bestehen. Polen als ganzes Land ist in gewisser Hinsicht vertrieben worden, nämlich auf russischen Druck einige hundert Werst westwärts, auf deutsches Gebiet geschoben worden. Daran sind die Polen vollständig unschuldig, und die Russen wiederum hätten es nicht tun können, wenn die Deutschen nicht den Hitler-Stalin-Pakt geschlossen und dann ihren verbrecherischen Krieg begonnen hätten.

Mit anderen Worten: Wo auch immer man die Genese der deutschen Vertreibungen packen will, der historische Zugriff endet stets bei der eigenen, der deutschen Nase. Das weiß die Ausstellung auch, sie legt es sogar nahe, sie will es nur nicht so recht aussprechen, weil sie sich überhaupt mit Deutungen zurückhält, die über den unmittelbaren kausalen Nexus hinausgehen. Man kann ihr das nicht zur Last legen, weil sie diese Askese überall übt (mit Ausnahme vielleicht der Armenier, denen eine kollektive Mitschuld an ihrem Schicksal beim besten Willen nicht nachzuweisen ist).

Die Ausstellung, kurzum, ruft nur Fakten auf, aus denen der Besucher seine eigenen Schlüsse ziehen muss. Sie ist nicht ärgerlich, sie ist wortkarg. Das Aufsehen, das sie vorab erregte, war nur durch den Verdacht befeuert, sie sei als Bewerbungsschreiben für Größeres gedacht, das dann wirklich ärgerlich sein könnte, nämlich jenes Zentrum gegen Vertreibungen, das der Bund der Vertriebenen und seine Chefin Erika Steinbach seit Jahren anstreben. Aber gesetzt den Fall, eine solches Zentrum wolle sich nur europäisch tarnen, sei aber in Wahrheit durch deutsche Vertriebenen-Ressentiments motiviert – dann wäre die jetzige Ausstellung ein schlechter Probelauf. Sie zeigt nämlich, wie der europäische Kontext, einmal ordentlich ausgebreitet, mühelos über alle deutsche Weinerlichkeit und Unrechtsgefühle triumphiert. Die Maskerade (falls überhaupt angestrebt) schiebt sich als Wahrheit vor alle schlechten Nebenabsichten.

17.08.2006 **Der Spiegel**

als/dpa/Reuters

Vertriebenen Ausstellung. Polen fordert "Gustloff"-Glocke zurück

Um die Berliner Vertriebenen-Ausstellung gibt es neuen Ärger. Die polnische Küstenwache will aus Protest gegen die umstrittene Dokumentation die Glocke des 1945 versenkten Flüchtlingsschiffes "Wilhelm Gustloff" zurückziehen.

Berlin - Ein Vertreter der Küstenwache habe den Ausstellungsmachern im Gespräch mitgeteilt, dass die Glocke zurückgezogen werden müsse, sagte ein Sprecher des Bundes der Vertriebenen (BdV). Er bestätigte damit einen Bericht des 3Sat-Magazins "Kulturzeit".

Hinter der Ausstellung stehe nur der Bund der Vertriebenen und seine Vorsitzende Erika Steinbach, begründete der Sprecher der Küstenwache in Gdingen (Gdynia), Tomasz Sagan, den Rückzug der Schiffsglocke. "Wir fühlen uns überrascht und getäuscht. In den Vorgesprächen wurde uns angegeben, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundestagspräsident Norbert Lammert als Schirmherren fungieren würden", sagte Sagan in 3sat.

Die Glocke solle bis Ende August oder spätestens Anfang September zurückgegeben werden und danach einem polnischen Museum gestiftet werde, sagte Sagan. Die "Wilhelm Gustloff" war 1945 mit rund 10.000 deutschen Flüchtlingen an Bord von einem sowjetischen U-Boot in der Ostsee versenkt worden.

Solange keine schriftliche Kündigung des Leihvertrages vorliege, werde die Glocke weiter gezeigt, sagte jedoch der BdV-Sprecher. Die Dokumentationsschau "Erzwungene Wege" zeichnet bis zum 29. Oktober im Berliner Kronprinzenpalais die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert nach. Schon unmittelbar nach Ausstellungseröffnung am vergangenen Freitag hatte das Warschauer Stadtmuseum zwei Leihgaben zurückgezogen.

In Polen wird die Ausstellung heftig kritisiert. Aus Protest hatte der amtierende Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz in der vergangenen Woche einen Besuch in Berlin abgesagt. Solange die Ausstellung laufe, werde er auf die Reise verzichten, hatte er dem privaten polnischen Fernsehsender TVN 24 gesagt. "Mein Besuch in Berlin könnte unter diesen Umständen missverstanden und missbraucht werden."

Die Schau thematisiert die Vertreibung Deutscher und Angehöriger anderer Nationen aus Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die konservative Regierung Polens und ein Großteil der dortigen Bevölkerung werfen den Organisatoren der Ausstellung und

des geplanten dauerhaften Zentrums mit Informationen zum Schicksal der Vertriebenen vor, sie stellten die Deutschen einseitig als Opfer dar. Der Vertriebenenbund hat dies zurückgewiesen.

17.08.2006 Stuttgarter Zeitung

Marcus Sander

Alle Opfer sind gleich – manche sind gleicher. „Erzwungene Wege“: Erika Steinbachs Berliner Ausstellung über Vertreibungen im zwanzigsten Jahrhundert

Szenen eines Kampfplatzes: vor dem Kronprinzenpalais demonstriert das Bündnis gegen Geschichtsrevisionismus, man befürchtet, dass der Nationalsozialismus verharmlost wird. Ein junger Mann zückt sein Flugblatt und ruft: "Die Ausstellung soll verschwinden." Am Büchertisch im Eingangsbereich des Palais hat sich eine ältere Dame vor dem Verkäufer aufgebaut und schreit: "Wo sind die Schlesier? Ich erwarte, dass Sie zeigen, wie die Polen die Schlesier vertrieben haben. Ich bin selbst vertrieben worden."

Wo Erika Steinbach mitmischt, ist viel los. Die Chefin des Bundes der Vertriebenen polarisiert seit Jahren. Nun ist ihre Ausstellung "Erzwungene Wege" in Berlin zu sehen, sie hat einen spannenden, komplizierten Stoff und eine sehr komplizierte Vorgeschichte, auch deshalb erhitzen sich die Gemüter. Die Ausstellungsmacher betreten mit ihrem Thema "Flucht und Vertreibung im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts" glattes Eis, denn lange galt, wer es als Deutscher anfasste, als rückwärts gewandt.

Seit Günter Grass' Novelle "Im Krebsgang" über den Untergang der Wilhelm Gustloff aber haben die Deutschen verstärkt begonnen, sich auch als Opfer des Zweiten Weltkriegs zu entdecken. Doch die von Steinbach mit rhetorischer Schärfe vorangetriebene Diskussion über ein mögliches Zentrum gegen Vertreibungen mit Sitz in Berlin hat Ängste und Abwehrreflexe gefördert, auch im Ausland. Nun hat die Vertriebenenchefin durch die Neubewertung des Themas in der deutschen Debatte Rückenwind bekommen.

All das muss bedenken, wer sich diese Ausstellung im Palais ansieht - eine Ausstellung, die Steinbach zur Grundlage ihres Zentrums machen will. Entstanden ist ein Kompromissprodukt, zur Hälfte Dokumentation mit wissenschaftlichem Anspruch, zur anderen Hälfte politische Aussage. Beides zusammen verträgt sich nicht gut.

"Erzwungene Wege" stellt Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs konsequent in einen europäischen Rahmen. Die Ausstellungsmacher versuchen, sich dabei gegen mögliche Vorwürfe abzusichern, indem sie auch das kaum vorstellbare Leid, das Deutschland den europäischen Juden und der polnischen Bevölkerung zugefügt hat, nicht verschweigen. Denn darum geht es ja im Kern: dass Steinbach den Verdacht entkräften muss, sie wolle den Holocaust und die Toten der europäischen Nachbarn mit den vertriebenen Deutschen verrechnen.

Im ersten, größeren Ausstellungssaal, dem in Schwarz-Weiß gehaltenen Europa-Raum, geht der Besucher einen etwa siebzig Meter langen Fries aus Texttafeln entlang. Auf diesem Zeitstrahl werden neun große Vertreibungen gezeigt. Die Übergänge sind fließend, was manch einen Besucher irritieren dürfte, denn so verwischen sich Grenzen und Unterschiede. Der Zeitstrahl beginnt bei der Vertreibung der Armenier durch die Türken 1915/1916, den die Ausstellungsmacher als Völkermord werten. Von hier aus geht es weiter mit der Judenverfolgung im Dritten Reich, dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und der Vertreibung der Polen. Es folgt die Vertreibung der Deutschen durch Russen, Polen und Tschechen gegen Ende des Krieges. Den Schlusspunkt dieses ersten Teils bilden die "ethnischen Säuberungen" im Jugoslawienkonflikt. Neun Hörstationen bieten den Besuchern Gelegenheit, sich mit Einzelschicksalen zu befassen. Der Jude Georg Isakowitz schildert seine atemraubende Flucht ins argentinische Exil, eine Deutsche ihre Vergewaltigung durch Russen bei Kriegsende.

Der zweite Teil der Ausstellung widmet sich den authentischen Zeugnissen der Vertreibung und Vernichtung, er setzt stärker auf Assoziationen, auf gefühlte Geschichte. Vitrinenkästen sind zu Türmen geschichtet, in einem liegt ein Bund mit 19 Schlüsseln und einer Trillerpfeife; es heißt, der Hof dieser Sudetendeutschen sei so groß gewesen, dass zum Mittagessen gepfiffen werden musste. Man sieht einen rostigen Topf aus einem Lager in Sibirien, zerkratzte Koffer, in denen die Vertriebenen ihr letztes Hab und Gut

transportierten. Dass sie ein Gefühl vermittelt für den konkreten, seiner Heimat und Habe beraubten Menschen, ist die Stärke dieser Ausstellung.

Doch das rettet sie nicht. Die Ausstellung hat gravierende Schwächen. Vor allem ist sie im Kernbereich unscharf. Diese Unschärfen entstehen, weil die Schau historische Zusammenhänge nicht sichtbar macht. Die Schau ist nicht revanchistisch, wie mancherorts befürchtet wurde, sie rechnet nicht auf - sie vernebelt. So stellt sie die neun höchst unterschiedlichen Vertreibungen nebeneinander, aber weil hier alles nur addiert und parallelisiert, aber nichts präzise historisch verglichen oder eingeordnet wird, erscheint dem Besucher alles gleich, ja gleichwertig.

Auf einer Tafel steht, man wolle mit der Ausstellung "keine Gewichtung der Leiden jedes einzelnen Betroffenen" vornehmen: "Vielmehr folgt die Ausstellung dem Postulat der unteilbaren Humanitas." So berechtigt dieser Blick auf die *Conditio humana* theoretisch auch sein mag: die Armenier, die Juden, die Polen, die Deutschen, die Bosnier - alle "Volkgruppen" sind bei Steinbach Opfer. Aber wie sind sie zu Opfern geworden, und vor allem: wer sind die Täter? Ursachen, Verantwortlichkeiten und Dimensionen werden weder für die Judenverfolgung noch für die vertriebenen Deutschen, Hitlers letzte Opfer, hinreichend klar markiert.

Alle Opfer sind bei Steinbach prinzipiell gleich. Aber manche sind, wenn man genau hinsieht, gleicher. Die Armenier sind gleicher als die Juden. Unzureichend ist der Bereich im Europa-Raum, der sich den Vorstufen des Holocaust widmet. Wir sehen ein "Stürmer"-Plakat, den gelben Stern, lesen in den furchtbar unbeholfenen Texten etwas von den antijüdischen Maßnahmen als "Bausteinen des Holocaust", vom "singulären Charakter" der Judenverfolgung. Doch dann, 1941, also beim Beginn des Holocaust, bricht die Darstellung abrupt ab - warum? Dies sei, heißt es auf der Tafel, "nicht das Thema dieser Ausstellung". Das stiftet Verwirrung, ein konzeptioneller Widerspruch ist es überdies, denn der Genozid an den Armeniern wird sehr ausführlich und konkret dargestellt. Was stört, sind auch begriffliche Unschärfen. Zunächst wird nicht zwischen KZs und Vernichtungslagern unterschieden; später ist dann von sieben Vernichtungslagern die Rede, obwohl es nur sechs gab. Der Ausstellung fehlt, nicht nur in diesem Bereich, Tiefe. Was bleibt, ist Nebel.

In ihrem Nebel gewichten die Ausstellungsmacher sehr wohl. Ihnen ist daran gelegen, die Flucht und Vertreibung der rund 14 Millionen Deutschen als "größte Zwangsmigration der europäischen Geschichte" anschaulich zu machen. Allerdings wird deutsches Leid aus dem Zusammenhang gerissen, Ursachen und Wirkungen der Vertreibungen bleiben selbst bei genauem Hinsehen unklar. Die Vertreibung der Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutschen waren auch Sanktionen für zuvor begangenes deutsches Unrecht, was die Schau unzureichend verdeutlicht.

Die Russen sind bei Steinbach weniger gleich als andere. Dass Millionen von ihnen durch Hitlers Helfer ermordet wurden, durch den Kommissarbefehl, in den Kriegsgefangenenlagern, in Auschwitz, und dass Millionen Sowjetbürger Stalins Vertreibungen zum Opfer fielen, wird unterschlagen.

Direkt gegenüber dem Kronprinzenpalais ist zurzeit auch die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" geöffnet, die zunächst in Bonn zu sehen war. Sie behandelt ihren Gegenstand mit deutlich mehr Tiefe, vor allem in dem vorzüglichen zweiten Teil, der sich mit der Integration der Vertriebenen nach 1945 in West- und Ostdeutschland befasst. Steinbachs Ausstellung dagegen fingiert historische Antworten. Welchen Platz in der europäischen Geschichte hat denn nun Hitlers Angriff auf Polen, welchen die Vertreibung der Deutschen, welchen Stellenwert hat Auschwitz? Wie hängt alles miteinander zusammen - oder auch nicht? Was hat der Nagelclip, die letzte kümmerliche Habe einer von Serben verfolgten muslimischen Frau aus Srebrenica, mit dem gelben Stern oder der Glocke der Wilhelm Gustloff zu tun? War die Judenverfolgung nun singulär, wie der Schautafeltext behauptet - und wenn ja: warum wird sie dann fein säuberlich einsortiert in den Zeitstrahl neben andere Genozide? Warum versucht Steinbach dann seit Jahren eine Geschichtsdeutung durchzusetzen, die die Vertreibung der Deutschen als unvollendetes Genozid begreift? Wer es wissen will, bleibt ratlos.

Kein Wort fällt zu den Ostverträgen, kein Wort zu der nicht immer rühmlichen Geschichte des Bundes der Vertriebenen nach 1945: eine verpasste Chance. Der Rundlauf endet mit dem Dayton-Abkommen von 1995. Das sichert Flüchtlingen und Vertriebenen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat zu - ist das Steinbachs Botschaft?

16.08.2006 **Süddeutsche Zeitung**

Thomas Urban

Der Henker darf nicht Opfer werden. Der Streit um die Ausstellung „Erzwungene Wege“ zeigt, dass die Polen den Deutschen gegenüber in der Position moralischer Überlegenheit verharren

16.08.2006 **Die Welt**

Adam Krzeminski

Deutsches Selbstmitleid. Die Vertriebenen-Ausstellung "Erzwungene Wege" ist missraten. Wie das Thema darzustellen ist, zeigt das Deutsche Historische Museum.

Es war ein sinniger Zufall, dass die mit Spannung erwartete Ausstellung "Erzwungene Wege. Vertreibungen im 20. Jahrhundert" gleich nach ihrer Eröffnung völlig von der Debatte über Günter Grass und sein spätes Waffen-SS-Eingeständnis überschattet wurde. Grass' Novelle "Im Krebsgang" über die Tausenden deutscher Flüchtlinge, die im Januar 1945 nach der Versenkung der "Wilhelm Gustloff" durch ein sowjetisches U-Boot in der eisigen Ostsee den Tod fanden, hat ja vor fünf Jahren maßgeblich die Öffentlichkeit für die deutschen Kriegsleiden sensibilisiert. Und damit auch - ungewollt - jener Initiative des Bundes der Vertriebenen (BdV) Aufwind gegeben, die seit 2003 die deutsch-polnischen Beziehungen nachhaltig vergiftet, nämlich der Initiative, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu errichten.

Nun relativiert der Danziger Grass mit seinem Geständnis brutal die deutsche Selbstbemitleidung: Auch wir Ostdeutschen, so scheint er zu sagen, auch ich persönlich, sind dabei gewesen, pubertär verführt, gläubig und strafrechtlich unschuldig, doch im jasperschen Sinne metaphysisch, moralisch und vielleicht auch politisch mitverantwortlich, was mich jahrzehntelang wie eine Last beschämt. Diese Koda wird nun jeder im Hinterkopf haben, der das Berliner Kronprinzenpalais betritt, um sich die Ausstellung anzuschauen, die Erika Steinbach, die Präsidentin des BdV und der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen", als wichtigen Schritt zur Verwirklichung ihres Vorhabens erachtet.

Wenig von dieser aktiven Mitbeteiligung auch vieler Flüchtlinge und Vertriebenen am Nazismus ist im Berliner Kronprinzenpalais zu sehen. Die Ausstellung ist auch recht bescheiden und erinnert zumindest in ihrem Hauptraum an eine Wandzeitung mit vielen Texten, einigen Photos und sparsamen Originalgegenständen. Sie ist auch betont europäisch angelegt, das heißt, sie bettet das Schicksal der deutschen Vertriebenen nach 1945 in ähnlich katastrophale Erfahrungen anderer Völker und Ethnien im 20. Jahrhundert ein, von den Armeniern im Ersten Weltkrieg über die Polen, die nach dem September 1939 aus den vom Deutschen Reich und von der UdSSR annektierten Gebieten vertrieben wurden, bis hin zu den Bosniern in den 90er-Jahren. Auch in den beiden Seitenräumen der Ausstellung, in denen der Phantomschmerz nach dem Heimatverlust und die Gehenna der Vertriebenen und der in den Gulag Deportierten dargestellt werden, bemühen sich die Veranstalter um eine europäische Perspektive.

Wie beliebig sie allerdings mit den historischen Zusammenhängen umgehen, zeigt die geografische Aus- und Eingrenzung der Ausstellung. Die Darstellung des Völkermordes an den Armeniern und des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches nach 1923 grenzt auf der Lichtheite an die Vorboten des Holocaust, die Entrechtung und Vertreibung der deutschen Juden, doch eine der Konsequenzen daraus - die Gründung des Staates Israel - wird ausgespart.

Der Leibhaftige steckt, wie immer, im Detail: im verkürzten Text, in den unterschlagenen beziehungsweise selektiv angedeuteten Zusammenhängen. Der Irrsinn der Nationalstaaten, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden, war der Grund allen Übels, wird da suggeriert. Davor war Europa also eine heile Welt? Bei einem Polen, der sich diese Ausstellung ansieht, regt sich sofort ein pawlowscher Reflex: Da ist es also wieder, anscheinend können sie nur ohne uns auf dieser Erde glücklich werden!

Trotzdem versuchen sich die "Erzwungenen Wege" in Political Correctness. Ob diese als bloße Tarnkappe genutzt wird oder auf einem faktischen Gesinnungswandel der BdV-

Veranstalter beruht, erschien dem offiziellen Polen unerheblich. Die Ausstellung als solche sei ein antipolnischer Akt, sagte der neue Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski, und sein Vorgänger, Kazimierz Marcinkiewicz, der amtierende Warschauer Bürgermeister, sagte aus Protest seinen Berlin-Besuch ab. Und dennoch - hörte man von polnischen Besuchern an den ersten Tagen - ist die Ausstellung erstaunlich wenig kontrovers. Wäre die Trägerschaft eine andere, hätten wir darüber eine ganz gelassene Debatte führen können.

Genau da liegt der Hund begraben. Der Streit um das "Zentrum gegen Vertreibungen" hat de facto zwei verschiedene Ebenen. Die erste gilt der Art und Weise, wie der Tragödie der Deportationen, Aussiedlungen und Vertreibungen für die Zukunft gedacht werden sollte: gemeinsam, entsprechend einer europäischen Gesinnung, oder getrennt, gefangen in nationalen Narrationen und Traumata. Dass man die beiden Perspektiven verbinden kann, zeigt eindrucksvoll eine opulente Ausstellung auf der anderen Straßenseite in Berlin, im Pei-Pavillon des Deutschen Historischen Museums, die vom Bonner Haus der Geschichte verantwortete Ausstellung "Flucht, Vertreibung und Integration". Sie ist paradoxerweise einerseits "nationaler" als die "Erzwungenen Wege", weil der europäische Kontext der deutschen Zwangsmigration nach 1945 nur in einer Art "Schleuse" angedeutet wird, doch andererseits im Ansatz viel europäischer, da sie sich nicht auf eine sentimentale Reise in die verlorene Heimat und die Darstellung des erlittenen Leides beschränkt, sondern die Integration der Vertriebenen in allen Besatzungszonen darstellt und neben Einzelschicksalen auch die Geschichte der jahrzehntelangen Bemühungen um eine Versöhnung mit den östlichen Nachbarn zeigt, die nur über die Anerkennung der Folgen des von Hitler-Deutschland nach Europa getragenen völkermörderischen Krieges führte.

Die zweite Ebene des Streites um das "Zentrum" galt nicht den Inhalten, sondern der Trägerschaft durch den Bund der Vertriebenen, der seine Vergangenheit - aus polnischer Sicht - immer noch nicht bewältigt hat und als Interessengruppe jahrzehntelang die Anerkennung der Kriegsfolgen verweigerte und zum Teil noch in den 90er-Jahren politische, moralische und sogar finanzielle Ansprüche an die "Vertreiberstaaten" (mit Ausnahme Russlands) stellte.

Um den Streit zu entschärfen, müsste man beide Streit-Ebenen voneinander trennen. Natürlich wäre es gut, wenn die derzeit im DHM gezeigte Ausstellung "Flucht, Vertreibung und Integration" demnächst auch in Polen gezeigt werden könnte, um eine sachliche Debatte zu ermöglichen, und wenn sie dann im Rahmen des 2004 von Johannes Rau und Aleksander Kwasniewski angeregten Netzwerkes "Erinnerung und Solidarität" in Zusammenarbeit mit den Nachbarn der Bundesrepublik zum Grundstock einer ständigen Ausstellung im DHM ausgebaut würde. Ob sie um Elemente der "Erzwungenen Wege" erweitert werden kann, ist weniger ein museumstechnisches Problem als das jener BdV-Politiker, die auf Biegen und Brechen ihre Idee des "Zentrums" durchsetzen wollen, ohne die jahrzehntelange Rolle des eigenen Vereins kritisch reflektiert zu haben.

Wenn ein Ideengeber eines bahnbrechenden Projektes merkt, dass er selbst dessen Verwirklichung im Wege steht, kann er Größe dadurch beweisen, dass er sich zurücknimmt und die Sache anderen überlässt, die nicht weniger befugt sind. Dann wird der Zeitpunkt kommen, an dem auch seine Leistung anerkannt wird.

Der Autor ist Kommentator der Wochenzeitung "Polityka" in Warschau und stellvertretender Vorsitzender der polnisch-deutschen Gesellschaft

16.08.2006 **Der Tagesspiegel** **S. 21**
epd

Erzwungene Rückkehr nach Warschau. Vertriebenen-Schau muss Leihgaben entfernen

16.08.2006 **Jungle World**
Oliver Hinz

Ein furchtbares Jahrhundert. Polnische Reaktionen auf die Vertriebenen-Ausstellung

Der polnische Protest gegen die Berliner Ausstellung »Erzwungene Wege« fiel noch heftiger aus als erwartet. Hinter der Präsentation, die eine Übersicht über Deportationen im Europa des 20. Jahrhunderts gibt, stehen der Bund der Vertriebenen und seine Präsidentin Erika Steinbach. Das war Grund genug für Kazimierz Marcinkiewicz, bis Juli polnischer Premierminister und seither kommissarischer Bürgermeister von Warschau, seine Teilnahme an der Feier des 15. Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Warschau und Berlin abzusagen. »Wir haben das Recht, ›Nein‹ zu sagen zu jenen, die über die Geschichte Lügen verbreiten wollen«, sagte der Politiker der konservativen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hat immerhin mit einem Senatsbeschluss mit dafür gesorgt, dass Steinbach weder für ihre derzeitige Ausstellung noch für ihr geplantes »Zentrum gegen Vertreibungen« ein landeseigenes Gebäude bekam. Auch die Mehrheit der Deutschen lehnt eine solche Gedenkstätte ab: Nach einer Umfrage vom Mai 2004 waren 70 Prozent der Berliner dagegen, bundesweit waren es 56 Prozent. Steinbachs Ausstellung zeigt Beispiele von Vertreibung – vom Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich 1915 und 1916 über die Deportation der Polen durch Nazi-Deutschland bis zu den »ethnischen Säuberungen« in Bosnien-Herzegowina in den neunziger Jahren. In diese Reihe wird auch die »Vertreibung« der Deutschen gestellt, der große Unterschied, nämlich die Schuld der Deutschen am Zweiten Weltkrieg, steht dabei jedoch nicht im Vordergrund.

Noch mehr entzündet sich der polnische und der gemäßigtere tschechische Ärger zu Recht an der Person Steinbach. Als CDU- Abgeordnete stimmte sie 1990 als eine der wenigen im Bundestag sogar gegen die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze. 1997 lehnte sie die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung ab und verunglimpfte sie als »Schlussstricherklärung«. Nur unter »Vorbehalt« trug die Vertriebenenpräsidentin im Jahr 2003 den EU-Beitritt von Polen, Tschechien, der Slowakei und Slowenien mit – wegen dort angeblich bis heute geltender »Vertreibungs- und Entrechtungsgesetze«, wie sie im Bundestag erklärte.

Außerdem gilt Steinbach in Polen nicht als Vertriebene. Denn sie ist 1943 als Kind eines aus Hessen stammenden Wehrmachtssoldaten und einer Bremerin in Rumia (Rahmel) bei Gdynia (Gdingen) zur Welt gekommen. Die Kleinstadt gehörte seit 1920 nicht mehr zu Deutschland, sondern zu Polen. Trotzdem gibt sie »Westpreußen« als ihr Geburtsland an. Ihre Geschichtspolitik stellt das Schicksal der deutschen »Vertriebenen« mit dem der Juden auf eine Stufe. Anfangs plante das CDU-Bundesvorstandsmitglied das Vertriebenenzentrum »in geschichtlicher und räumlicher Nähe« zum Berliner Holocaust-Mahnmal zu errichten. Damals im Mai 2000 sagte sie: »Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.«

Zwar hat die Vertriebenenpräsidentin sich längst mit der Oder-Neiße- Grenze abgefunden, aber zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit Polen und Tschechen ist sie nicht bereit. Seit langem versucht sie nicht einmal mehr, wenigstens einen polnischen Wissenschaftler an ihrem Projekt zu beteiligen. Den Widerstand gegen das »Zentrum gegen Vertreibungen« könnte die Initiatorin vermutlich nur brechen, wenn sie das Projekt aus ihren Händen geben würde.

15.08.2006 Berliner Morgenpost

epd

Warschau zieht Exponate aus Berlin zurück

<http://www.morgenpost.de/content/2006/08/15/politik/847603.html>

Berlin/Warschau - Nach heftiger Kritik der polnischen Regierung an der Vertriebenen-Ausstellung hat das Warschauer Stadtmuseum seine beiden in Berlin gezeigten Exponate abgezogen. Bereits unmittelbar nach der offiziellen Eröffnung sei der Leihvertrag rückgängig gemacht worden, sagte Kurator Wilfried Rogasch am Montag. Schon im Vorfeld der Ausstellung "Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20.

Jahrhunderts" habe das polnische Außenministerium die Direktorin des Warschauer Museums einbestellt.

Die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" hatte die Dokumentation am vergangenen Donnerstagabend im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. Bei Polens Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski war dies auf scharfe Kritik gestoßen. Sein Amtsvorgänger, der jetzige Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz, hatte seinen für Freitag in Berlin geplanten Besuch kurzfristig abgesagt.

Bei den beiden zurückgezogenen Exponaten handelt es sich um eine von einer Warschauer Mutter 1939 für ihren Sohn gestickte Identitätskarte sowie ein Buch aus einem Konvolut, das ein deutscher Wehrmachtssoldat nach Kriegsende dem Warschauer Stadtmuseum zurückgegeben hat.

Rogasch zeigte sich optimistisch, dass die übrigen sieben polnischen Leihgeber auf Rückforderungen verzichten.

15.08.2006 Berliner Zeitung

epd

Polnische Leihgeber ziehen Exponate zurück

<http://www.berlinonline.de/.bin/mark.cgi/berliner-zeitung/print/feuilleton/577508.html>

BERLIN. Nach der heftigen Kritik der Warschauer Regierung an der Vertriebenen-Ausstellung im Berliner Kronprinzenpalais ziehen polnische Leihgeber dort gezeigte Exponate ab. Kuratorin Katharina Klotz bestätigte am Montag entsprechende Meldungen des polnischen Rundfunks. Unklar ist, wie viele der 20 Exponate aus der Ausstellung "Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" entfernt werden müssen. Die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" hatte die Dokumentation am Donnerstag im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. Bei Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski war dies auf scharfe Kritik gestoßen. Sein Amtsvorgänger, der jetzige Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz, hatte seinen für Freitag in Berlin geplanten Besuch deshalb kurzfristig abgesagt. Zu den polnischen Leihgebern zählen das Warschauer Stadtmuseum, das Institut des nationalen Gedächtnisses und die Küstenwache, die mit der Schiffsglocke des Anfang 1945 untergegangenen Flüchtlingsschiffs "Wilhelm Gustloff" auch das größte der etwa 300 Objekte zur Verfügung stellte.

15.08.2006 Berliner Zeitung

Frank Herold

Polnische Empfindlichkeiten. Kommentar

<http://www.berlinonline.de/.bin/mark.cgi/berliner-zeitung/print/meinung/577353.html>

Es lässt sich einiges einwenden gegen die Vertriebenen-Ausstellung "Erzwungene Wege", die seit letzter Woche in Berlin läuft. Jeder, der seine Sicht der Dinge einer Öffentlichkeit zumutet, muss Widerspruch ertragen. Auch Polens Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski steht es selbstredend frei, seine Ablehnung zu äußern. Aber wie er es tat, ist ein Skandal, und die Folgen seiner Worte sind beispiellos. Kaczynski hat die Schau nicht gesehen, aber er rief noch am Eröffnungstag dazu auf, sie zu vernichten. Polnische Leihgeber reagieren prompt und wollen ihre Exponate abziehen. Diese Willfährigkeit der Obrigkeit gegenüber ist erschreckend und sonst nur aus despotisch regierten Ländern bekannt.

Kaczynski braucht keinen Augenschein für ein Urteil. Selbstgefällig schöpft er seine Überzeugungen aus einem festgezimmerten Weltbild. Zusammenfassen lässt es sich etwa so: Die Polen waren und sind die Opfer der Deutschen, die aus ihrer Schuld nichts oder bei weitem nicht genug gelernt haben. Grass in der Waffen-SS, Nazibonzen in der Führung des Bundes der Vertriebenen - sind das etwa keine Belege dafür, dass dieses Bild richtig ist? Unter solchen Umständen mag sich kein Pole dem Verdacht der Kollaboration mit den Deutschen aussetzen. Kaum anders lässt sich der Rückzug der Leihgeber erklären. Eines jedenfalls zeigt der Vorfall: Dass Deutsche und Polen

gemeinsam die Aufarbeitung ihrer Geschichte angehen, ist in den letzten Tagen sehr viel schwieriger geworden - wenn nicht auf längere Zeit unmöglich.

15.08.2008 **Frankfurter Rundschau**

Thomas Roser

Verpasst. Kommentar Polen und Vertreibung

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare_aus_der_zeitung/?em_cnt=947904

Der Groll Warschaws über die Vertriebenen-Ausstellung in Berlin ist noch längst nicht verraucht. Auf Druck der Politik fordern polnische Leihgeber nun ihre Exponate zurück. Dabei wurde auch in Polen bislang kaum Kritik am eigentlichen Inhalt der Ausstellung laut. Es ist der Argwohn gegen den Bund der Vertriebenen und das von ihm forcierte Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen, der an der Weichsel erneut die Furcht vor einer deutschen Umdeutung der Geschichte aufflackern lässt. Die Skepsis der Nachbarn gegenüber dem BdV, der jahrzehntelang die Grenzen des Landes in Frage stellte, ist verständlich. Doch den Ärger über die missliebige Ausstellung hat sich Polen mit seiner Verweigerungshaltung in Sachen gemeinsames Erinnern selbst eingebrockt.

Als vor vier Jahren der damalige Kanzler Schröder Polen die gemeinsame Schaffung eines Internationalen Zentrums gegen Vertreibungen in Breslau offerierte, stieß er bei den Nachbarn auf taube Ohren. Zwar verständigte sich Berlin hernach mit Warschau auf die Schaffung eines Europäischen Netzwerks zur Erinnerung. Doch die Chance, den BdV auszumanövrieren und die Geschichte der Vertreibungen als klare Folge des von den Deutschen angezettelten Weltkriegs darzustellen, verspielten die Polen. Es genügt nicht, sich über das schwierige Kapitel der Vertreibungen auszuschweigen oder diese gar wie zu Zeiten des Kalten Krieges zu "Umsiedlungen" zu erklären. Wer auf eine angemessene Darstellung der Geschichte dringt, sollte die auch mitgestalten.

15.08.2006 **Frankfurter Rundschau**

Vertriebenen-Schau. Polen fordern Leihgaben für Ausstellung zurück

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=947939&sid=ca89e6b7c9542846692763170e097654

Berlin/Warschau - Nach der heftigen Kritik der Warschauer Regierung an der umstrittenen Vertriebenen-Ausstellung in Berlin ziehen polnische Leihgeber dort gezeigte Exponate ab. Kuratorin Katharina Klotz bestätigte entsprechende Meldungen des polnischen Rundfunks. Unklar ist, wie viele der 20 Exponate tatsächlich aus der Ausstellung "Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" entfernt werden müssen.

Die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen", deren Vorsitzende die CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, ist, hatte die Dokumentation am vergangenen Donnerstag im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hatte die Ausstellung scharf kritisiert.

Mit der Ausstellung will die Stiftung für ein ständiges "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin als "Ort der Mahnung" werben. Das Projekt trifft in Polen, aber auch in Deutschland zum Teil auf entschiedene Ablehnung. Hintergrund ist vor allem die Sorge, dass darin die deutschen Vertriebenen als die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkrieges dargestellt werden. epd

15.08.2006 **die tageszeitung**

Sophie Haarhaus

S. 6

Exponate zurück nach Polen. Berliner Vertriebenen-Ausstellung muss Leihgaben aus Warschau zurückgeben. Polens Regierung habe Druck gemacht, sagt die Kuratorin und schimpft über "Stalinismus"

<http://www.taz.de/pt/2006/08/15/a0063.1/text>

BERLIN taz Nach scharfer Kritik der polnischen Regierung an der Vertriebenen-Ausstellung in Berlin hat das Warschauer Stadtmuseum seine Leihgaben zurückgezogen. Die Kuratorin der Ausstellung, Katharina Klotz, führte diese Entscheidung auf politischen Druck zurück. Es sei leider nicht auszuschließen, dass weitere Exponate zurückverlangt würden, sagte sie der taz.

In polnischen Medien war der Ausstellung vorgeworfen worden, dass die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs eine zu große Stellung einnehme. Polens Premier Jaroslaw Kaczynski nannte die Ausstellung der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" eine "sehr schlechte, beunruhigende und traurige Initiative". Der Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz, ein Parteikollege Kaczynskis, sagte einen geplanten Berlin-Besuch wegen der Ausstellung wieder ab.

Kuratorin Klotz erklärte gestern, die Kuratoren des Warschauer Stadtmuseums hätten dem Konzept der Vertriebenen-Ausstellung zunächst voll zugestimmt. Erst als die Ausstellung durch die polnische Regierung kritisiert wurde, hätten sie sich anders entschieden und ihre beiden Ausstellungsstücke wieder zurückgezogen. Das Warschauer Stadtmuseum hatte der Vertriebenen-Ausstellung die bestickte Identitätskarte eines polnischen Soldaten und das Buch eines Wehrmachtssoldaten geliehen.

"Die Vertreibung der Polen bleibt weiterhin ein prominentes Thema der Ausstellung", sagte Klotz. Der Wegfall von 2 der insgesamt über 280 Ausstellungsstücke beeinträchtigt den Wert der Ausstellung nicht. Klotz befürchtet aber, dass weitere polnische Kuratoren ihre Exponate in den nächsten Tagen zurückziehen könnten, wenn die Kritik von Seiten der polnischen Regierung an der Ausstellung weitergehe. "Ich habe alle Leihgeber als aufrichtige und aufgeklärte Menschen kennengelernt", sagte sie. "Aber jetzt werden sie von der polnischen Regierung unter Druck gesetzt." So bleibt unklar, ob die anderen 18 polnischen Exponate, darunter mit der Schiffsglocke des 1945 untergegangenen Flüchtlingssschiffes "Wilhelm Gustloff", das größte der gesamten Ausstellung, weiter ausgestellt werden dürfen.

Klotz betonte, dass die Ausstellung die deutsch-polnischen Beziehungen nicht belasten solle, sondern "für Annäherung und Versöhnung" stehe. Wenn aber die Leihgeber "Repressionen" unterworfen würden, habe das nichts mehr mit den "normalen Regeln des akademischen Austausches unter Historikern" zu tun, sondern sei als "stalinistische Hexenjagd" zu verurteilen.

**14.08.2006 Berliner Zeitung
Kritik an "Flucht und Vertreibung". Ausstellung sei nicht objektiv genug**

Wenige Tage nach ihrer Eröffnung hat die Ausstellung des Bundes der Vertriebenen [...]

14.08.2006 Der Spiegel (Heft 33/2006) S. 46-47
Interview

"Dafür fehlen uns die Mittel". BdV-Chefin Erika Steinbach, 63, über die Ausstellung "Erzwungene Wege" und braune Flecken in der Geschichte ihres Verbandes

14.08.2006 FAZ
Gewinnend.

Als Erika Steinbach vor sechs Jahren die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen gründete, fand sie wenig Beachtung. Erst Günter Grass schaffte [...]

14.08.2006 **Süddeutsche Zeitung**
Warschau klittert am Geschichtsbild

Die Volksrepublik Polen hat mit großem Aufwand eine Geschichtspolitik betrieben, zu deren Kernstücken die Völkerfreundschaft [...]

14.08.2006 **Süddeutsche Zeitung**

Thomas Urban

Polens Museen ziehen Objekte aus Vertriebenen-Ausstellung zurück

In der Warschauer Regierungskoalition, bestehend aus Nationalkonservativen, Klerikalnationalisten und Linksnationalisten, ist man empört. Von „Verrat“ ist die Rede, von „ernsthaften Konsequenzen“ für die Verantwortlichen. Gemeint ist die Zusammenarbeit mehrerer polnischer Museen und Institutionen mit der Berliner Ausstellung „Erzwungene Wege“ über Vertreibung in Europa (SZ vom 11. August). Intern hatte das Kulturministerium schon lange vor einer Zusammenarbeit gewarnt, weil die Auftraggeberin, die Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach, in den Augen des Regierungslagers als besonders gefährliche Gegnerin gilt.

In der Ausstellung sind Dokumente, Photographien und andere Exponate aus Polen ausgestellt. Auffälligstes Stück ist die Glocke der Wilhelm Gustloff. Der Dampfer war von einem sowjetischen U-Boot torpediert worden, 9000 deutsche Flüchtlinge ertranken. Die 300 Kilogramm schwere Glocke wurde von der Küstenwacht Gdingen (Gdynia) zur Verfügung gestellt.

Doch am Wochenende setzte auch eine Pressekampagne gegen die „Komplizen“ Erika Steinbachs ein. Der polnische Rundfunk berichtete, dass das Warschauer Stadtmuseum nun doch seiner patriotischen Pflicht gerecht geworden sei und seine Exponate zurückgefordert habe. Die beteiligten Mitarbeiter des Museums fürchten nun um ihren Posten. Die liberale *Gazeta Wyborcza* hält die Reaktionen indes für überzogen. Es sei Zeit, endlich den Dialog mit den Deutschen aufzunehmen, wolle Polen noch auf die Aufarbeitung des Themas Einfluss haben.

Auf Druck von oben schied auch ein polnischer Historiker aus dem Beirat der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung (ZgV) aus. Seine Universität hatte ihm klargemacht, dass er andernfalls seine Habilitation vergessen könne. In den grossen Warschauer Buchhandlungen sind bereits vor geraumer Zeit alle Publikationen über die Vertreibung verschwunden.

Der angesehene Verband der Sibirischen, jener Polen, die im Krieg vom der sowjetischen Geheimdienst deportiert wurden, beugte sich allerdings nicht. Der Verband hatte eine Fahne zur Verfügung gestellt. Eine Sprecherin sagte: „Unsere Fahne ist in Berlin sichtbar für alle, während sie bei uns nur in der Ecke herumsteht.“

14.08.2006 **Südkurier**

Gregor Krumpholz

Düsteres Kapitel .Auftakt für umstrittene Schau über Vertreibungen in Europa

<http://www.suedkurier.de/nachrichten/seite3/art1798,2161551.html>

Erika Steinbach zeigt sich ungerührt. Während Demonstranten Flugblätter mit dem Vorwurf der Geschichtsklitterung auf sie herabregnen lassen, wirbt die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen im Berliner Kronprinzenpalais weiter für ihr umstrittenes Projekt. Die bis zum 29. Oktober geöffnete Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts solle die Debatte über das Thema versachlichen und "eine nüchterne Bestandsaufnahme bieten", sagt die CDU-Politikerin.

Auftraggebern und Kuratoren der Schau ist dies auch im Wesentlichen gelungen. Sie schlägt einen Bogen von den Massakern an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs im Osmanischen Reich bis zu den Flüchtlingstragödien in Bosnien während des Jugoslawienkriegs vor zehn Jahren. Während der zentrale Ausstellungssaal vor allem die historischen Fakten aufführt, greifen weitere Räume das Thema unter Einzelaspekten wie dem Leben im Flüchtlingslager oder den Versöhnungsversuchen der Nachkriegszeit auf.

Vor allem dort kommen die 280 Originalobjekte von 80 Leihgebern aus 14 Nationen zur Geltung. Unter ihnen ragt die Schiffsglocke der "Wilhelm Gustloff" heraus, bei deren Versenkung über 9000 ostpreußische Flüchtlinge starben.

Unverkennbar wollten die Ausstellungsmacher um Wilfried Rogasch jede Formulierung vermeiden, die das Schicksal der deutschen Vertriebenen einseitig hervorheben könnte. Immerhin ragen sie mit bis zu 14 Millionen Betroffenen nach dem Zweiten Weltkrieg rein zahlenmäßig heraus. Bis zu 100 Millionen Menschen in 30 Völkern oder Volksgruppen verloren nach Expertenschätzungen in den vergangenen 100 Jahren in Europa ihre Heimat.

Die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen", auf Initiative des Vertriebenenbundes gegründet und offizieller Auftraggeber der Ausstellung, gibt den aus den Grenzgebieten zur Sowjetunion vertriebenen Finnen und ihren italienischen Schicksalsgenossen aus Slowenien genauso viel Raum wie den Deutschen. "Hierzulande sind diese Kapitel der Vertreibungsgeschichte nahezu unbekannt", erklärt die Architektin Katharina Klotz vom Ausstellungsteam.

Dass die deutschen Vertriebenen in der 70 Meter langen Vertreibungs-Chronologie des Hauptausstellungsraums so gar nicht hervorstechen, dürfte noch einen anderen Grund haben. Mit der Ausstellung will der Bund der Vertriebenen wesentliche Teile des Konzepts präsentieren, das sein in Berlin geplantes, international höchst umstrittenes Dokumentations- und Gedenkzentrum bestimmen soll. Bis heute steht es vor allem bei Polen und Tschechen unter dem Verdacht, es solle die Leiden der Deutschen einseitig und ohne angemessene Rücksicht auf vorausgehende deutsche Verbrechen darstellen. Ein Scheitern der Ausstellung dürfte auch die Zentrums-Pläne zerschlagen.

Bei Kulturstaatsminister Bernd Neumann stößt die europäische Perspektive der Vertriebenen-Ausstellung jedenfalls auf Wohlwollen. Schon vor der Eröffnung kündigte er an, die große Koalition wolle die Schau in ihre Überlegungen zu einem "sichtbaren Zeichen" gegen Vertreibungen einbeziehen, das in der Koalitionsvereinbarung vage festgeschrieben ist.

14.08.2006

Südkurier

Paul Flückinger

Gewundene Wege. Harte Kritik aus Polen an der Vertriebenen-Ausstellung

<http://www.suedkurier.de/nachrichten/seite3/art1798,2161558.html>

WARSCHAU. - Keine Ausstellung im Ausland hat in den letzten Jahren in Polen die Wogen so hochgehen lassen wie die eben eröffnete Ausstellung "Erzwungene Wege" des Bundes der Vertriebenen. Überregionale Tageszeitungen widmeten dem Thema eine ganze Seite. Unter dem Titel "Die erzwungenen Wege der Erika Steinbach" führte die meinungsführende "Gazeta Wyborcza" durch die Ausstellung, die in Polen als Fanal zur Errichtung des geplanten Vertriebenenzentrums gesehen wird. Ein Portrait Adolf Hitlers würde man dort vergebens suchen, wird bemängelt, über die Urheberschaft werde nicht berichtet.

"Inhaltlich kann man der Ausstellung nichts vorwerfen", schreibt die "Gazeta Wyborcza", doch alleine schon die Anordnung und Gewichtung der einzelnen Vertreibungen im 20. Jahrhundert drängten den Verdacht auf, dass hier die Schuld Hitlerdeutschlands unter den Teppich gekehrt werden solle. Dem Zypernkonflikt sei etwa gleich viel Platz eingeräumt worden, wie dem Zweiten Weltkrieg, kritisiert die Tageszeitung weiter. "Bestimmt wird diese Ausstellung das bereits belastete deutsch-polnische Verhältnis weiter verkomplizieren", warnt sie.

Hart kritisiert wurde die Ausstellung - freilich ohne sie gesehen zu haben - vom polnischen Premier Jaroslaw Kaczynski. "Das ist eine sehr schlechte, beunruhigende und traurige Initiative", sagte Kaczynski nach einer Besichtigung des ehemaligen KZ Stutthof östlich von Danzig. "Wir wünschen uns, dass alles, was sich mit dem Namen Erika Steinbach verbindet, so schnell wie möglich zu Ende geht; denn es bringt nicht Gutes für Polen, Deutschland und Europa", sagte Kaczynski. "Die Verwischung der historischen Wahrheit führt nirgendwohin", fügte der polnische Premier an und kritisierte an der Ermordungsstätte von über 60000 Polen, Juden, Russen, Ukrainern und Engländern, die

Berliner Ausstellung stelle zwischen den Zeilen die Einzigartigkeit des Naziregimes in Frage.

13.08.2006 Die Welt am Sonntag
Recht auf Erinnerung

Die Nachricht: Am Donnerstag wurde die umstrittene Ausstellung "Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" [...]

13.08.2006 Die Welt am Sonntag
Warschau Bürgermeister sagt Besuch in Berlin ab

Aus Protest gegen die am Donnerstag in Berlin eröffnete Ausstellung des Zentrums gegen Vertreibungen [...]

13.08.2006 FAZ Sonntagszeitung

Thomas Schmid

Die Furcht vor der Wucht der Erinnerung. "Erzwungene Wege": Die Berliner Ausstellung über die Vertreibungen im 20. Jahrhundert ist sehr vorsichtig. Das schadet ihrer Wirkung

12.08.2006 Die Welt

Matthias Kamann

Polnisches Ressentiment. Kommentar

<http://www.welt.de/data/2006/08/12/994471.html>

Es ist schon schlimm genug, dass Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski bis an die Grenze der Beleidigung geht, wenn er über die deutsche Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach sagt: "Wir wünschen uns, dass alles, was mit dem Namen von Frau Steinbach in Verbindung steht, so schnell wie möglich endet."

Noch schlimmer aber ist, dass damit der zweithöchste politische Repräsentant Polens zu erkennen gibt, dass er und seine radikalnationale Regierung gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen, wie sich die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" mit dem Heimatverlust befasst. Ohne die Ausstellung "Erzwungene Wege" der "Zentrum"-Stiftung gesehen zu haben, wissen Polens Offizielle, was davon zu halten ist: nichts, gar nichts.

Wenn solcherart die Voraussetzung aller Kritik, die Anschauung, verweigert wird, fragt sich, ob es derzeit Sinn hat, Vertretern des polnischen Staates geschichtspolitische Kompromissangebote vorzulegen. Wurden in Warschau unter dem vorigen Regierungsduo Kwasniewski/Belka ernst zu nehmende Befürchtungen wohlüberlegt geltend gemacht, so sind unter den Kaczynski-Zwillingen Diskursverweigerung und Ressentiment eingezogen. Daher wird man, um die deutsch-polnischen Beziehungen nicht zu gefährden, das Vertreibungsthema aus dem regierungsamtlichen Dialog wohl vorerst ausklammern müssen.

Das ist zwar höchst ärgerlich, lässt sich aber verschmerzen, weil es in Polen genügend nicht offizielle Kräfte gibt, die an ernsthafter Kritik interessiert sind. Auch dürfte die deutsche Öffentlichkeit von sich aus in der Lage sein, die für Osteuropäer existenziellen Fragen zu diskutieren: Macht die "Zentrum"-Initiative hinreichend deutlich, dass die Vertreibung der Deutschen nicht nur in den europäischen Kontext der Deportationen gehört, sondern auch in den deutschen der Kriegsschuld? Ist klar genug, was unter dem Recht auf Heimat angesichts neuer Grenzen zu verstehen ist?

Diese Fragen, aus denen sich Korrekturen des "Zentrum"-Konzeptes ergeben können, müssen wir in der Verpflichtung gegenüber der historischen Wahrheit sowieso klären. Es wäre zwar schön, wenn Polens Regierung dabei mittäte, aber wenn sie das nicht will, sollte es auch ohne sie gelingen.

12.08.06

Die Welt

Vertreibung. Abgeordnete weisen polnische Kritik zurück

<http://www.welt.de/data/2006/08/12/994389.html>

Vertreter von Regierungs- und Oppositionsfraktionen haben die heftige polnische Kritik an der Ausstellung "Erzwungene Wege" zurückgewiesen.

Berlin - Die Ausstellung sei konsequent europäisch angelegt und solle "nicht einseitig lediglich das Vertreibungsschicksal der Deutschen darstellen", sagte der CSU-Außenpolitiker Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg dieser Zeitung: "Insofern wird auch nicht infrage gestellt, dass das nationalsozialistische Deutschland für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich war und Polen in einem Aggressionskrieg überfallen hat."

Die am Donnerstag eröffnete Ausstellung war vom "Zentrum gegen Vertreibungen" organisiert worden. Hinter diesem steht der Bund der Vertriebenen unter Leitung der CDU-Politikerin Erika Steinbach. Die Ausstellung ist noch bis Ende Oktober im Berliner Kronprinzenpalais zu sehen. Polens konservativer Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hatte die Ausstellung kritisiert als "Versuch, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu relativieren".

Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Markus Meckel (SPD), nannte die polnischen Reaktionen "schlicht unangemessen". Meckel, seinerseits Kritiker von Frau Steinbach, bezeichnete die Ausstellung als "im Wesentlichen in Ordnung". Diese habe "solche Reaktionen nicht verdient". Zudem handele es sich um eine private Initiative. Offizielle Äußerungen und Absagen offizieller Besuche seien daher schon aus formalen Gründen fehl am Platze. Urteile sollten erst nach einem Besuch der Schau gefällt werden, sagte der Abgeordnete.

Von einer "überzogenen, reflexhaften und nationalistischen Bewertung" sprach der europapolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Rainer Steenblock. Im polnischen Kommunalwahlkampf sei offenbar eine "Haudrauf-Politik" gefragt, es gehe um "populistische Wahlkampfaktionen", sagte der Abgeordnete. "Eine differenzierte Debatte scheint in Polen gar nicht möglich zu sein."

Steenblock kritisierte zudem die Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zur Ausstellungseröffnung. Er sei "unglücklich", wenn Lammert eine "staatliche Unterstützung" für Projekte wie das der Ausstellung zusichere. Steenblock bezeichnete "diese Form der Erinnerungskultur als wenig hilfreich". Auf beiden Seiten sei eine "differenziertere Debatte" gefragt. (dfs)

12.08.2006

FAZ

Polen bleibt ablehnend

Dt. FRANKFURT, 11. August. Die Eröffnung der Ausstellung "Erzwungene Wege" hat in Polen gereizte Reaktionen hervorgerufen. Ministerpräsident [...]

12.08.2006

FAZ

Nichts Gutes

Nichts gibt so festen Halt wie ein solides Vorurteil. Die Ausstellung "Erzwungene Wege" mag noch so europäisch und noch so historisch korrekt [...]

12.08.2006

Frankfurter Rundschau

Kein Besuch aus Warschau. Kritik an Vertriebenenschau

<http://www.fr->

[aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=946362&sid=c1f9ba3ee6c88ed9795192885c44795a](http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=946362&sid=c1f9ba3ee6c88ed9795192885c44795a)

Berlin/Warschau - Der geschäftsführende Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz hat wegen der umstrittenen Ausstellung zur Vertreibung in Europa eine

geplante Reise nach Berlin abgesagt. So lange die Ausstellung laufe, werde er auf die Reise verzichten, sagte der Politiker dem privaten polnischen Fernsehsender TVN 24. Sein Besuch "könnte unter diesen Umständen missverstanden und missbraucht werden". Anlass der ursprünglich für den gestrigen Freitag geplanten Reise war der 15. Jahrestag der Städtepartnerschaft zwischen Warschau und Berlin. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), bedauerte die Absage. Er sei davon überzeugt, "dass eine positive Entwicklung von Beziehungen im gemeinsamen Interesse nur dann gelingen wird, wenn man den Dialog sucht und nicht meidet".

Die am Donnerstag eröffnete Ausstellung "Erzwungene Wege, Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" thematisiert die Vertreibung Deutscher und Angehöriger anderer Nationen aus Osteuropa nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Kommentatoren polnischer Zeitungen betonten, man könne den Initiatoren keinen Vorwurf machen oder von Geschichtsfälschung sprechen. Trotzdem bleibe ein ungueter Nachgeschmack, nachdem die Vorsitzende des Bund der Vertriebenen, Erika Steinbach (CDU), die Präsentation als Erfolg auf dem Weg zum Bau eines Zentrums gegen Vertreibungen sieht. Sie hatte dafür plädiert, die Schau und die vom Bonner Haus der Geschichte initiierte Ausstellung zur Vertreibung und Integration der Heimatflüchtlinge als Grundstein für eine Dokumentations- und Gedenkstätte zu nutzen.

"Wer die große Ausstellung im Haus der Geschichte in Bonn gesehen hat, wird enttäuscht sein", urteilte die Gazeta Wyborcza. Kritisch wurde die Gleichrangigkeit etwa der ethnischen Säuberungen im Balkan-Konflikt mit den Vertreibungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen, da es sich um andere Ausmaße handele. Die tschechische Tageszeitung Lidove Noviny schreibt: Die Ausstellung sei "nicht objektiv, sie verschweigt, sie ist tendenziös. Sie ist die Erinnerung von Opfern, die sich weder an ihre eigene Schuld, noch an die Schuld von Nazi-Deutschland erinnern". rtr/dpa

12.08.06 Neue Züricher Zeitung

Flucht und Vertreibung in Europa. Eine umstrittene Ausstellung in Berlin be-treibt Geschichtspolitik

Die deutsche Debatte über das eigene Leid im Zweiten Weltkrieg nimmt kein Ende. Eine Ausstellung in Berlin gibt eine Übersicht über Deportationen im Europa des 20. Jahrhunderts und lenkt den Blick doch [...]

12.08.2006 Rheinische Post

Bürgermeister von Warschau sagt Besuch in Berlin verärgert ab

Warschau (afp) Aus Protest gegen die umstrittene Vertriebenen-Ausstellung in Berlin hat Warschaus Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz [...]

12.08.2006 Süddeutsche Zeitung S.2

Thomas Urban

Warschau sieht die Nation in der Berliner Ausstellung über Vertreibung be-droht

Die Berliner Ausstellung „Erzwungene Wege“, organisiert von der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ belastet die deutsch-polnischen Beziehungen. Daran kann kein Zweifel bestehen, die heftigen Reaktionen aus Warschau belegen es. Namenhafte Vertreter der politischen Elite Berlins, an der Spitze Bundestagspräsident Norbert Lammert, haben indes an der Eröffnung der Ausstellung [...]

12.08.2006 Süddeutsche Zeitung

Thomas Urban

Warschaus Bürgermeister sagt Berlin-Reise ab. Proteste in Polen gegen Ver-treibungs-Schau. Kaczynski: Geschichtsfälschung

Warschau – In Polen hat die Ausstellung „Erzwungene Wege“, die die „Stiftung gegen Vertreibung“ am Donnerstag in Berlin eröffnet hat, heftige Proteste hervorgerufen. Der

geschäftsführende Oberbürgermeister Warschaus, der frühere Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz, sagte am Freitag eine lange geplante Reise nach Berlin ab [...]

12.08.2006 **Südkurier**

Geschichte Vertriebene. Kritik an Vertriebenen-Schau

<http://www.suedkurier.de/nachrichten/dpa/starline/kulturwelt/art808,2160956.html>

Berlin/Warschau (dpa) - Auch einen Tag nach ihrer Eröffnung hat die Ausstellung des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin heftige Kritik ausgelöst. Vor allem in Polen und Tschechien wurde das Konzept der Dokumentationsschau «Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts», die noch bis zum 29. Oktober zu sehen ist, abgelehnt.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse erklärte, die Ausstellung sei kein Schritt zu einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, wie es sich die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach wünsche.

Polnische Medien äußerten sich zwar zurückhaltend, werteten aber die Ausstellung als Grundstein für das umstrittene Zentrum. Warschaus amtierender Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz sagte einen für Freitag geplanten Besuch in Berlin wegen der Ausstellung ab. Sein Besuch könne in Polen missverstanden und entsprechend ausgenutzt werden, sagte er dem polnischen Nachrichtensender TVN 24.

Bei den Kommunalwahlen im Herbst kandidiert er für die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit (SPD), bedauerte die Absage und meinte, für «eine positive Entwicklung von Beziehungen im gemeinsamen Interesse» müsse der Dialog gesucht und nicht gemieden werden.

Thierse betonte im Deutschlandfunk, die Bundesrepublik könne nur mit seinen Nachbarn das Schicksal der Vertriebenen angemessen aufarbeiten. Die Schau sei ein vernünftiger und notwendiger Diskussionsbeitrag zur Frage, wie an das Unrecht und die Schicksale der Vertreibungen erinnert werden soll. Die Ausstellung versuche nicht, die Deutschen in ein Opfervolk zu verwandeln. Die erheblichen Vorbehalte zeigten jedoch, «dass der Bund der Vertriebenen und Frau Steinbach offenbar nicht die Richtigen sind, dieses Andenken voranzutreiben.»

Die Kommentatoren polnischer Zeitungen betonten, man könne den Ausstellungsmachern keinen Vorwurf machen oder von Geschichtsfälschung sprechen. Trotzdem bleibe ein ungueter Nachgeschmack, nachdem die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach die Präsentation als ersten Erfolg auf dem Weg zum Bau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sieht. Steinbach hatte sich dafür ausgesprochen, die BdV-Schau und die vom Bonner Haus der Geschichte initiierte Ausstellung zur Vertreibung und Integration der Heimatflüchtlinge als Grundstein für eine Dokumentations- und Gedenkstätte zu nutzen.

«Wer die große Ausstellung im Haus der Geschichte in Bonn gesehen hat, wird enttäuscht sein», urteilte die «Gazeta Wyborcza». Kritisch wurde die Gleichrangigkeit etwa der ethnischen Säuberungen im Balkan- Konflikt mit den Vertreibungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen, da es sich um andere Ausmaße handele. Die konservative tschechische Tageszeitung «Lidove noviny» (Prag) schrieb: «Die Ausstellung erfüllt die Erwartungen. Sie ist nicht objektiv, sie verschweigt, sie ist tendenziös. Sie ist die Erinnerung von Opfern, die sich weder an ihre eigene Schuld, noch an die Schuld von Nazi- Deutschland erinnern.»

In einer ersten Resonanz auf die Ausstellung zeigten sich die Organisatoren der Schau zufrieden. «Wir hatten innerhalb von drei Stunden rund 250 Besucher. Das ist mehr als wir erwartet haben», sagte ein Sprecher. Er gehe fest davon, dass die Proteste im Laufe der Zeit weniger werden.

12.08.2006 **die tageszeitung** **S. 20**

Christian Semler

Verwischte Spuren. Die Ausstellung "Erzwungene Wege" des Berliner "Zentrums gegen Vertreibungen" versucht sich an einer europäischen

Perspektive auf das Thema der Vertreibungen im 20. Jahrhundert. Sie ebnet dabei historische Unterschiede so ein, dass die spezifische deutsche Verantwortlichkeit ausgeblendet wird. Kommentar
<http://www.taz.de/pt/2006/08/12/a0141.1/text>

Dem historisch interessierten Zeitgenossen bietet sich dieser Tage in Berlin die seltene Chance, zwei Ausstellungen zum gleichen Thema, dem der Vertreibung im 20. Jahrhundert, zu vergleichen. Die Ausstellung des Bonner Hauses der Geschichte im Pei-Bau des Deutschen Historischen Museums konzentriert sich auf Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten Europas nach dem 2. Weltkrieg. Die Hälfte des Ausstellungsraums nimmt die - schließlich geglückte - Integration der Neuankömmlinge in die Bundesrepublik ein. Also eine Geschichte mit Happy End. Die Ausstellung des "Zentrums gegen Vertreibungen", einer Gründung des Bundes der Vertriebenen (BdV), hat, auf geringerer Fläche und mit weniger Exponaten, den Versuch unternommen, von der Vertreibung und dem Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich über die Vertreibungen seitens Nazi-Deutschlands und der Flucht und den Vertreibungen der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg bis hin zu den "ethnischen Säuberungen" in Bosnien-Herzegowina ein Bild des europäischen Vertreibungsschicksals zu zeichnen. Als gemeinsame Wurzel des Unglücks wird der übersteigerte Nationalstaat mit seiner Vorstellung ethnischer Homogenität ausgemacht.

Im Vorlauf beider Ausstellungen ist es zu einer eigenartigen Verkehrung der Fronten gekommen. Ursprünglich war der BdV in Verdacht geraten, eine Dokumentation mit dem Schwerpunkt Vertreibungen der Deutschen aufzubauen. Dieses Projekt sah sich mit dem dreifachen Vorwurf konfrontiert, die deutsche Täter- mit der Opferrolle zu vertauschen, die Ursachen der Vertreibung auszublenden und durch die Emotionalisierung eine vernünftige Auseinandersetzung mit dem Thema unmöglich zu machen. Es waren gerade diese Befürchtungen, die zum Projekt des Bonner Hauses der Geschichte führten. Jetzt konzentriert sich die Ausstellung im Pei-Haus auf die deutsche Geschichte, während das "Zentrum" Europa als Bezugspunkt wählt. Und während sich im Pei-Bau emotional sehr berührende Elemente finden wie der Nachbau einer Vertriebenenbaracke, präsentiert die Ausstellung des Zentrums sich in einer bewusst unterkühlten, antiillusionistischen, den Zuschauer auf Distanz haltenden Form.

Also ein komplementäres Unternehmen, alles in Ordnung? Keineswegs. In der Ausstellung des Pei-Baus findet sich eine kritische Reflexion auf die verständigungs- und friedensfeindliche Politik der Vertriebenenverbände in der Nachkriegszeit, wenngleich auch diese Ausstellung an einem neuralgischen Punkt, der nazistischen Vergangenheit vieler der Vertriebenenfunktionäre, fast vollständig versagt. In der Ausstellung des "Zentrums" wird schon durch die gewählte europäische Perspektive einer solche "deutsche" Auseinandersetzung vermieden. Gerade diese europäische Einbettung ist es auch, die einer neuen Ideologie des BdV den Weg bahnen soll. An die Stelle der alten, auf Wiedergewinnung und Rückkehr ("Schlesien ist unser!") gerichteten Propaganda soll eine "Europäisierung" des "Rechts auf Heimat" treten, wobei insbesondere die Vertreibungen der 90er-Jahre in Bosnien-Herzegowina eine neue, menschenrechtliche Grundierung liefern sollen.

Vor dem Eingang zu der Ausstellung findet sich ein großflächiges Bekenntnis zur "unteilbaren Humanitas". Menschlichkeit ist freilich unteilbar. Doch werden durch die abstrakte Beschwörung der Menschlichkeit gänzlich unterschiedliche historische Verläufe eingeebnet.

Die Ausstellung besteht aus dem großen "Europa-Saal", bei dem in Sichthöhe ein durchgängiger Lichtfries angebracht ist. Dort finden sich die exemplarisch ausgewählten Vertreibungen in chronologischer Reihenfolge. Auf dem Fußboden des Saales wird eine verfremdete Europa-Karte ausgebreitet. Dort stehen auch Kuben, an denen Einzelschicksale aufgerufen werden können. In den beiden angrenzenden Räumen sind die Ausstellungsobjekte in offenen, weißgestrichenen Kistenelementen, so genannten Clustern, untergebracht. Das heiße Thema soll abgekühlt werden.

Im Europa-Saal finden sich wesentliche, mit der Vertreibung zusammenhängende, vorzugsweise staatliche Dokumente und Fotos. Die einführenden Texte versuchen den

jeweiligen politischen Hintergrund aufzuhellen. Durch diese soll der Besucher bei der Hand genommen werden.

Innerhalb der Chronologie des Lichtfrieses erscheinen die Verfolgung und Vertreibung der Juden bis 1939 - also zunächst aus Deutschland und Österreich - als ein Vertriebenenschicksal. So vorzugehen, heißt, den Gesamtvorgang des Judenmords aufzutrennen und seinen ersten Teil, die vollständige Entrechtung und Isolation der deutschen jüdischen Bevölkerung einschließlich ihrer nur zum Teil geglückten Rettung durch Auswanderung und Flucht, als "Vertriebenenschicksal" hinzustellen. Auch wenn man der Auffassung ist, die Ermordung der europäischen Juden sei vor 1941 noch nicht Bestandteil der Nazi-Strategie gewesen, stellt sich der Vorgang der schrittweisen Entrechtung, Demütigung und erzwungenen Flucht doch nicht nur als "Vertreibung" dar. Hier geht es um den inneren Zusammenhang zwischen den Verfolgungen vor und der Schoah an den europäischen Juden nach 1941. Die historische Relativierung des Holocaust mittels einer solchen Präsentation ist offenkundig.

Im Unterschied zu den europäischen Vertreibungen vor und nach der nazistischen Herrschaft waren großflächige Vertreibungen von vornherein Bestandteil des "Grand Design" der Nazis. Sie folgten dem Projekt eines von den deutschen "Herrenmenschen" beherrschten slawischen Raumes, mit den entsprechenden Größenwahnsinnigen Siedlungsprojekten. Ein Element dieses Projekts war der Generalplan Ost, der in der Ausstellung keine Erwähnung findet. Es geht um systematische Versklavung der vorher vertriebenen slawischen "Untermenschen", also etwas grundsätzlich Anderes als "ethnische Säuberungen".

Die Ausstellung des "Zentrums" vermeidet sorgfältig, die Haltung der deutschen Minderheiten zur jeweiligen Mehrheitsnation in den mittelost-, ost- und südosteuropäischen Ländern darzulegen. Exemplarisch lässt sich dies an der Präsentation zur Vertreibung der Sudetendeutschen zeigen. Die massive Hinwendung der Henlein-Partei zum Nazismus, damit auch das Votum der überwältigenden Mehrheit der Sudetendeutschen, wird ausgeblendet. Geradezu abstrus wirkt die These, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschen in der Tschechoslowakei sei ein wesentliches Motiv für die Westalliierten gewesen, dem Münchner Abkommen zuzustimmen. Natürlich steckt die Forschung nach Ursache und Folge historischer Ereignisse voller Tücken, und im Falle Böhmens landet man dabei leicht im 17. Jahrhundert. Die pauschale These, die Deutschen seien in der Tschechoslowakei, einem demokratischen Staat in der Nachfolge der Habsburger-Monarchie, als Minderheit systematisch benachteiligt und missachtet worden, geht aber an den historischen Realitäten vorbei. Solche Blindstellen sind nicht zufällig. Sie lassen das Bemühen erkennen, den Vertriebenen Gedanken darüber zu ersparen, inwieweit sie selbst zu dem Verhängnis beitrugen, das 1945 über sie hereinbrach. Generelle exkulpernde Erklärungen findet man mehrmals, so heißt es anlässlich der Vertreibung der Donauschwaben, die nicht geflohene deutschstämmige Bevölkerung "war sich keiner Verbrechen bewusst".

Im zweiten Teil der Ausstellung werden die Vertreibungen unter systematischen Gesichtspunkten präsentiert. Die einzelnen Kapitel wie Erinnerungskultur, Frauen und Kinder, die für den Transport bestimmten Eisenbahnzüge, aber auch die Lager für Vertriebene samt den Zwangsarbeitslagern nach 1945 geben Gelegenheit, die Härte der Vertreibung ebenso kennenzulernen wie eine oft rührende Sehnsucht nach dem Vertrauten, jetzt Verlorenen. Wir werden in unbekannte Gegenden geführt wie ins einstmals finnische Karelien, oder wir sehen ein verpacktes Möbelensemble aus einer Triester Lagerhalle samt Wagnerbüste. Vor 55 Jahren hat es ein musikliebender vertriebener Italiener dort eingelagert und niemals abgeholt.

Allerdings finden sich - gerade was den schwierigen Komplex der Heimat anlangt - in den erklärenden Texten apodiktische Urteile wie dieses: "Wenn man den Ort, die Erinnerung oder die Sehnsucht verliert, fehlt ein wesentlicher Bezug im Lebensentwurf." Womit helfen sich nur diejenigen, die dieses "wesentlichen Bezugs" entraten müssen?

Im thematischen Teil der Ausstellung findet sich allerdings auch massive Interessenpolitik. So wird anlässlich der Abteilung "Recht und Rechtlosigkeit" auf eine "breite Diskussion" unter Völkerrechtlern über die Rechtmäßigkeit der entsprechenden Festlegungen des Potsdamer Abkommens verwiesen, ohne dass diese Diskussion in den Grundzügen dargestellt würde. Ähnliches trifft auch auf die Behandlung des "Rechts auf

Heimat" zu. Fast überflüssig zu erwähnen, dass die völkerrechtlichen Verträge, die die polnische Souveränität über die Gebiete jenseits von Oder und Neiße endgültig bestätigen, keine Erwähnung finden.

Eine "Europäisierung" des Vertriebenenschicksals, die nicht zur Ausblendung und zur Einebnung führt, ist nur als eine Art Netzwerk vorstellbar. Forschungs-einrichtungen, Schulen, Museen und Geschichtswerkstätten der unterschiedlichen Länder müssten miteinander kooperieren, sich auf gemeinsame Projekte einigen. Ein solches Netzwerk könnte auch ohne eine zentrale Institution auskommen. Ein Zentrum gegen Vertreibungen unter der Regie des Bundes der Vertriebenen und mit dem Sitz in Berlin wird hingegen nicht auf die Unterstützung der europäischen "Partnerländer" rechnen können - und mag es sich noch so europäisch präsentieren.

12.08.2006

taz (Berliner Ausgabe)

S. 25

Uwe Rada

Warschau boykottiert Berlin

Wegen der Vertriebenen-Ausstellung sagt Warschaus Stadtpräsident Marcinkiewicz kurzfristig seinen Besuch ab. Gefeiert werden sollten 15 Jahre Partnerschaft zwischen Berlin und Polens Hauptstadt

<http://www.taz.de/pt/2006/08/12/a0198.1/text>

Die Politik der polnischen Populisten, rechte Wähler mit der antideutschen Karte zu mobilisieren, hat jetzt auch die Städtepartnerschaft Berlin/Warschau erreicht. Gestern sagte der amtierende Stadtpräsident der polnischen Hauptstadt, Kazimierz Marcinkiewicz, kurzfristig seinen für den Abend geplanten Berlinbesuch ab. Aus Anlass des 15. Jubiläums der Städtepartnerschaft sollte Marcinkiewicz zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) die Ausstellung "Warschau in Berlin" eröffnen.

Seine Absage begründete der im Juli aus dem Amt geschiedene ehemalige Ministerpräsident der rechtspopulistischen Staatsregierung mit der Ausstellung "Erzwungene Wege", die am Donnerstagabend im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet wurde. Im polnischen Nachrichtensender TVN 24 sagte Marcinkiewicz, sein Besuch in Berlin könne in Polen missverstanden und entsprechend ausgenutzt werden. In Polen stehen im Herbst Kommunalwahlen an, Marcinkiewicz kandidiert für die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) erneut für das Bürgermeisteramt von Warschau.

Allerdings betonte Marcinkiewicz auch, seine Absage habe nichts mit dem Verhältnis zur Hauptstadt des Nachbarlandes zu tun, das er als "sehr gut" bezeichnete. Er sei sicher, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit seine Gründe verstehe, so Marcinkiewicz weiter. Er wolle seinen Amtskollegen deshalb nach Warschau einladen, um das 15-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft der beiden Metropolen zu feiern.

Klaus Wowereit hat die Absage von Marcinkiewicz gestern mit "Bedauern" kommentiert. "Unsere 15-jährige Städtepartnerschaft beruht auf vielen Kontakten zwischen Bürgern, Wirtschaft und Institutionen und wird weiter funktionieren", zeigte er sich überzeugt. Die Gründe für die Absage seien nicht in der Städtepartnerschaft selbst zu suchen. An die Adresse des Warschauer Kollegen sagte Wowereit: "Ich bin fest überzeugt, dass eine positive Entwicklung von Beziehungen im gemeinsamen Interesse nur dann gelingen wird, wenn man den Dialog sucht und nicht meidet." Auf die Einladung nach Warschau reagierte der Regierende Bürgermeister allerdings zurückhaltend. "Das kann man heute noch nicht sagen", sagte Senatssprecher Michael Donnermeyer.

Weniger diplomatisch zeigte sich die Kulturmanagerin Ewa Strozczynska-Wille, die die Ausstellung "Warschau in Berlin" promotet. "Hier wird die Arbeit von einem Dreivierteljahr mit einer einzigen Geste in Frage gestellt. Als Polen sind wir da platt." Für die Künstler zwischen beiden Städten gelte aber: "Unsere Arbeit geht weiter, jetzt erst recht."

Auf der Ausstellungseröffnung selbst wurde Marcinkiewicz vom Vorsitzenden des Warschauer Stadtrates, Witold Kolodziejski, vertreten. Der sagte lediglich: "Dieser Tage werden in Berlin ja viele Ausstellungen eröffnet. Ich glaube, dass allein die Kunst in der Lage ist, wahre Brücken zu bauen."

12.08.2006

taz (Berliner Ausgabe)

S. 25

Uwe Rada

Absage aus Warschau. Es geht auch ohne Populisten.

<http://www.taz.de/pt/2006/08/12/a0196.1/text>

Jetzt also auch die Städtepartnerschaft Berlin/Warschau. Es scheint derzeit, als wäre den rechten Politikern in Polen nichts mehr heilig - außer dem eigenen Populismus.

Zwar versicherte der amtierende Stadtpräsident von Warschau, Kazimierz Marcinkiewicz, die kurzfristige Absage seines Berlinbesuchs habe nichts mit der Partnerschaft beider Städte zu tun. Doch das ist lediglich diplomatische Schadensbegrenzung. Nichts hätte die Wertschätzung der Partnerschaft besser unterstreichen können als die Eintragung ins Goldene Buch und die Eröffnung der Ausstellung "Warschau in Berlin". Um die Ausstellung "Erzwungene Wege" des Bundes der Vertriebenen hätte der Stadtpräsident ja einen großen Bogen machen können.

Aber nein, es musste mal wieder eine Brüskierung her. Das mag ärgerlich sein, eine Katastrophe ist es nicht. Der Austausch von Künstlern und Verwaltungsfachleuten, mithin also der Alltag zwischen beiden Städten, funktioniert auch ohne einen populistischen Stadtpräsidenten. Er hat sogar funktioniert, als der nunmehrige polnische Staatspräsident Lech Kaczynski dieses Amt innehatte - und, daran sei erinnert, es fertiggebracht hatte, in seiner Amtszeit die Partnerstadt Berlin kein einziges Mal zu besuchen.

Zu dieser Zivilgesellschaft gehört aber auch eine eindeutige Absage an den Populismus - und zwar auf beiden Seiten. Die übergroße Mehrheit der in Berlin lebenden Polen findet die Regierung in Warschau inzwischen mehr als peinlich.

Wenn nun aber die fortgesetzten Peinlichkeiten auch Berlin erreichen, wäre ein Mehr an öffentlich formulierter Kritik der gemeinsamen Sache bestimmt nicht hinderlich. Auch wenn die Partnerschaft lebt - sie muss auch am Leben erhalten werden.

11.08.06

Berliner Zeitung

Stephan Speicher

Falsch ist das nicht. Aber es ist zu wenig. Das Zentrum gegen Vertreibungen hat die Probe seines Könnens abgegeben: "Erzwungene Wege"

Die Ausstellung "Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts", am Donnerstagabend im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet, ist mit wirklicher Spannung erwartet worden. Die Ausstellung musste die große Probe der Vertriebenenverbände werden. Mit ihrem "Zentrum gegen Vertreibungen" kämpfen sie seit Jahren für ein festes Haus in Berlin, das die Erinnerung an ihr Schicksal wach halten soll. Das ist nun ein Vorhaben, das auf größte Skepsis stößt, bei den östlichen Nachbarn, aber auch in Deutschland. Zu nahe liegt der alte Verdacht der Ewiggestrigkeit, des Revanchismus, des Revisionismus. Dieser Verdacht ist zuletzt indes weniger laut ausgesprochen worden. Das "Zentrum" hat Anhänger gewonnen, die wie György Konrad oder Imre Kertesz über jedem Verdacht stehen. Und also musste es darum gehen, die aufgehellte Stimmung zu nutzen und mit dieser ersten, befristeten Ausstellung zu zeigen, was Geistes Kind man ist. Gedeih und Verderb aller weiteren, anspruchsvolleren Pläne hängen an dem Bild, das man nun von sich gibt.

Und was ist es für ein Bild? Ein anregendes, vielleicht sogar verführerisches ist es nicht. Der große erste Raum, der in "Fallstudien" Vertreibungen des 20. Jahrhunderts abhandelt, besteht im wesentlichen aus einer großen Textleiste, die sich die vier Wände entlang zieht. Eingestreut sind Fotos, oft nicht größer als Postkarten. Originalexponate sind ganz selten. Zur Dekoration hat man die Umrisse Europas und Kleinasiens auf Boden und Wände gemalt. Wer hier durch die Tür tritt, der weiß auf den ersten Blick, dass es Kurz- und Kürzestessays zu lesen gibt, und nicht mehr. Das ist keine Ausstellung, das ist ein an die Wand geklebttes Manuskript, das sich als Ausstellung kostümiert, weil es so eine Aufmerksamkeit erzielt, die es gedruckt und geheftet niemals erreichen könnte.

Nehmen wir das Schicksal der italienischen Bevölkerung in Jugoslawien. Wie kommen Italiener dorthin? "Erzwungene Wege" führen den Leser in die (politisch aufgefasste) Territorialgeschichte des Julischen Venetiens, die Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte kommt nicht zur Sprache. Wir erfahren darauf von den Leiden der Italiener nach dem Zweiten Weltkrieg, allerdings auch davon, dass sie bei der Deportation nach Italien Hausrat, zum Teil auch Vieh mitnehmen durften. In der Kürze ist das mehr verwirrend als unterrichtend. Diese Kürze, der nur wenig aufgepolsterte Lexikonstil aber steht auch jeder Anteilnahme im Wege. Die Ausstellung möchte Mitleid mit allen wecken, die ihrer Heimat beraubt werden. Weil aber der europäische Anspruch bei der gebotenen Knappheit im Listenwesen endet, wird es mit dem Mitleid nicht leicht was werden.

Diese Kritik spricht man ungern aus. Die Ausstellung hat mit gewiss knappen Mitteln arbeiten müssen, und Armut darf kein Vorwurf sein. So sollen auch nicht die Ausstellungsmacher kritisiert sein, wohl aber der Veranstalter, der die Schwierigkeiten der Aufgabe unterschätzt hat. "Erzwungene Wege" ist ausstellungstechnisch betrachtet ein Fehlschlag. Das gilt auch für die zwei kleinen folgenden Räume, in denen es um Heimat, Flucht, Lager und ähnliche Dinge geht. Mal sind es Stiefel, Schachfiguren oder ein Wecker, die übrig geblieben sind, dann wieder ein Koffer, eine Kiste, eine Tasche, ein Sack, mit dem die Vertriebenen ihr Weniges wegtrugen. All dies ist in aufeinander getürmte, verglaste, weiß gestrichene Behälter gesteckt, ohne dass dazu eine besondere Geschichte erzählt würde. Doch Wecker, Stiefel, Säcke sind für sich ja nichts Belangvolles. Die Vertriebenenverbände mögen zu Sentimentalität und Selbstmitleid neigen, ihre Ausstellung kann eine seelische Bewegung kaum wecken.

Und das hängt mit ihrer politischen Ausrichtung zusammen. Die Ausstellung ist nicht gerade revisionistisch. Von den Ostpolen, die nach Pommern, Schlesien und ins südliche Ostpreußen umgesiedelt wurden, heißt es, dort hätten sie "ein neues Zuhause" gefunden. So spricht nicht, wer auf diese Gebiete noch Ansprüche erheben will. Auch die deutschen Verbrechen an den Juden oder der Generalplan Ost werden nicht verschwiegen. Aber dass die Vertreibung der Deutschen eine Antwort war auf deutsche Verbrechen, das kommt dann doch etwas kurz. Solche kontrollierte Rechthaberei durchdringt alles, und erstickt auch die Anteilnahme.

"Mit Kriegsbeginn begannen die Kriegsgegner Deutschlands mit Planungen für die Nachkriegszeit, zu denen auch Umsiedlungen gehörten. Während des Kriegsgeschehens radikalisierten sich die Haltungen der Exilregierungen Polens und der Tschechoslowakei sowie 1944/45 auch der Ungarn und Jugoslawen gegen die Deutschen in ihren Ländern. Sie wurden kollektiv für die Verbrechen des NS-Regimes verantwortlich gemacht." Falsch ist das nicht. Aber es ist zu wenig. Es fehlen die Bilder der deutschen Verwüstungen in Polen und der Sowjetunion, die Brutalität im Kampf gegen die Partisanen, die Ausplünderungspolitik. Es war eben nicht allein das Regime, das den Hass weckte. Es war auch die Mehrheit der Deutschen, für deren Versorgung die besetzten Gebiete ausgesogen wurden.

Doch ist Vertreibung nicht allein Strafe für vorangegangenes Unrecht. Die ethnisch homogene Bevölkerung ist ein Ideal, das sich im 19. Jahrhundert bildet, in engem Zusammenhang mit Nation, erweiterter Staatstätigkeit und Demokratie. Das sind Fragen, die von den "Erzwungenen Wegen" nicht berührt werden, doch einmal ausgefaltet werden müssen.

So ist der Wunsch nach einem Haus, das die Vertreibungen zum Thema hat, mit dem misslungenen Versuch der "Erzwungenen Wege" nicht erledigt. Bis 27. 8. ist im Deutschen Historischen Museum zu sehen, wie man es besser macht: die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration", die das Bonner "Haus der Geschichte" erarbeitet hat. Diesem Museum und seinen Wissenschaftlern sollte die Aufgabe übertragen werden. Die Vertriebenenverbände müssen mitreden dürfen. Die bestimmende Rolle aber sollten sie nicht spielen, nicht mit öffentlicher Unterstützung. So viel wissen wir nach der Probe, die sie abgegeben haben.

11.08.2006

Der Tagesspiegel

Beziehungen. Warschauer Bürgermeister sagt Berlin-Besuch ab

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/nachrichten/beziehungen/70481.asp>

Kazimierz Marcinkiewicz wird heute nicht wie geplant nach Berlin kommen. Der Bürgermeister von Warschau begründete seine Absage mit der kontroversen Vertriebenen- Ausstellung "Erzwungene Wege". (11.08.2006, 12:24 Uhr)

Anzeige

Berlin - Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bedauerte die Entscheidung von Marcinkiewicz. Die 15-jährige Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Warschau beruhe auf vielen Kontakten zwischen Bürgern, Wirtschaft und Institutionen und werde weiter funktionieren, bekräftigte Wowereit.

Die Gründe für die Absage sind nach seiner Auffassung "nicht in unserer Partnerschaft zu suchen". Er sei aber fest davon überzeugt, dass eine positive Entwicklung von Beziehungen im "gemeinsamen Interesse nur dann gelingen wird, wenn man den Dialog sucht und nicht meidet". Marcinkiewicz sollte am Abend anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft von Wowereit im Roten Rathaus empfangen werden und sich in das Goldene Buch von Berlin eintragen.

Marcinkiewicz lädt Wowereit nach Warschau ein

Im polnischen Nachrichtensender TVN 24 gab Marcinkiewicz laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau an, sein Besuch in Berlin könne in Polen missverstanden werden. Für die im Herbst anstehenden Kommunalwahlen kandidiert Marcinkiewicz erneut für das Amt des Bürgermeisters von Warschau.

Er sei sich sicher, dass Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit die Gründe für seine Absage verstehe, sagte Marcinkiewicz der Zeitung. Ihm liege weiterhin an guten Beziehungen zwischen Warschau und Berlin. Zugleich gab er an, Wowereit stattdessen zum 15-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft nach Warschau einzuladen. (tso/ddp)

11.08.06 Der Tagesspiegel

Thomas Lackmann

Das Jahrhundert der Gejagten. Europas „Erzwungene Wege“: In Berlin eröffnet nach langem Vorspiel die Vertriebenen-Ausstellung

Berlin, 10. August 2006, Kronprinzenpalais Unter den Linden. Erika Steinbach ist fast am Ziel. Vor dem Haus wird protestiert, im Foyer umschwirren Kameras und Mikrofone die Vertriebenen-Präsidentin mit dem eisernen Lächeln, ihren Kurator Wilfried Rogasch, den Ausstellungsarchitekten Bernd Bess. Man zeige das Thema Vertreibungen konsequent europäisch, sagt Rogasch. Es gebe Verbindungslinien – Vertreiber wie auch ihre Opfer hätten immer wieder den Bezug auf vorangegangene Untaten gesucht. Man stelle an den Schluss das Thema Versöhnung; es gehe mitnichten um Opferhierarchien, Revanchismus, Aufrechnung.

Erika Steinbach moderiert freundlichst. Sie würde sich eher auf die Zunge beißen, als an diesem Tag etwas politisch Unkorrektes sagen. Der Erfolg dieser Ausstellung, die anfangs ziemlich anders aussehen sollen, entscheidet über ihr Lebenswerk. Vor drei Jahren habe der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen sich für diese konsequent europäische Dimension entschieden, sagt sie im Interview. Nach weiterführenden Zukunftsplänen gefragt, nennt sie: die „vertiefte Darstellung“ der Geschichte deutscher Vertriebener.

„Erzwungene Wege“ gilt als Gründungsausstellung eines seit sieben Jahren propagierten und verhinderten Museums. 1999 wird beim Vertriebenen-Treff im Berliner Dom durch Innenminister Schily und die BdV-Präsidentin die Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ lanciert. Erika Steinbach will die „Heilung der Vertreibungsverbrechen“ für Polen und Tschechien zur EU-Aufnahmebedingung machen. 2000 wird die privatrechtliche Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen gegründet, die Schröder-Regierung erklärt ihre Ablehnung des BdV-Projekts. 2002 wird die Debatte durch Günter Grass' Novelle über das Flüchtlingsschiff „Wilhelm Gustloff“ befördert. Der Bundestag befürwortet ein europäisch ausgerichtetes Dokumentationszentrum, polnische Intellektuelle schlagen Breslau als Standort vor. Der BdV besteht auf Berlin, in Polen und Tschechien wächst der Widerstand gegen den Verband. Eine polnische Zeitschrift zeigt

die Funktionärin Steinbach als SS-Domina auf dem Rücken ihres Kanzlers. 2004 verteidigt Angela Merkel als CDU-Vorsitzende in Warschau die Idee eines Berliner Zentrums. 2005 eröffnet die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Bonner Haus der Geschichte und bricht Besucherrekorde. Der Historiker Micha Brumlik schlägt als Standort einer internationalen Gedenkstätte zu Vertreibungsverbrechen den Sitz des UN-Flüchtlingskommissars in Lausanne vor. Eine schier unendliche Geschichte ...

Seit Mai dieses Jahres ist die Bonner Ausstellung, mit der die gestern Abend eröffnete Ausstellung „Erzwungene Wege“ der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen nun konkurrieren muss, im Berliner Zeughaus zu sehen – gegenüber dem Kronprinzenpalais. „Flucht, Vertreibung, Integration“ setzt sporadisch auf Personalisierung; so können Besucher eingangs eine Lebensweg-Karte ziehen, mit der sie an drei Stationen Näheres zur Flüchtlings-Vita dieser Zufallsbekanntschaft erfahren. Vertreibungsweltgeschichte gibt den Einstiegsakkord. Dann dokumentieren Bilddokumente die Brutalität der Abschiebung, Vertriebenenunterkünfte werden anschaulich rekonstruiert. Auf die Eingliederung fremder Landsleute in die neue Heimat konzentriert sich der narrative Focus im nüchternen Schulbuchton: eine zeitgeschichtliche Übersicht, die in Migrations-Debatten der Gegenwart mündet.

Schon vor sechs Jahren hatte Kulturstaatsminister Naumann die BdV-Chefin mit diesem staatlichen Vorhaben und einer Absprache – vergeblich – zu zügeln versucht: Pläne für ihr Zentrum möge sie zurückstellen, die Ausstellung im „Haus der Geschichte“ sollte erst einmal ausgewertet werden; dann erst sei über die Realisierung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums nachzudenken.

Erika Steinbachs Antwort war die Gründung ihrer Stiftung, die Realisierung einer großen Erzählung mit dem zaghaften Titel: „Erzwungene Wege“. Im Vorraum der Ausstellung ist zu lesen, man wolle „unterschiedliche Ursachen, Wirkungen und Folgen von Zwangsmigrationen“ dokumentieren. 30 Völker und 80 bis 100 Millionen Menschen seien im Europa des 20. Jahrhunderts davon betroffen gewesen. „Abstrakte Zahlen versperren die Sicht auf das Leiden des einzelnen Menschen.“ Auch hinter relativ geringen Zahlen verberge sich eine „kollektive Katastrophe“.

Im Hauptraum läuft der Besucher über die Umrisse des Kontinents und Länderschemen an gläsernen Text- und Fotowänden entlang, die das europäische Jahrhundert der Vertreibungen dokumentieren. Die Informations-Ästhetik erinnert mit ihrer demonstrativen Emotionsdrosselung an die geläuterte Wehrmachtsausstellung. In den Glaswänden sind allerdings, wie in Vitrinen der Zurückhaltung, einzelne Objekte eingelassen, Zugeständnisse an die Sinneswahrnehmung: die edelsteinbesetzte Mitra eines 1922 durch türkische Vertreiber in Smyrna ermordeten griechisch-orthodoxen Bischofs; eine Büste des nach Westeuropa geflohenen, später in Auschwitz ermordeten Künstlers Felix Nußbaum; auf der Flucht vor der Roten Armee aus einem Zuckersack genähte Babykleidung. In der Mitte des Raumes sind Zeitzeugen verschiedener Opfergruppen an Monitoren zu sehen und zu hören.

Chronologie und Kausalitäten dieser Vertreibungstabelle gehen nicht immer ineinander auf. Die Abfolge wirkt fraglos dramatisch: Armenier (1915/16) und Griechen (1922/23) durch Türken vertrieben. Juden ab 1933 aus Deutschland verjagt. Polen durch Deutsche, Polen durch Ukrainer und Deutsche aus der Ukraine vertrieben. Nach 1945 Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und UdSSR. Balten durch Sowjets (1939-49), Deutschbalten durch Nazis umgesiedelt. Deutsche am Ende des II. Weltkriegs vertrieben. Karelrier 1939/40 bis 1944 durch Sowjets vertrieben, Italiener durch Jugoslawen am Ende des II. Weltkriegs; Slawen durch faschistische Italiener. Vertreibungen auf Zypern (1963/64 und 1974/75) und in Bosnien-Herzegowina.

In den kleineren Ausstellungsräumen werden auf weiteren Infokuben Themenfelder mit Texten und assoziativen Objekten durchmeditiert. Unter der Rubrik „Erzwungene Wege“ ergibt das ein Sammelsurium an Assoziationen. Die Glocke des versenkten Flüchtlingsschiffes „Wilhelm Gustloff“, Erika Steinbachs Lieblingsobjekt, kam als Leihgabe eines polnischen Fischrestaurants, das sich gewöhnlich mit der am Meeresgrund geborgenen Reliquie schmückt, ins Kronprinzenpalais.

Unter „Lager“ findet sich die systematische Aufschlüsselung in Flüchtlings-, Durchgangs-, Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager. Dazwischen die Geige eines lettischen Deportierten, gebaut aus Brettchen und Suppenknochen. Unter „Heimat“ gibt es neben einem Elchgeweih eine Hörstation mit Heimatliedern. „Süßer Kanarienvogel, du hast mir

den Verstand genommen“, geht ein griechisches Lied aus Kleinasien. „Eifersüchtiger Vogel, du wirst mir das Leben nehmen, durch deinen süßen Gesang wirst du mich zum Sklaven machen.“ Heimat – als Sehnsucht, Utopie und Obsession.

„Erzwungene Wege“ stellt deutsches Leid pflichtschuldigst in die Zusammenschau, ohne gegenzurechnen. Deutsche als mit rund 15 Millionen größte Vertriebenenengruppe beanspruchen nicht mehr Platz als Armenier oder Juden, über letztere wird entschuldigend angemerkt: „Die Darstellung der Ermordung der europäischen Juden ist nicht Thema dieser Ausstellung.“ Die Bonner Ausstellung mag mit Zahlen kritischer umgehen; beide Unternehmungen könnten sich mit ihren Stärken ergänzen.

Am fragwürdigsten bleibt an dieser Präsentation der Stiftung der aufgeladene Name des Zielprojektes: Zentrum gegen Vertreibungen, eine Erfindung Erika Steinbachs. In dieser Formulierung mutieren Museumspädagogik und Forschung zum blauäugigen moralpolitischen Programm. Mobilität und Vertreibungen lassen sich nicht per Ächtung abschaffen, die Grenze zwischen Armuts- und Kriegsmigration ist so einfach nicht zu ziehen. Frau Steinbach, wir haben verstanden, dass Vertreibungen schlecht sind. Es reicht, die Geschichten zu erzählen: noch einmal, mit (ein bisschen mehr) Gefühl.

11.08.06 Der Tagesspiegel

AFP

Polen. Regierungschef kritisiert Berliner Vertriebenen-Ausstellung

Warschau – Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hat die in Berlin eröffnete Vertriebenen-Ausstellung mit Nachdruck kritisiert. Dies sei ein Versuch, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu relativieren, sagte er am Donnerstag bei einer Pressekonferenz im ehemaligen Konzentrationslager Stutthoff. Es sei „wichtig, in Erinnerung zu behalten, wer die Mörder und wer die Opfer waren“.

11.08.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 33

Regina Mönch

Es gibt kein fremdes Leid. „Erzwungene Wege“: Die Berliner Ausstellung des Zentrums gegen Vertreibungen vergleicht, ohne aufzurechnen

Man sieht, wie sie ihr Hab und Gut, meist nicht viel, in Säcken, Koffern und Kisten verstauen. Matratzen werden aus Häusern geschleppt, Stühle zusammengebunden. Dann Schnitt, der Hafen von Pola, riesige Gepäckberge, die Stühle wieder, Fenster, die man aus den Häusern ausgebaut hatte. Davor Kinder, Frauen und Männer, junge, alte, erstarrt die einen, weinend die anderen. Särge stehen aufgereiht am Pier. Dahinter das Schiff, die „Toscana“, die sie bald über die Adria bringen wird, hinüber nach Italien, weg aus Pola, das einmal Italien und ihre Heimat war und heute Pula heißt.

Man schreibt das Jahr 1947, und dieser nur minutenlange Wochenschaufilm, eines der seltenen Dokumente vom Auszug der italienischen Bevölkerung aus Istrien und Dalmatien, zeigt bei allem Unglück noch den besseren Teil dieser Tragödie. Sie forderte Zehntausende grausam ermordeter Opfer, die meisten in den Karstschlünden bei Triest verschwunden, und bedeutete für Hunderttausende den Verlust der Heimat und des Besitzes.

Strandgut der Geschichte

Als das letzte Schiff abgelegt hatte, war Pola eine fast leere Stadt, die Vertriebenen haben sogar die Toten mitgenommen und das Standbild des römischen Kaisers Augustus. In die Geisterstadt rückten Titos Partisanen ein, vor deren Terror die Menschen geflohen waren. Es hat nach 1945 schrecklichere Szenen gegeben als diese, damals, als die neuen Grenzen Jugoslawiens gezogen wurden. Darüber ist nachzulesen an der Wand vor der Hörstation im „Europaraum“ der Ausstellung „Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts“. Die Hörstation steht ungefähr da, wo die auf dem Boden ausgebreitete Landkarte Europas die Adria zwischen Italien, Kroatien und

Slowenien zeigt. Andere Stationen mit Filmen und Zeitzeugeninterviews stehen da, wo früher Deutsche lebten oder Griechen oder Armenier oder Polen oder Ukrainer. In einem der angrenzenden Räume ist die Fortsetzung der italienischen Geschichte zu sehen: ein verstaubtes Buffet, noch in die grob zusammengezimmerte Holzkiste gesperrt, eine Wagnerbüste, ein wackliger Kinderwagen, die zusammengebundenen Stühle. Ausgeliehen aus Triest für die Ausstellung im Berliner Kronprinzenpalais, die gestern eröffnet worden ist. Sie gehören zum Inventar eines Lagerhauses im Freihafen, das achtzehntausend Kubikmeter Strandgut der Geschichte birgt: Zeugnisse einer seit sechzig Jahren untergegangenen Kultur. Eine von vielen. Ihre Besitzer verbrachten Jahre in überfüllten Flüchtlingslagern, wo für Möbel kein Platz war. Viele wanderten nach Übersee aus, und für den Transport ihrer Habseligkeiten fehlte ihnen damals das Geld.

Jede Vertreibung ist gleich schlimm

Ist das die Umdeutung der Geschichte, die dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ seit Jahren im Lande, aber auch in Polen und Tschechien unterstellt worden ist? Wer sich Zeit nimmt und die Zeitreise durch das schreckliche zwanzigste Jahrhundert im „Europaraum“ der Ausstellung beginnt, kann sich vom Gegenteil überzeugen. Sofern man dazu bereit ist. Hier werden, mit den Massakern an den Armeniern im Osmanischen Reich beginnend, bis zu den ethnischen Säuberungen in Bosnien in den neunziger Jahren, neun exemplarische Fälle für die Vertreibung von Millionen Menschen in Europa dokumentiert. Der historische Kontext ist kompliziert, jedenfalls nicht so eindimensional, wie der Stiftung immer unterstellt wurde, als deren Kritiker das Konzept noch beharrlich ignorierten.

Der „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Griechenland und der jungen Türkei ist die Folge eines Krieges mit nationalistischen Ambitionen auf beiden Seiten. Sein entsetzlicher Höhepunkt: die brennende Hafenstadt Smyrna im September 1922, als die griechischen und armenischen Viertel zerstört wurden und Tausende in den Flammen starben oder von türkischen Soldaten ermordet wurden. Hunderte Flüchtlinge sind auf einem Foto zu sehen, sie hausen zu zehnt in den Logen der Oper von Athen, bis sie in die für sie hastig errichteten Vororte ziehen können. Es gibt ähnliche Dokumente von anderen Orten, aus Schlössern in Sachsen oder Schleswig-Holstein nach 1945 oder aus Kroatien 1995. Das italienische Beispiel, das griechische, auch die Geschichte der finnischen Karelier sind hierzulande weniger bekannt als die Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen, aber sie sind nicht weniger schlimm. Auch das ist eine Botschaft dieser Ausstellung.

Wellen von Unglück

Zu den historischen Fakten am Zeitstrahl, der sich wie ein Fries durch den „Europaraum“ zieht, sind nur wenige Dinge gestellt, die jeweils ein einzelnes Leben erzählen, Beispiele für Millionen von Menschenschicksalen, für Heimatverlust und Entwurzelung, Terror und Krieg. Für Familien, die alles verloren und nur das nackte Leben retten konnten, viele nicht einmal das. Sie erzählen von Menschen, die jahrelang in Zwangsarbeit schufteten, hin und her geschickt durch Europa von Diktatoren und nationalistischen Staatsführern oder auch, weil man glaubte, nur so sei der Frieden zu gewinnen. Vertreibung, Umsiedlung, egal, wie man das nennt, traf Menschen wegen ihrer Religion oder weil sie zum falschen Volk gehörten, Besitzlose, Reiche, Kinder und Greise, Frauen, die man erst vergewaltigte und dann deportierte. Millionen Polen, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt aus Westpreußen, dem Wartheland, Sudauen und Oberschlesien brutal vertrieben wurden - zwei Millionen wurden dann zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, viele von den Deutschen ermordet, als Polen überfallen wurde. Die Sowjetunion wiederum annektierte große Gebiete in Ostpolen und vertrieb dort mehr als eine Million Einheimische.

Es sind Wellen von Unglück, die sich immer wieder aufbauten, die auch die Ukrainer trafen, die nun nicht mehr zu den Polen passen sollten - sie wurden in die Sowjetunion vertrieben. Während der sogenannten „Aktion Weichsel“ wurden 1947 noch einmal Ukrainer innerhalb Polens „umgesiedelt“. Die Bandura, eine ukrainische Lautenzither, in einem der Nebenräume ausgestellt, erzählt auch von dieser Tragödie. Sie wurde für die

Ausstellung aus einem heute polnischen Dorf in Pommern ausgeliehen - dahin hatte es die Flüchtlinge schließlich verschlagen. Bis Kriegsende lebten dort Deutsche.

Weißer Flecken im kollektiven Gedächtnis

Der Zweite Weltkrieg, den die Deutschen begannen, war in den Debatten um die Erinnerung an Vertreibungsverbrechen und Heimatverlust lange der einzige Bezugspunkt. Die Ausstellung „Erzwungene Wege“ versucht, diesen Kontext nicht nur zeitlich zu erweitern, sondern mit den Folgen von entfesseltem Nationalismus, ethnischen Reinheitswahn, Rassenverfolgung und religiösen Konflikten weitere Ursachen zu zeigen - ohne zu relativieren. Diese europäische Dimension stellt die Opfer in den Vordergrund, deren Leid Hierarchien und Konkurrenz nicht verträgt, auch weil es sich in immer gleichen Prozeduren wiederholt: Entrechtung, Enteignung, das Packen von wenigen Habseligkeiten, die Entbehrungen der Flucht, die Trecks, die Schiffe, das Vergessen.

Es ist eine in vielerlei Hinsicht außergewöhnliche und schwierige Ausstellung im Kronprinzenpalais. Hier wurden in wenigen Monaten Ausstellungsstücke aus halb Europa zusammengetragen, obwohl man nicht immer auf bereitwillige Partner traf, aber doch auf erstaunlich viele selbst da, wo politische Verspanntheit der Vernunft immer noch im Wege steht. Sie erhellt viele bisher weiße Flecken im kollektiven Gedächtnis Europas, nicht letztgültig, doch erstaunlich genau. Ob sich deutsche Vertriebene darin so wiederfinden, wie sie es gehofft haben, wird sich zeigen.

Was man nicht zu sehen wünscht

Der Besucher muß sich auf ein anstrengendes Abenteuer einstellen. Schon kritisieren Kommentatoren, hier werde stark mit emotionalen Effekten gearbeitet, man ziehe zuviel aufs Herz. Doch was sollte statt dessen angesprochen werden, wenn der Verstand versucht hat, die Fakten zu verarbeiten? Was sollte sich sonst regen, wenn man die Erzählungen von Zeitzeugen gehört und die privaten Fluchtstücke entziffert hat? Die Gefühle sind es kaum, die die ersten Empörer noch vor der Eröffnung vor das Kronprinzenpalais trieb. Sie wissen, was sie nicht zu sehen wünschen: Hier kann es nur um „Geschichtsrevisionismus“ gehen, weil Vertriebene so sind. Die „Zeit“ wiederum ist pikiert, wer sich alles „hergegeben“ habe, bei der Eröffnung zu sprechen: Bundestagspräsident Lammert, György Konrád und Joachim Gauck. Manchem sind feste Vorurteile der sicherste Halt.

Die Geschichten in „Erzwungene Wege“ sind chronologisch geordnet - eine ideologiefreie Methode für ein belastetes Thema. Wer sich darauf einläßt, auf die persönlichen Dinge wie die historischen Hintergründe, kann eine Spur durch das vergangene Jahrhundert entdecken, die zu immer gleichem Leid führte, zu Verbrechen, die zu ächten auch die Vertriebenenstiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ angetreten ist. Sie erfüllt mit diesem bemerkenswerten Ausstellungsprojekt auch ein Versprechen der „Charta der Heimatvertriebenen“ vom August 1950. Ein Dokument der Versöhnung, fast vergessen und gerühmt allenfalls noch von jenen, die sich immer wieder mit dem Elend neuer Flüchtlinge befassen müssen. „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“, hieß es in diesem Aufruf, der an die Welt appellierte, diese Not künftig zu verhindern.

11.08.06 Frankfurter Allgemeine ZeitungS. 1

Karl-Peter Schwarz

Erinnerung und Geschichte zusammenführen

Erinnerung, sprich! Die Eröffnung der Ausstellung "Erzwungene Wege" im Kronprinzenpalais bezeichnet eine Wende in der Debatte über die Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibungen" in Berlin. Die Gegner des Projektes werden es künftig schwer haben, die Einwände und Bedenken zu untermauern, die sie bisher gegen das Projekt vorgebracht haben. Es dürfte ihnen nicht mehr gelingen, den Initiatoren des Zentrums nachzusagen, sie wollten die deutsche Vergangenheit in eine kollektive Opfergeschichte umdeuten und deutsche Verbrechen leugnen oder relativieren.

Nichts ist in dieser Ausstellung zu sehen oder zu spüren von "platter Rührseligkeit" und "reinem Gefühl", nichts deutet auf das "deutschnationale Projekt" hin, das der Historiker Wolfgang Benz den Initiatoren des Zentrums unterstellte. Nur "als universales Forschungsinstitut, als moralische Anstalt zur Aufrüttelung des Weltgewissens, als Dokumentationsstelle zur Bewahrung des Wissens über verübtes Unheil" hätte ein solches Zentrum "seinen Platz in der deutschen Erinnerungslandschaft", schrieb Benz zu Jahresbeginn. Damit formulierte er nur, was von Anfang an in der Absicht der Initiatoren des Zentrums lag - sie hatten sich bloß weniger wolkig und pathetisch ausgedrückt. Benz und andere haben ihnen aber nie glauben wollen.

Einwand zwei, er stammte vom Historiker Hans Mommsen, hat sich bisher ebenfalls als nicht stichhaltig erwiesen. Mommsen hatte eindringlich vor den negativen Reaktionen der Polen und der Tschechen gewarnt, doch in Warschau und in Prag ist es ziemlich ruhig geblieben. Offensichtlich wirkt die großkoalitionäre Beruhigung der deutschen Debatte über die deutschen Grenzen hinaus. Das nährt den Verdacht, daß die Heftigkeit, mit der in Polen zuvor gegen das Berliner Projekt polemisiert worden war, nicht nur innerpolnische Gründe hatte, sondern auch ein deutsches Importprodukt war. Nun wollen sich auch die Polen die Ausstellung erst einmal anschauen. Auf einen Anlaß, den Empörungspegel neuerlich in die Höhe zu treiben, werden sie dort nicht stoßen. Bei der Vorbereitung waren die Kuratoren auf polnisches Entgegenkommen angewiesen und haben es auch erhalten. Allen Irritationen zum Trotz ist auch das deutsch-polnische Verhältnis im praktischen Alltag normaler, als es häufig wahrgenommen wird.

Die Debatte über das "Zentrum gegen Vertreibungen" betraf jedoch nicht nur das Konzept und die möglichen negativen Folgen seiner Realisierung für die Beziehungen Deutschlands zu den Nachbarn im Osten. Im Kern ging es um das Recht auf öffentliche Erinnerung, das den deutschen Vertriebenen abgesprochen wurde. Manche gingen sogar so weit, die ostdeutsche "Erinnerungskultur" als die politisch und moralisch angemessenere zu preisen, denn in der DDR wurde ihre Erinnerung durch Strafandrohung aus dem öffentlichen Raum verbannt. Charakteristisch für die totalitären und posttotalitären Regime im Osten war ja gerade, daß in ihnen gewissermaßen die Geschichte über die Erinnerung triumphierte. Die Kommunisten beschäftigten eine Kaste weißwaschender Historiker, die darauf achteten, daß ihr offizielles Geschichtsbild nicht durch Leute gestört wurde, die einfach erzählen wollten, was ihnen widerfahren war. Für Ungarn und Polen, Tschechen und Slowaken war 1989 auch ein Jahr der Befreiung der Erinnerung. Nun durfte, nun konnte wieder erinnert werden, ohne Strafe befürchten zu müssen, in den Bibliotheken konnten daraufhin ganze Regale von Geschichtswerken eingestampft werden.

Die Erinnerungen der Vertriebenen jedoch wurden weiter in die Parallelwelt der Verbände, der Heimatmuseen und Dorfgemeinschaften abgedrängt, während Historiker aus den postkommunistischen Ländern, die meist schon unter den volksdemokratischen Regimen brav gedient hatten, in staatlich bestellten und beaufsichtigten Historikerkommissionen mit ihren Kollegen aus dem Westen an der Herstellung von neuen Geschichtsbildern bastelten. So nützlich, weil politisch instrumentalisierbar, die Erinnerung an die Vertreibung in den Jahren des Kalten Krieges war, so sehr störte sie in der Ära der Ostverträge und so unbequem erscheint sie manchen heute noch, weil sie sie für ein Hindernis in der Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarn halten.

Es versteht sich von selbst, daß private, also selektive Erinnerung historischer Kritik und Einordnung bedarf. Erinnerung und Geschichte können aber nur zusammengeführt werden, wenn die Erinnerung gesellschaftlich akzeptiert und ernst genommen wird. Geschichte, die ganzen Opfergruppen das Recht auf Erinnerung abspricht und ihnen den Zutritt zum öffentlichen Raum verwehren will, ist einer offenen Gesellschaft nicht zuträglich. Sie verhindert, daß ein frischer Wind auch jene Nischen erfassen kann, in denen sich ideologischer Mief festgesetzt hat. Sie ist auch nicht hilfreich in den Beziehungen zu den Nachbarländern, wo sich mutige Historiker und Intellektuelle den nationalistischen und postkommunistischen Geschichtsklitterungen widersetzen und die Vertreibung der Deutschen als das bezeichnen, was sie war, nämlich ein Unrecht und ein Verbrechen.

Auch deshalb braucht Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen", das im europäischen Geist betrieben wird wie die Ausstellung im Kronprinzenpalais. Es sollte nicht irgendwo in der Stadt untergebracht werden, sondern inmitten der deutschen Erinnerungslandschaft,

Unter den Linden, gerade deshalb, weil die Vertreibung kein dissoziiertes Element der deutschen Vergangenheit war, sondern Bestandteil und Folge der deutschen Katastrophe. Ein geeigneterer Ort als das Kronprinzenpalais, um dies zu dokumentieren, wird sich kaum finden lassen.

11.08.06 Frankfurter Rundschau

Harry Nutt

Ausstellung "Erzwungene Wege". Konsequenz europäisch

Die Babygarnitur, in schlichtem Schmutzgrau gehalten, zeugt von großer handwerklicher Kunst und Liebe zum Detail. Man könnte von Anmut sprechen, würde einen die dazugehörige Texttafel nicht in nüchterner Knappheit darüber informieren, dass während der Flucht, auf der eine schlesische Mutter das schöne Stück aus einem aufgeribbelten Zuckersack gestrickt hat, Zehntausende Säuglinge erfroren sind.

Die Ausstellung "Erzwungene Wege", die gestern von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet worden ist, geht nah ran. Zahlreiche Exponate verweisen auf Fluchtgeschichten, Dinge, die mitgenommen oder zurückgelassen wurden. Ein Schlüsselbund stammt aus dem Bezirk Komoton in der Tschechoslowakei. Er umfasst 19 Schlüssel und eine Trillerpfeife. Der Hof, heißt es zur Erläuterung, sei so groß gewesen, dass zum Mittagessen nicht gerufen, sondern gepfiffen wurde. Den Vertreibungen, sagt dieses Exponat, eine Leihgabe des Sudetendeutschen Archivs München, ist ein ganz gewöhnliches Leben vorausgegangen.

Die Idylle in der Vitrine

Die Idylle in der Vitrine trägt. Draußen vorm Kronprinzenpalais auf dem Boulevard Unter den Linden haben sich am Donnerstagvormittag rund achtzig Männer und Frauen hinter Transparenten versammelt. "Rettet Darfur", steht auf einem und verweist auf einen aktuellen Fall von Vertreibung und Völkermord im Westsudan. "Geschichtsrevisionismus angreifen statt ausstellen", heißt es auf einem anderen Transparent in deutscher und polnischer Sprache. Sie demonstriert dagegen, dass sich Deutsche wieder als Opfer darstellen, sagt eine der Teilnehmerinnen. Wer ihre Mitstreiter, das "Berliner Bündnis gegen Geschichtsrevisionismus", sind, weiß sie nicht. Sie habe sich spontan dazugestellt. Die Ausstellung, sagt sie, kenne sie noch gar nicht.

Im Foyer des Kronprinzenpalais versucht Erika Steinbach, die elegant-energische Frontfrau des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, den Ansturm der Pressevertreter und einiger Demonstranten zu beruhigen. Es gehe um eine nüchterne Bestandsaufnahme zum Thema, sagt die CDU-Politikerin. Man habe versucht, ergänzt der Ausstellungskurator und Historiker Wilfried Rogasch, bei der Darstellung konsequent europäisch vorzugehen. Vergleichen und zusammenführen statt hierarchisieren und bewerten, lautet die Devise der Ausstellung, der man ihr Bestreben, keine Fehler zu machen, auf beinahe jeder Texttafel anmerkt. Es soll ein Blick auf die vielfältigen Vertreibungen, ihre Schrecken, aber auch ihre politische Struktur in Europa und seinen Grenzgebieten im 20. Jahrhundert eröffnet werden.

Über Jahre hinweg ist um ein mögliches Zentrum gegen Vertreibungen mit Sitz in Berlin gestritten worden. In Polen wurde die Diskussion mit großer Skepsis und bisweilen bissiger Schärfe verfolgt. Für Erika Steinbach ist diese Schau nicht zuletzt ein politisches Statement, für das sie in dem verstorbenen Peter Glotz (SPD) über enge Parteigrenzen hinaus einen überzeugten Mitstreiter gefunden hat. Darüber hinaus scheint sie aber auch öffentlich den Beweis antreten zu wollen und zu müssen, dass eine Geschichtsausstellung zu einem bis heute nicht unheiklen Thema ohne revisionistische Untertöne möglich ist.

Auf einem großen Zeitstrahl

Ein vergleichbares Unternehmen habe es in Europa noch nicht gegeben, schreiben die Ausstellungsmacher stolz. Das dürfte aber auch an den konzeptionellen Widersprüchen liegen, die solch ein Projekt mit sich bringt. Das Spannungsfeld zwischen den

dargestellten Einzelschicksalen und der historischen Gesamtperspektive ist groß. Im Europasaal, dem Kernstück der Ausstellung, soll die Geschichte der europäischen Vertreibungen im Überblick dargestellt werden. Der Zeitstrahl reicht vom Genozid an den Armeniern bis zu den Vertreibungen im Jugoslawien der neunziger Jahre. Es wird erzählt vom Schicksal der finnischen Karelier, die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs wird gestreift.

Insbesondere hier wird das Bemühen spürbar, das deutsche Kapitel im europäischen Kontext erscheinen zu lassen. Mehr als 30 Völker Europas, zieht die Ausstellung Bilanz, haben im 20. Jahrhundert als Ganzes oder in Teilen ihre Heimat verloren. Die Zahl der Opfer von Flucht und Vertreibung beziffern Historiker mit bis zu 100 Millionen Menschen. Die Zahl steht im krassen Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung, die Vertreibungsprozesse gefunden haben. Meist fanden sie im Schatten großer Kriege und einer zynischen politischen Kartografie statt. Eine besondere Stellung nimmt die Vertreibung der Juden ein. Während der Auftakt der Politik zur Ermordung der europäischen Juden geschildert wird, wird die Darstellung des Holocaust bewusst ausgelassen.

Ein erster, gewiss zu flüchtiger Rundgang lässt keinen Zweifel an der Legitimation der Themenstellung aufkommen. Es stellt sich aber auch ein gewisses Unbehagen ein. Die Babygarnitur oder das Ladenschild des Lebensmittelgeschäfts von Giovanni Petris, der als Italiener seine Heimat in Istrien verlassen musste, künden zwar eindrucksvoll von dem menschlichen Schicksal, das mit der jeweiligen politischen Vertreibung verknüpft ist. Der Wechsel von einer Naheinstellung, die durch authentische Exponate repräsentiert wird, zu einem europäischen Gesamtpanorama bleibt jedoch seminaristisch und abstrakt.

Das wird auch durch die Anordnung zu Themen wie Lager, Frauen und Kinder, Gepäck und Memorabilia oder Heimat in den an den Europasaal angrenzenden Themenräumen nicht aufgehoben. Der Versuch eines Strukturvergleichs, etwa zu der Rolle, die ein sich entwickelndes Eisenbahnnetz bei Flüchtlings- und Deportiertentransporten einnimmt, bleibt sehr oberflächlich. Vertreibungen folgen bestimmten Mustern, aber um sie zu verstehen, bedarf es immer auch einer historiografisch genauen Verlaufsanalyse, bei der das Medium Ausstellung an seine Grenzen stößt.

11.08.06 Frankfurter Rundschau

Harry Nutt

Kommentar Ausstellung Vertreibung. Profiteure eines Wandels

Die Demonstranten, die gestern gegen die Eröffnung der Berliner Ausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung protestierten, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Diskussionsklima gewandelt hat. Das Schicksal und das Leiden von Millionen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs Opfer von Vertreibungen wurden, sind im deutschen Geschichtsbild angekommen. Der zeitliche Abstand und neue historiografische Erkenntnisse ermöglichen einen nüchternen Umgang mit einer Debatte, die noch vor kurzem von Unterstellungen und Revanchismusvorwürfen geprägt war.

Da passt es ins Bild, dass Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), nun mit einer Ausstellung den Blick auf eine europäische Geschichte der Vertreibungen lenkt. Genozid, Vertreibung und erzwungene Migration sind ein oft vernachlässigter Nebenaspekt großer Kriege und zynischer Geopolitik gewesen. Steinbach und ihre Mitstreiter haben diesen Klimawechsel nicht herbeigeführt, sie profitieren vielmehr von einer Großwetterlage, die eine Neubewertung von Geschichtsdesastern zulässt. Die Überlegungen aber, diese oder andere Ausstellungen als "sichtbare Zeichen" zu einer Art Mahnmal gegen Vertreibungen zu machen, greifen zu kurz.

Das Medium Ausstellung lässt zu viele Fragen offen. Wenn die Vitrinen wieder abgeräumt sind, ist die Stunde der Wissenschaftler gekommen. Völkermord und Vertreibung sind nicht nur Verbrechen der Vergangenheit. Als aktuelle politische Gewalt verdienen sie jede nur mögliche Aufmerksamkeit.

11.08.2006

Frankfurter Rundschau

Vertriebenenausstellung. Marcinkiewicz sagt Berlin-Besuch ab

[http://www.fr-](http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=945453&sid=c1f9ba3ee6c88ed9795192885c44795a)

[aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=945453&sid=c1f9ba3ee6c88ed9795192885c44795a](http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=945453&sid=c1f9ba3ee6c88ed9795192885c44795a)

Warschau (dpa) - Der ehemalige polnische Ministerpräsident und amtierende Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz hat einen für Freitag geplanten Besuch in Warschaus Partnerstadt Berlin kurzfristig abgesagt. Er begründete dies mit der am Donnerstag eröffneten Ausstellung "Erzwungene Wege" über das Schicksal der Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

Im polnischen Nachrichtensender TVN 24 sagte er am späten Donnerstagabend, sein Besuch in Berlin könne in Polen missverstanden und entsprechend ausgenutzt werden. In Polen stehen im Herbst Kommunalwahlen an und Marcinkiewicz kandidiert für die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) für das Bürgermeister von Warschau.

Er sei sicher, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit seine Gründe verstehe, sagte Marcinkiewicz. Zugleich betonte er, ihm liege an guten partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Warschau und Berlin. Er wolle Wowereit stattdessen nach Warschau einladen, um das 15-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft der beiden Hauptstädte zu feiern.

11.08.06 Neues Deutschland

Martin Kröger

Vertriebenen-Ausstellung eröffnet

Gestern eröffnete die Ausstellung »Erzwungene Wege« Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts des Zentrums gegen Vertreibungen im Berliner Kronprinzenpalais.

»Wir sind hier, um darauf hinzuweisen, dass in Darfur gemordet wird und Menschen auf der Flucht sind.« Gemeinsam mit anderen Sudanesen hat sich der Student Tito Taban vor dem Kronprinzenpalais in Berlins Mitte mit einem Transparent aufgebaut. Dass hier heute die Ausstellung des Bundes der Vertriebenen (BdV) zu Geschichte der europäischen Vertreibungen beginnen soll, wollen wir nutzen, erklärt Taban: Denn es gebe viele Parallelen zwischen Flüchtlingen von damals und heute.

Während draußen der mit dem BdV abgesprochene Flüchtlingsprotest weitergeht, versucht drinnen in dem gerammelt vollen Foyer des Kronprinzenpalais die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, eine improvisierte Pressekonferenz abzuhalten. Noch vor der offiziellen Eröffnung am gestrigen Abend, konnten die zahlreich erschienenen Medienvertreter einen Blick auf die im Vorfeld heftig umstrittene Ausstellung werfen.

Im Obergeschoss wird noch emsig gearbeitet. »Das einzige Exponat, das noch auf das Podest gehievt werden muss, ist die Glocke der Wilhelm-Gustloff«, versichert dagegen Kurator Wilfried Rogasch.

Dass die Schiffsglocke des 1945 versenkten deutschen Flüchtlingsschiffes von der polnischen Küstenwache zur Verfügung gestellt wurde, wertet Rogasch als »Sensation«, die zeigen würde, dass die Vorbehalte aus Polen gegen die Ausstellung gar nicht mehr so groß seien. Gleichzeitig räumt Rogasch jedoch ein, dass die Ausstellung kurz zuvor von Polen, die Exponate gestellt haben, in Augenschein genommen worden war, um sich zu vergewissern, dass die Gegenstände nicht als »Feigenblatt« für die Interessen des BdV missbraucht würden. Was für ein Skandal, wenn Gegenstände kurz vor Beginn zurückgezogen worden wären. Doch die besorgten östlichen Nachbarn hatten an dem Konzept der Ausstellung nichts auszusetzen, sagt Rogasch.

Daran wird nicht zuletzt die europäische Ausrichtung der Schau beigetragen haben. »Die Ausstellung mit allen ihren Exponaten war nur deshalb möglich, weil das Zentrum gegen Vertreibungen ein enges und wirksames europäisches Netzwerk von Wissenschaftlern und Betroffenen aufgebaut hat«, betonte Erika Steinbach deshalb auch in ihrer Eröffnungsrede.

Und so zeichnet die Ausstellung von der Verfolgung der Armenier 1915 durch das Osmanische Reich bis zu den Flüchtlingen der Jugoslawischen Bürgerkriege Schicksale von Vertreibungen nach.

Dennoch ist die Ausstellung wohl eher als Zwischenspiel hin zu einer dauerhaften Dokumentationsstätte zu betrachten, die der BdV einrichten will. Deren Mittelpunkt dürften dann wieder die »deutschen Vertreibungsoffer« seien, wie Steinbach in ihrer Rede andeutete.

Dass der BdV keinen Gesinnungswandel vollzogen hat, darauf weisen auch die Darstellungen zum Themenschwerpunkt »Vertreibungen der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges« hin: »Auslöser für die Flucht war die Rote Armee« und die Hauptursache sei die von Stalin betriebene Westverschiebung Polens gewesen, steht dort zu lesen.

»Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten als Ursache wird hier völlig negiert«, bemängelt Heinrich Fink, Vorsitzender des VVN/BdA. »Das ist Geschichtsklitterung.« Auch wenn man bedenkt, dass die Wehrmacht von Moskau bis zur Reichsgrenze verbrannte Erde hinterlassen habe und sich im Nebenraum über einige durch die Rote Armee gefällte Bäume echauffiert werde.

Ein linkes Bündnis vermutet ebenfalls, dass mit der Ausstellung die deutschen Täter relativiert werden sollen und ruft deshalb für morgen Mittag zu einer Kundgebung vor das Kronprinzenpalais.

11.08.06 Neues Deutschland

M. Kröger

Schau über Vertreibung eröffnet. Meckel gegen Zentrum von Vertriebenen-Bund

Berlin. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel hat sich gegen ein vom Bund der Vertriebenen (BdV) gestaltetes Zentrum gegen Vertreibungen gewandt. Das Gedenken an Vertreibungen sei eine öffentliche Aufgabe und könne nur in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn verwirklicht werden, betonte Meckel. Weder der BdV noch dessen extra dafür gegründete Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) seien dafür geeignet, die im Koalitionsvertrag vorgesehene zentrale Dokumentationsstätte für die Vertriebenen alleine auszugestalten.

Am Donnerstag war im Berliner Kronprinzenpalais die von der ZgV konzipierte Ausstellung »Erzwungene Wege. Flucht und Verreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts« eröffnet worden. In ihrer Eröffnungsrede erklärte die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, dass die Ausstellung ein wesentliches Element hin zu einem qualitativ hochwertigen Dokumentationszentrum in Berlin sein könne. Zuspruch für ihre Pläne erhielt Steinbach dafür aus Kreisen der Union und der FDP.

Die Ausstellung, zu deren Eröffnung am Donnerstagabend auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) geladen war, sei »eine ausgezeichnete Visitenkarte« für ein »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin, so der Vertriebenenexperte der Union, Jochen-Konrad Fromme (CDU). Und der FDP-Kulturexperte Hans-Joachim Otto kann sich die jetzt eröffnete Ausstellung gar als »Herzstück« eines Zentrums gegen Vertreibungen vorstellen.

11.08.06 Süddeutsche Zeitung S. 11

Sonia Zekri

Umstrittene "Vertriebenen-Ausstellung". Heimweh, das ich meine Die Kritiker von rechts und links, aus In- und Ausland hatten längst die Messer gewetzt. Doch die Ausstellung über "Flucht und Vertreibung" in Berlin verkitscht, vergisst, vermengt und vernachlässigt ihre eigentliche Aufgabe in geschichtslosen Flucht-Requisiten und Heimat-Sammelsurium.

Monatlang war es verdächtig still um die Ausstellung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin, aber kurz vor der Eröffnung hatte sich das Crescendo doch noch eingestellt.

Im Abstand oft weniger Stunden meldeten sich zu Wort: Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der der Eröffnung mit „gelassener Neugier“ entgegenschah, aber keineswegs den Eindruck erwecken wollte, die Schau sei der Nukleus jenes „Zentrums gegen Vertreibungen“, auf das die Chefin des Vertriebenen-Bundes Erika Steinbach seit

zunehmend zehn Jahren hinarbeitet. Dann Bundestagspräsident Norbert Lammert, der die Ausstellung jedoch als „ausgezeichnete Visitenkarte“ für ein solches Zentrum in Berlin sieht; der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel, der daran erinnert, dass sich der Bund der Vertriebenen mit seinem „sehr schiefen“ Geschichtsbild für ein solches Zentrum disqualifiziert habe; Polens Präsident Lech Kaczyński, der feststellte, die Schau widerspreche „polnischen Interessen“; und natürlich Erika Steinbach selbst, die betonte, sie sei fest überzeugt, dass Angela Merkel sich für das avisierte Zentrum in Berlin einsetze.

Was also erwartete den Besucher im Kronprinzenpalais? Finsterer Revanchismus oder eine notwendige Ergänzung? Zunächst mal: Ein kleiner Eklat. Als Erika Steinbach im Foyer des Kronprinzenpalais vor die Kameras tritt, versuchen Demonstranten des „Berliner Bündnisses gegen Geschichtsrevisionismus“ ein Transparent zu entrollen. Als das nicht gelingt, werfen sie Flugblätter in die Luft. Erika Steinbach unterbricht ihren Vortrag nicht für eine Sekunde. Und schließlich protestierten vor dem Palais auch noch Rechtsextreme gegen das geplante Zentrum: 50 Jugendliche, überwiegend aus Polen angereist, mit Transparenten und rot-weißen Fahnen.

Dann aber, im Obergeschoss, findet man tatsächlich: Europa - als wandhohe, schwarz-weiße Karte, in Augenhöhe durchzogen von einem eng beschrifteten, von Fotos und Schaukästen durchbrochenen Fries. Hier zieht das „Jahrhundert der Vertreibungen“ vorüber, das 80 bis 100 Millionen Menschen ihre Heimat kostete. Und, ja, den Kuratoren gelingt es, Kapitel europäischer Geschichte ins Gedächtnis zu rufen, von denen bislang nur Experten wussten. Das bekannteste dürfte dabei noch die Vertreibung der Armenier im osmanischen Reich sein, von deutschen Diplomaten beobachtet - „Der Euphrat treibt von neuem und in verstärktem Maße Leichen herunter“, schrieb der Konsul in Aleppo 1915 an den deutschen Botschafter in Konstantinopel -, vom deutschen Theologen Johannes Lepsius dokumentiert und vom deutschen Kaiser aus militärischer Raison hingenommen.

Aber was wusste man über die Vertreibung von Griechen und Türken 1922/1923, die 1,2 Millionen Griechen aus Kleinasien, dem Pontus und dem Kaukasus heimatlos machte sowie 355 000 Muslime aus Griechenland? Was über die Vertreibung der Italiener aus Jugoslawien, über Triest, das 1945 jugoslawisch wurde, 1947 zum Freistaat und 1954 wieder italienisch, wo Flüchtlinge aus dem Hinterland riesige Möbellager füllten, aus denen die Ausstellung Schreibtisch, Puppenwagen und Wagnerbüste zeigt? Die Karelier, die zwischen Hitler, Stalin und der finnischen Regierung zerrieben wurden, ähnlich wie die Balten, die griechischen und türkischen Zyprioten - ja, es gibt vieles zu entdecken in dieser Ausstellung. Und doch.

Und doch belegt der unbestreitbar europäische Ansatz nur eine neue, geschmeidigere Strategie des Zentrums, aber keinen fundamentalen Sinneswandel. Das wird an Kleinigkeiten deutlich, an mangelnden Bezügen, kleinen Lücken. Zwar fehlt es nicht an Schilderungen deutscher Verbrechen. Der Hitler-Stalin-Pakt, die Verheerungen im Generalgouvernement, die Vernichtung der polnischen Intelligenz, alles dies wird in wünschenswerter Klarheit dargestellt - nur mit der Vertreibung der Deutschen scheint es nichts zu tun zu haben. „Hauptursache für die Vertreibungen in den deutschen Ostgebieten“, so heißt es, „war die durch Stalin betriebene und von den Westalliierten und der polnischen Regierung akzeptierte Westverschiebung Polens bis an die Oder-Neiße-Grenze.“ Dass es ohne den deutschen Überfall auf Polen keine Vertreibung und keine Westverschiebung gegeben hätte, kann sich der Besucher selbst hinzudenken - oder eben nicht.

Selten nur deutet die Ausstellung an, dass auch Ostpreußen nicht auf dem Mond lag, sondern - wie ganz Deutschland - seinen Teil der Schuld an den Verbrechen der Nazis trug. Eines dieser seltenen Zeugnisse ist der Brief des Männerturnvereins Gumbinnen bei Königsberg vom Mai 1933. Darin teilt der Vorstand Herrn Cohn mit, die Deutsche Turnerschaft habe inzwischen „den Arierparagrafen in ihre Satzung aufgenommen“ und sehe sich daher veranlasst, ihn „von der Mitgliederliste zu streichen“.

Stattdessen breitet die Ausstellung Flüchtlingsleid aus, das sich in seiner emotionalen Dramatik über eine historische Einordnung erhebt. In zwei Räumen haben die Kuratoren weiße Kisten zu Türmen gestapelt, Vitrinen für das, was von der Heimat übrig blieb. Die Boots- und Kleiderschrankschlüssel von Titina Loizidou aus Nordzypern finden sich da ebenso wie das Quartett „Oh, Du mein Danzig“ oder zwei eckige braune Flaschen mit

Likören der Marke „Pomeranzen“ und „Kurfürstlicher“, außerdem ein zypriotisches Fotoalbum mit Menschen in hässlicher Kleidung, aber in glücklichen Tagen sowie die Geige des Letten Voldemars Sprogis, die dieser in einem sowjetischen Lager aus Brettchen und Suppenknochen bastelte. Dass die Ausstellung donauschwäbische Trachten, Heimatlieder und Bauernmalerei mit einem seltsam affirmativen Heimweh-Gestus inszeniert, mag der Empathie geschuldet sein. Aber das unkommentierte Nebeneinander von Boleslaw Kijanas Essgeschirr aus Birkenrinde, das der Pole im sibirischen Lager schnitzte, mit deutschen Gummischuhen aus einem sowjetischen Lager Ende der Vierziger, die Fotowände von Kindern mit leeren Augen in Elend und Not, denen man nicht mehr ansieht, ob sie aus Karelien, Zypern oder Pommern kommen - dieses Nebeneinander unterscheidet auf den ersten Blick nicht, ob der Flucht womöglich ein Angriffskrieg vorangegangen ist.

Über den Holocaust, so hatten die Kuratoren, so hatte Erika Steinbach betont, wolle und könne man nicht sprechen. Der sei ein eigenes Kapitel, man wolle sich nicht den Vorwurf der Gleichsetzung einhandeln. Umso aufschlussreicher sind jene Stellen, an denen dann doch davon die Rede ist. Ausführlich behandelt die Ausstellung die Vertreibung der Juden als „Baustein des Holocaust“. Man wolle den „schrittweisen Prozess der Vertreibung bis zum Holocaust“ zeigen. Das ist nicht falsch, aber es bekommt ein seltsames Echo, wenn man weiß, dass das Zentrum gegen Vertreibungen im Internet sein Konzept für eine Dauerausstellung darlegt, in dem Vertreibung als eine Art nicht vollendeter Genozid verhandelt wird. Noch gravierender ist jene Passage, in der in einer kurzen Notiz die Sprache eben doch auf die Konzentrationslager kommt. „Eine heute perfide scheinende Umnutzung“, so heißt es, stellte nach dem Krieg die Verwendung von Konzentrationslagern für die Unterbringung von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Displaced Persons dar. Da werden Vertriebene zu KZ-Opfern.

Drei Tage lang ist die Schau im Kronprinzenpalais parallel zur Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Deutschen Historischen Museum zu sehen, auf der anderen Straßenseite Unter den Linden. Im DHM wirkt die mühsame, am Ende aber geglückte Integration wie ein konstruktiver Kommentar zur Frage, ob und wie sich Fremde heute in eine Gesellschaft einfügen lassen. Im Kronprinzenpalais dagegen ist die Flucht als traumatischer Moment gleichsam geronnen. Mit keiner Silbe erwähnt die Schau die Ostverträge aus den Siebzigern oder den deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990. Dafür dokumentiert sie das Abkommen von Dayton 1995, das erstmals „den Vertriebenen auch das Recht auf Rückkehr in die Heimat verbürgt“. So vermag die Ausstellung dort, wo es darauf ankommt, weder eigenständiges wissenschaftliches Gewicht noch den Eindruck von Versöhnlichkeit zu entfalten. Zu sehr ist sie als politisches Instrument erkennbar.

„Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, Berlin, Kronprinzenpalais Unter den Linden 3. bis 29. Oktober.

11.08.06 Die Welt

DW

Vertriebenen-Ausstellung Kaczynski: Daraus entspringt nichts Gutes für Polen, für Deutschland, für Europa

Mit harten Worten hat Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski die Vertriebenen-Ausstellung "Erzwungene Wege" noch vor ihrer Eröffnung verurteilt.

Warschau/Berlin - "Ich glaube, wir haben es hier mit einer sehr schlechten, sehr irritierenden und sehr traurigen Angelegenheit zu tun", sagte er beim Besuch der Gedenkstätte für das ehemalige Konzentrationslager Stutthof bei Danzig.

Für die Ausstellung, die am Abend in Berlin eröffnet wurde, ist die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, verantwortlich. Die CDU-Politikerin ist auch Vorsitzende der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen". Sie hofft, dass die Ausstellung eine Art Vorläufer des geplanten "Zentrums" ist, das seit Jahren zu Streit zwischen Deutschen und Polen führt.

Kaczynski sagte: "Wir wünschen uns, dass alles, was mit dem Namen von Frau Steinbach in Verbindung steht, so schnell wie möglich endet, denn daraus entspringt nichts Gutes

für Polen, für Deutschland, für Europa." Er fügte hinzu, die Erinnerung daran, "wer der Angreifer und wer das Opfer war", müsse eindeutig bewahrt werden.

Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte am Abend, er sehe den Staat beim Gedenken an die Vertreibungen in der Pflicht. Dies sei eine öffentliche Aufgabe, die durch gesellschaftliche Initiativen ergänzt, aber nicht ersetzt werden könne. Er erinnerte an die Vereinbarung im Vertrag der großen Koalition, in Berlin ein "sichtbares Zeichen" gegen Vertreibungen zu setzen. Lammert warnte davor, "Einzelschicksale verdrängen zu wollen, um für die großen Zusammenhänge und für das veränderte Verhältnis von Nachbarländern zueinander Irritationen zu vermeiden".

11.08.2006 Stuttgarter Zeitung

Vertriebenen-schau in Berlin eröffnet

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/1223189>

Mit der Ausstellung "Erzwungene Wege" werben deutsche Heimatvertriebene seit gestern für ein dauerhaftes Dokumentationszentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Die Ausstellung solle dazu beitragen, die Vertreibungsoffer der Vergessenheit zu entreißen, erklärte die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach. Sie würde sich wünschen, dass die Ausstellung auch in anderen europäischen Städten wie Breslau oder Prag gezeigt würde. "Aus meiner Sicht wäre das eine gute Sache." Zur Eröffnung der Ausstellung im Berliner Kronprinzenpalais am Boulevard Unter den Linden wurden am Abend Bundestagspräsident Norbert Lammert, der ungarische Schriftsteller György Konrad und der frühere Stasiaktenbeauftragte Joachim Gauck erwartet. Heute wird die Ausstellung für Besucher geöffnet und ist dann in Berlin noch bis zum 29. Oktober zu sehen.

Vor dem Kronprinzenpalais protestierten rund ein Dutzend Demonstranten gegen die Ausstellung. "Geschichtsrevisionismus angreifen statt ausstellen" war auf einem Plakat zu lesen. Einige Demonstranten aus dem Sudan wiesen auf das Schicksal der Vertriebenen in der Region Darfur hin. Aus Polen hatte es bereits vor der Eröffnung der Ausstellung Kritik gegeben. Die Gründe der Vertreibung würden nicht klar gezeigt, hatte der stellvertretende polnische Kulturminister Krzysztof Olendzki gesagt. "Die Ausstellung schiebt außerdem die Verantwortung für die vom deutschen Staat während des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen ab." Steinbach reagierte darauf mit Unverständnis. "Wir tun unser Bestes, fair und vernünftig umzugehen mit unseren Nachbarn", sagte sie. Das wünsche sie sich auch von der anderen Seite. Die Ausstellung sei "der einzige Ort, an dem Schulklassen sehen können, dass es polnische Vertriebene gegeben hat", sagte sie. Steinbach monierte, dass die Kritiker die Schau noch nicht gesehen hätten.

Die Ausstellung widmet sich den Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts anhand zahlreicher Beispiele - von der Vertreibung der Armenier aus dem Osmanischen Reich 1915/16 bis zu den Vertreibungen in Bosnien-Herzegowina in den neunziger Jahren. Ein Kapitel ist der Vertreibung der Juden Europas als "Baustein des Holocaust" gewidmet. Die Ermordung von sechs Millionen Juden ist dagegen kein Thema. Dabei handele es sich um einen "singulären Vorgang", der nicht in eine solche Ausstellung gehöre, sagte Steinbach. (Eine ausführliche Besprechung der Ausstellung in der StZ folgt.) AP

10.08.06 Die Zeit

Gunter Hofmann

Trübe Wege. Eine Ausstellung über Flucht und Vertreibung in Berlin entlastet die deutsche Geschichte und erschwert die Beziehungen zu Polen

Erzwungene Wege – die Doppeldeutigkeit dieser Überschrift ist gar nicht zu übersehen. Recht allgemein und zurückhaltend werden unter diesem Titel »Flucht und Vertreibung in Europa im 20. Jahrhundert« skizziert, und darum geht es in der frisch eröffneten Ausstellung am prominenten Ort in Berlin, im Kronprinzenpalais Unter den Linden. Zugleich klingt allerdings auch ein Unterton von Triumph durch. Dazu muss man wissen,

dass diese Ausstellung von Erika Steinbach initiiert worden ist. Sie und der Bund der Vertriebenen, dessen Chefin sie ist, betrachten das Projekt, nun, auch als »erzwungenen Weg«. Auf ihm will sie unbedingt dem umstrittenen »Zentrum gegen Vertreibungen« näher kommen. Wird die Ausstellung bejubelt und besucht, so hofft sie offenkundig, ist die Zentrumsidee nicht mehr zu bremsen.

Für Aufsehen ist gesorgt. Schon bevor die Zwillingbrüder von der Recht- und Gerechtigkeitspartei, Lech und Jaroslaw Kaczyński, zum Präsidenten sowie zum Regierungschef Polens avancierten, galt neben den drohenden Restitutionsansprüchen der Preußischen Treuhand gerade das »geplante Zentrum gegen Vertreibungen« als Beleg für einen vermuteten deutschen Revisionismus. Nachdem aber beide, sozusagen doppeltes Misstrauen verkörpernd, Warschaws vermeintlichen Schmusekurs gegenüber den Nachbarn mit ihren ungefilterten Tacheles-Gebärden ersetzen wollen, lässt sich das Echo schon vorab ausmalen – und wäre die Ausstellungsidee auch noch so lupenrein und integer.

Schon vor der Eröffnung gab es Streit unter den Kuratoren

Aus Sorge vor einem erwartbaren Warschauer Unmut muss man sich sicher nicht den Mund verbieten lassen. Zurzeit gibt es keine »symmetrische« Fehlerbilanz, Warschaws auf die nationale Selbstsicht fixiertes Koalitionsgemix bietet ein Jammerbild. Gleichwohl: In diesem heiklen Moment stehen die *Erzwungenen Wege* - und bald auch die ersten Klagen der Preußischen Treuhand vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. Jetzt kommen die »deutschen Kaczyńskis«, unsere Recht- und Gerechtigkeitspartei, könnte man sagen.

Ob die Ausstellung die Aufregung wert ist oder nicht, steht auf einem ganz anderen Blatt. Bundestagspräsident Norbert Lammert, der frühere Beauftragte für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck und der ungarische Schriftsteller György Konrád haben sich hergegeben als Eröffnungszereemonienmeister, um die Sache ins Unverfängliche einzubetten. Bedauerlich, dass so viele ein Projekt zu legitimieren helfen, das nie europäisch und nie wahrhaft deutsch-polnisch gedacht war.

Ungewollt wird jetzt der diffuse Versöhnungsgeist auf die Probe gestellt, der in Berlin weht. Einerseits wird Warschau freundlichst umworben und schier alles niedrig gehängt. Andererseits aber wird nun überall auch geschichtspolitische Entwarnung geblasen. Mal klingt das reichlich selbstgefällig: Wir sind lernfähiger als alle! Mal ruft das Feuilleton nach »Abrüstung innerdeutscher Debatten« (*FAZ*), weil das doch alles überzogene Dramatisierungen seien – in Zeiten der Großen Koalition. Und schließlich heißt es, verflücht harmlos sei das alles und das Holocaust-Mahnmal stehe ohnehin festbetoniert.

Flexibel auf ihren Umwegen haben Erika Steinbach und mit ihr die Ausstellungsmacher genau auf solchen Stimmungswandel reagiert. Praktisch sieht die Nachbesserung, also die »europäische Einbettung«, nun so aus, dass die »unterschiedlichen Beweggründe und Rahmenbedingungen für Vertreibungen« an historischen Schicksalen klar gemacht werden sollen: Die Liste reicht vom Völkermord an den Armeniern (1915/16) über die Umsiedlung der West-Karelier (1939 und 1944) bis zu Vertreibungen und Deportationen von Polen, Balten, Ukrainern und Russlanddeutschen (1939 bis 1949) oder Italienern aus Jugoslawien (1944) und Bosniern in den neunziger Jahren.

Mit Stolz haben die Ausstellungsmacher vorab gezeigt, wie sie um Polen geworben haben und sogar Vorzeigestücke ergattern konnten – trotz der enormen Reserviertheit im Land an der Weichsel, wo der Verdacht blüht, mit solchen Ausstellungen sollten Opfer und Täter vermischt, der deutsche Zivilisationsbruch relativiert werden. Camouflage? Nein, die deutsche Vertreibung, wird nun erläutert, sollte »kontextualisiert« werden, um klar zu machen, dass sie »nicht einzigartig« sei. Man wandert also im Kronprinzenpalais tatsächlich durch ein Jahrhundert der Katastrophen in Europa.

Beträchtlicher Mut gehört schon dazu, diese komplexe Geschichte zusammenzuzwingen, oder auch »Rassismus und Antisemitismus« als »Baustein des Holocaust« abzukoppeln vom Gesamtbild. Schon über die Darstellung des deutsch-polnischen Grenzvertrages aus dem Jahr 1990 aber gab es, wie die *Süddeutsche Zeitung* schildert, unter den Kuratoren Streit. So bleibt ein blinder Fleck an der Stelle, die jahrzehntelang ein Politikum sondergleichen war. Zur Erinnerung: Helmut Kohl, der die Vertriebenen-Stimmen nicht

aufs Spiel setzen wollte, fuhr zur Unterzeichnung des Vertrages demonstrativ nicht mit. Das sollte der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher besorgen.

Und heute, wo angeblich die Idee des homogenen Nationalstaats als »Hauptursache« für die Vertreibungen dargestellt werden soll, argumentiert Erika Steinbach: Der Vertrag werde nicht gezeigt, weil er mit der Vertreibung »jedenfalls im Moment« nichts zu tun habe. Auch als Dokument der Versöhnung will sie ihn nicht in der Vitrine sehen. Die alte deutsche Ostgrenze von 1937 sei bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag von allen Regierungen und vom Verfassungsgericht als Ostgrenze anerkannt worden. Um Grenzen geht es nicht? Kaum zu glauben.

Beunruhigt über den »unbegründeten Ausbruch von Emotionen« haben sich die Mitglieder der deutsch-polnischen Kopernikus-Gruppe, ein Zusammenschluss von Historikern und Journalisten, schon vor der Ausstellungseröffnung in einem Appell gezeigt. Ehrlich wird darin geschildert, »dass es immer schwieriger wird, im politischen Leben Polens an verantwortlicher Stelle Partner zu finden, mit denen sie auch komplizierte Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses diskutieren können«. Deutsche und Polen sollten wissen, dass sie sehr viel mehr verbindet, »als diejenigen Politiker und Medien wahrhaben wollen, die sich mit den Beziehungen der beiden Völker auf anachronistische Weise beschäftigen«.

Nicht alle polnischen Empfindlichkeiten sind unbegründet

Einen ähnlichen Versuch, die Beziehungen zurückzuleiten in langjährig erprobte Gesprächsbahnen, hatte kürzlich in Schloss Genshagen das Berlin-Brandenburgische Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit unter der Regie Rudolf von Thaddens unternommen. Erfrischend und bemerkenswert daran war, wie die Nachbarn im Gespräch versuchten, die Konflikte auf der politischen Beletage sanft zu korrigieren. Aber was, wenn gerade die berufenen Korrektoren den Konflikt »oben« noch dramatisieren?

Das könnte jetzt geschehen. Denn die Ausstellung in Berlin hat einen Pferdefuß, den sie nicht los wird – die solitäre und falsche Gründungsidee des Zentrums und die Nonchalance von Berlin. Das neue Deutsche Historische Museum (DHM) strahlt eine eigentümliche Neutralität, ja Unparteilichkeit, aber kein Engagement aus. Die unprovokative, auf das »Ankommen« fixierte Ausstellung über »Flucht, Vertreibung, Integration« in seinen Räumen wird verlängert, damit man sie parallel sehen kann. Nach *Erzwungene Wege* stellt sich aber die Frage, ob diese Neutralität – ungewollt – den Auftakt gab für gezieltere Interventionen, bei denen sich Geschichtspolitik und Politik-Kontroversen unglücklich verquicken.

Zurück zu den Ursprüngen der Idee führt schon allein die Grenzfrage, und es lässt sich ja schwer sagen, das sei bloß »Irrationalität« auf polnischer Seite, wenn zugleich die Treuhand vor den Menschenrechts-Gerichtshof zieht. Es gibt unbegründete, es gibt aber auch nachvollziehbare polnische Empfindlichkeiten. Nicht alles ist mit »Kaczyński« zu erklären.

10.08.06 Spiegel Online

Severin Weiland

AUSSTELLUNG "ERZWUNGENE WEGE". Auf schmalem Grat

Es gab Proteste von Linken, Rechten, Polen und Deutschen. In Berlin wurde eine Ausstellung zur Vertreibungsgeschichte des 20. Jahrhunderts eröffnet. Die Kuratoren wollen es allen recht machen, doch die wichtigste Frage bleibt offen: Wie lässt sich das Leid der Juden angemessen einordnen?

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,431026,00.html>

Berlin - Kaum hat Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, angefangen zu sprechen, da regnet es Flugblätter einer linken Gruppierung herab. Die CDU-Bundestagsabgeordnete bleibt gelassen. Man wolle eine "kluge und nüchterne Bestandsaufnahme" der europäischen Vertreibungsgeschichte präsentieren, sagt sie, während die Blätter ihren Weg auf den steinernen Boden finden. Protest ist Steinbach gewohnt, und was sich hier, am Tag der Eröffnung der Ausstellung "Erzwungene Wege" abspielt, gehört zweifelsohne zur zivileren Variante.

Steinbach hat schon anderes über sich ergehen lassen müssen; in einem polnischen Nachrichtenmagazin wurde sie vor Jahren in Naziuniform abgebildet, den damaligen Kanzler Gerhard Schröder reitend - eine Domina, die lustvoll die Deutschen in die düsterste Vergangenheit zurückpeitscht.

Es sind auch solche Zerrbilder, die die öffentliche Debatte um die von ihr geführte Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" begleiten. Kürzer, prägnanter hätte eine Szenerie vor dem Kronprinzenpalais am Donnerstag die Gegensätze nicht umreißen können: Eine kleine Gruppe Deutscher aus der linken Szene forderte da auf Polnisch und Deutsch "Geschichtsrevisionismus angreifen statt ausstellen", wenige Meter gegenüber demonstrieren rund ein Dutzend Schwarze und einige Weiße der "Gesellschaft für bedrohte Völker" gegen die derzeitige Lage im afrikanischen Darfur. "Deutsche Vertriebene 1944-1946, Vertreibung gestern und heute" steht auf einem ihrer Plakate.

Die Afrikaner haben damit genau jene Frage aufgeworfen, die Steinbachs Idee, irgendwann in naher Zukunft ein festes "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin einzurichten, begleitet: Darf das Schicksal der Massenflucht der Deutschen im Osten in das anderer Völker eingereiht werden? In Polen wird noch am selben Tag Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski mit der Bewertung zitiert, die Ausstellung sei ein Versuch, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu relativieren. Die Ausstellungsmacher - Kurator Wilhelm Rogasch, die Historikerinnen Katharina Klotz, Doris Müller-Toovey und der Architekt Bernd Bess - wussten um die Ängste, die ihre Ausstellung schon im voraus auslöste. Aus Warschau reiste sogar offiziell eine Historikerin an, um die Schau vorab zu begutachten.

Es ist ein gewagtes Unternehmen. In neun Stationen zeigt die Ausstellung exemplarisch die Vertreibungsgeschichte des 20. Jahrhunderts - als ein Akt staatspolitischer Willkür. Angefangen beim Exodus der Armenier 1915 geht es über die Entrechtung und Vertreibung der Juden aus Deutschland, den Deportationen der Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung bis hin zu den Menschenverschiebungen, die auf dem Balkan in den neunziger Jahren stattfanden.

Suche nach Fehlern

Am Tag der Eröffnung sagt denn auch Rogasch immer wieder seinen zentralen Satz in die Mikrofone: "Hier geht es nicht um Revisionismus, auch nicht darum, die Opfer aufzurechnen", der Sinn der Ausstellung sei der Dialog, zur Versöhnung beizutragen. Es sind manchmal absurde Situationen, die Rogasch an diesem Tag erleben muss. Da fragt ihn ein polnischer Korrespondent, warum im Kapitel über die Vertreibungen und Umsiedlungen der Polen nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 nicht erwähnt werde, dass Deutschland den Krieg gegen seine Heimat begonnen habe. "Aber das ist doch da erwähnt", stöhnt Rogasch.

Dicht an dicht drängen sich die Journalisten bei der Vorbesichtigung in dem Hauptraum des Kronprinzenpalais: An einer an den Wänden entlanglaufenden, 70 Meter langen milchigen Glaswand sind knappe Texte, Fotos und kleine Vitrinen für Exponate angebracht. Akribisch suchen manche Journalisten nach Fehlern; einige lassen sich zu Beginn der Ausstellung durch Zettel irritieren, die über den Text geklebt worden sind - da wird aus der Zahl von 110.000 umgesiedelten polnischen Bauern plötzlich 1,2 Millionen - bis klar wird, es war eine Aktion der Demonstranten, mit dem unter den Journalisten der Eindruck zu erwecken versucht wurde, die Macher hätten gefuscht. Die Ausstellung bringt eine merkwürdige Mischung von Protestgruppen im Verlaufe des Tages vor das Palais: Am späteren Nachmittag, kurz vor der allgemeinen Eröffnung, demonstrieren plötzlich deutsche und polnische Rechtsextreme.

Die Ausstellung bemüht sich, Untiefen zu umgehen. Es ist, wenn man so will, ein Blick von ganz oben, den die Ausstellungsmacher auf die Geschichte werfen; der Versuch, das große Schlachten des 20. Jahrhunderts zu fixieren. Die "gemeinsamen, aber auch unterschiedlichen Ursachen, Wirkungen und Folgen von Zwangsmigration" sollen dokumentiert werden, heißt es gleich im Eingang. Im zweiten Raum, der lexikalisch die Begrifflichkeiten von Flucht und Vertreibung auffächert - an Stichworten wie etwa "Heimat", "In Zügen", "Der Treck", "Frauen und Kinder" - hängt unter den Exponaten auch eine Fahne eines polnischen Verbandes von Männern und Frauen, die unter den Sowjets nach Sibirien deportiert wurden. Und es findet sich auch die Glocke der "Wilhelm

Gustloff", die im Frühjahr 1945 mit Tausenden von deutschen Flüchtlingen nach einem Torpedotreffer durch ein sowjetisches U-Boot sank. Dass jenseits der - offiziellen - Aufregung aus Warschau die deutsch-polnischen Beziehungen im Kleinen durchaus funktionieren, bezeugt die Anwesenheit dieses Exponats, das die Danziger Küstenwache zur Verfügung stellte.

Die kleine Schau im Palais korrespondiert mit jener größeren, die noch bis Mitte August gleich gegenüber, im Deutschen Historischen Museum, zu sehen ist und die unter dem Titel "Flucht, Vertreibung und Integration" und unter der Patronage von Bundespräsident Horst Köhler steht. Während im Museum jedoch die Geschichte auf die Deutschen konzentriert wird, muss der Besucher sie im Kronprinzenpalais fast schon suchen - so, als fürchteten die Aussteller, der Deutschtümelei bezichtigt zu werden. Hier wird das eigentliche Problem deutlich: Die Ausstellung dient auch einem politischem Zweck - sie soll den Weg ebnen für jene Dauerschau, die Steinbach und der Stiftung seit Jahren vorschwebt.

Das Unbehagen bleibt

Gleich zu Beginn heißt es: "Dabei wird keine Gewichtung der Leiden jedes einzelnen Betroffenen vorgenommen". Genau das aber löst, bei näherer Betrachtung, Unbehagen aus: Kann die Vertreibung der Juden aus dem öffentlichen Leben mit der Flucht der Deutschen nach 1945 in einer Reihe präsentiert werden? Die Macher haben es versucht - die Debatte aber nicht beendet, sondern sie erst wirklich entfacht. Vielleicht ist ihre Art der Darstellung ein Vorgriff auf künftige Ausstellungen, die sich vom Massenmord an den Juden zeitlich immer weiter entfernen und ihn in das Meer der Geschichte hinabsinken lassen. Dass ihnen ihr Ansatz selbst nicht ganz geheuer war, lässt sich aus dem gewundenen Text zur Judenpolitik in Nazi-Deutschland herauslesen: "In der Durchdringung von rassistischer Ideologie, wirtschafts- sowie machtpolitischem Kalkül und fabrikmäßigen Morden" erhalte die Verfolgung der Juden "einen in der Geschichte singulären Charakter".

Was in beiden Ausstellungen - sowohl im Historischen Museum als auch im Kronprinzenpalais - gänzlich fehlt, ist eine kritische Betrachtung der Wirkungen, die das Vertreibungsthema bis heute im In- und Ausland auslöst. Am Ende des Rundgangs steht ein Kasten mit der Überschrift "Dialog". Es werden da etwa Beispiele für deutsch-polnische Zusammenarbeit gezeigt, doch nichts über die - andauernden - Verkrampfungen, hierzulande und draußen: Warum wurde über Flucht und Vertreibung jahrzehntelang nicht gesprochen, welche Lebenslügen nährten aber auch die Vertriebenenverbände selbst - das wären spannende Kapitel. Doch vielleicht ist soviel selbstkritische Befragung zu viel verlangt von einer Stiftung, die sich selbst stets in der Rechtfertigungsrolle wähnt und von einer Vertriebenen-Präsidentin geführt wird.

10.08.06 Spiegel Online

hen/AP/ddp

POLEN. Kaczynski verurteilt Vertriebenen-Ausstellung

Mit scharfen Worten hat Polens Ministerpräsident Kaczynski die Berliner Vertriebenen-Ausstellung "Erzwungene Wege" kritisiert. Unmittelbar vor Eröffnung der Schau protestierten polnische und deutsche Rechtsextreme vor dem Kronprinzenpalais.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,431137,00.html>

Berlin/Warschau - "Ich glaube, wir haben es hier mit einer sehr schlechten, sehr irritierenden und sehr traurigen Angelegenheit zu tun," sagte Jaroslaw Kaczynski über die Berliner Ausstellung "Erzwungene Wege" während seines Besuchs der Gedenkstätte für das ehemalige Konzentrationslager Stutthof bei Danzig.

Für die Ausstellung über Vertreibungen in Europa ist die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, verantwortlich. Die CDU-Politikerin ist auch Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. Sie hofft, dass die Ausstellung eine Art Vorläufer des geplanten Zentrums ist, das allerdings seit sechs Jahren zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen führt.

Kaczynski sagte: "Wir wünschen uns, dass alles, was mit den Namen von Frau Steinbach in Verbindung steht, so schnell wie möglich endet, denn daraus entspringt nichts Gutes für Polen, für Deutschland, für Europa." Er fügte hinzu, die Erinnerung daran, "wer der Angreifer und wer das Opfer war", müsse eindeutig bewahrt werden.

Unmittelbar vor Eröffnung der Ausstellung kam es heute zu Protesten von polnischen und deutschen Rechtsextremen. Vor dem Kronprinzenpalais in Berlin versammelten sich insgesamt rund 50 überwiegend aus Polen angereiste Jugendliche mit Transparenten und rot-weißen Fahnen. Nach Aussage einer Teilnehmerin protestierten die Jugendlichen gegen das geplante Zentrum gegen Vertreibung. Vor allem in Polen und Tschechien wird befürchtet, dass Deutschland bei der Aufarbeitung der Vertreibungen die eigene Schuld relativieren will.

In der Ausstellung im Berliner Kronprinzenpalais werden anhand von 280 Objekten aus 14 Nationen, Texten und Videostationen bis 29. Oktober auf 600 Quadratmetern Vertreibungsschicksale im 20. Jahrhundert aufgezeigt.

Dokumentiert wird unter anderem der Völkermord an den Armeniern (1915/16), die Vertreibung der Juden in Europa ab 1933, die Vertreibung Deutscher am Ende des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien in den neunziger Jahren.

10.08.06 Netzzeitung

Jürgen Heilig

Berliner Vertriebenen-Schau unter Erfolgsdruck

Mit der Ausstellung «Erzwungene Wege» werben deutsche Heimatvertriebene für ein dauerhaftes Dokumentationszentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Doch schon die Ausstellung wird von Kritik und Protesten begleitet.

<http://www.netzeitung.de/deutschland/431436.html>

Der Erfolgsdruck ist enorm, das weiß Erika Steinbach: Fällt die von diesen Freitag an in Berlin gezeigte Ausstellung «Erzwungene Wege» durch, wird es kaum zu dem von ihr geplanten, aber umstrittenen «Zentrum gegen Vertreibungen» kommen. Da traf es sich gut, dass das repräsentative Kronprinzenpalais für drei Monate anzumieten war. Pläne der Vertriebenenbund-Vorsitzenden und CDU-Abgeordneten, die Ausstellung als Kern eines künftigen Zentrums in einer Kirche zu präsentieren, waren an Kardinal Georg Sterzinsky gescheitert.

So ein Projekt müsse «im Geist der Versöhnung» realisiert werden, hatte es zur Begründung geheißen. Nach den heftigen polnischen Protesten auf Steinbachs Initiative schien dieser aber dem selbst aus Ostpreußen stammenden Erzbischof nicht gewährleistet zu sein. In Warschau hegt man die Sorge, dass sich die deutschen Vertriebenen als eigentliche Kriegsoffer darstellen könnten. Von ihnen angekündigte Entschädigungsansprüche taten ein übriges.

«Keine Gewichtung der Leiden»

Um auch der in Deutschland geäußerten Kritik zu begegnen, ist die nun gezeigte Ausstellung «konsequent europäisch» angelegt, wie Kurator Wilfried Rogasch betont. Auf 600 Quadratmetern werden neun Beispiele von Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts dokumentiert.

Im ersten von insgesamt zwei Räumen läuft der Besucher über eine Landkarte des Kontinents an einem 70-Meter-Fries aus Texttafeln entlang. Sie informieren über Türken als erste Vertreibungsoffer des Jahrhunderts im Jahr 1912, die «ethnischen Säuberungen» im Jugoslawienkrieg in den 1990er Jahren, aber auch über die von und an Deutschen begangenen Vertreibungen vor und nach 1945. Zwar soll nach Steinbachs Worten «keine Gewichtung der Leiden» vorgenommen werden. Allerdings bleibt dadurch die Gefahr, dass für die Besucher alles gleich erscheint.

Wenig Platz für Juden-Deportation

Dabei werden durchaus subtil Akzente gesetzt: Während die Vertreibung von Deutschen nach 1945 rund ein Sechstel der Fläche einnimmt, wird jener von Polen durch NS-Deutschland und Sowjetunion sowie der Deportation von Juden weniger Platz eingeräumt.

«Die Darstellung der Ermordung der europäischen Juden ist nicht Thema dieser Ausstellung», begründet Kurator Rogasch die auch für ihn «konzeptionell schwierige» Frage. Gezeigt werde «nur der Beginn des Holocaust», der aber zudem ungewöhnlich früh auf 1933 datiert wird. Bei dem von Türken an den Armeniern 1915 begangenen Völkermord wurde diese problematische Aufspaltung in Vertreibung und Ermordung aber schon wieder vergessen.

Knapp 300 Exponate

Den Ausstellungsmachern scheint daran gelegen, die Flucht und Vertreibung der zwölf bis 14 Millionen Deutschen nach 1945 - mit einer Todesrate zwischen fünf bis 20 Prozent - dem Besucher als «größte Zwangsmigration» vor Augen zu führen. Das aber stimmt nur, wenn andere Opferzahlen nicht in Relation zur Gesamtbevölkerung gesetzt werden.

Dass die über 9000 Toten des Anfang 1945 versenkten Schiffs «Wilhelm Gustloff» keine Vertriebenen im Zuge ethnischer Verfolgung waren, bleibt undeutlich. Sie flüchteten vor der Front und wurden in erster Linie Opfer des NS-Regimes. Dennoch ist die Glocke der «Gustloff», das größte der knapp 300 Exponate, für Kurator Rogasch das «symbolhafteste» Objekt.

Historiker gegen «platte Rührseligkeit»

«Den deutschen Vertriebenen, zu denen auch meine Mutter gehörte, sollte emotional Gerechtigkeit widerfahren», fügt der bislang vor allem mit Adelsgeschichte befasste Historiker noch hinzu. Für seinen renommierten Kollegen Wolfgang Benz ist dieses Setzen auf Emotionen dagegen «platte Rührseligkeit», die in seriösen Ausstellungen keinen Platz habe. Als solche gilt die Dokumentation des Bonner Hauses der Geschichte über «Flucht, Vertreibung, Integration». Sie ist derzeit gleich gegenüber im Deutschen Historischen Museum zu sehen.

Anders als ihr 500.000 Euro teures, aus Spenden finanziertes Pendant isoliert sie nicht das Vertreibungsgeschehen und spricht auch kurz die reaktionäre Haltung der Vertriebenenverbände ab den 1970er Jahren an. Parolen wie «Schlesien bleibt unser» beförderten diese in jenes politische Abseits, aus dem Steinbach nun wieder heraus will. Angesichts ihrer Qualität will Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) die Bonner Ausstellung auch dauerhaft präsentiert wissen. Die Dokumentation Steinbachs sei dafür eine «gute Ergänzung», sagte er zu deren Eröffnung. (epd)

10.08.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 4

Karl Peter Schwarz

Anker der Erinnerung. Die Ausstellung „Erzwungene Wege“ in Berlin zeigt die europäische Dimension der Vertreibung

10.08.06 Der Tagesspiegel S. 1

Hermann Rudolph

Vertreibung. Heimkehr in die Geschichte

10.08.06 Der Tagesspiegel S. 1

Sebastian Bickerich

**Porträt: Erika Steinbach, Vertriebenen-Präsidentin
„Ein Ort der Mahnung“**

10.08.06 Die Welt

Sven Felix Kellerhoff

Debatte um Vertreibungen. Zentrum gegen Vorurteile. Die neue Ausstellung des Vertriebenen-Verbandes ist alles andere als revanchistisch. Die Schau "Erzwungene Wege" nimmt den Kritikern den Wind aus den Segeln.

Wie ein Mahnmal steht die mächtige Schiffsglocke aus Bronze da, auf ihrem niedrigen Podest am Ende des dritten und letzten Raums der Ausstellung "Erzwungene Wege", die heute Abend im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet wird. Es ist die Glocke der "Wilhelm Gustloff", die Ende Januar 1945 mit Tausenden Flüchtlingen an Bord von einem sowjetischen U-Boot torpediert wurde und unterging.

Mit dieser Schau wendet sich die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" erstmals an die deutsche und vor allem an die ostmitteleuropäische Öffentlichkeit. Im Sommer 2000 hatten der Bund der Vertriebenen (BdV) und seine Präsidentin Erika Steinbach ihren Plan bekannt gegeben, eine "Dokumentationsstätte zu schaffen, die im geschichtlichen Kontext an das Schicksal der deutschen Vertriebenen" erinnern sollte sowie an "Vertreibungen und Genozid an anderen europäischen Völkern".

Seither kochten die Emotionen hoch, vor allem in Polen und Tschechien, aber auch bei der Linken in Deutschland. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Steinbach wurde schon mal von der polnischen Illustrierten "Wprost" als Domina in SS-Uniform geschmäht. Steinbachs SPD-Kollege Markus Meckel wetterte gegen das angeblich "nationale Projekt". Christina Weiss, seinerzeit Kulturstaatsministerin, startete sogar eine eigene "Nebenaußenpolitik", um Frau Steinbachs Zentrum zu verhindern. Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Bundestags, kritisierte gestern: "Wir wollen ein Projekt gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn und nicht gegen sie." Und der stellvertretende polnische Kulturminister Krzysztof Olendzki sagte, die Ausstellung präsentiere eine einseitige Sicht auf die Vergangenheit: "Die Gründe der Vertreibung werden nicht klar gezeigt." Olendzki räumte ein, die Ausstellung noch nicht gesehen zu haben.

Angesichts dieser Konfliktlage ist es ein kleines Wunder, dass ausgerechnet die Schiffsglocke der "Gustloff" den Besucher aus dem Kronprinzenpalais verabschiedet. Denn die polnische Küstenwache hob sie, und Wilfried Rogasch, der Kurator der Schau, hat die Glocke nach zähen Verhandlungen mit Staatsvertretern bei einem Fischrestaurant in Gdingen ausgeliehen, wo sie seit Jahren stand. Kein Museum in Polen hatte das Exponat haben wollen, das den Tod von mindestens 6800, wahrscheinlich aber sogar 9300 Flüchtlingen aus Ostpreußen in der Ostsee symbolisiert. Für die erste Schau des "Zentrums" gelang es, sie als Leihgabe für zweieinhalb Monate nach Berlin zu holen.

Erst jetzt, anhand der ersten selbst konzipierten Ausstellung der vollständig privat finanzierten Stiftung, kann man beurteilen, ob die Kritiker des BdV und seines "Zentrums gegen Vertreibungen" recht haben oder nicht.

Ein "europäisches Netzwerk" wollten die BdV-Gegner gegen das angeblich revanchistische "Zentrum" setzen - nun zeigt sich aber, dass die Schau im Kronprinzenpalais bei weitem europäischer ist als alle Kritiker sich je vorstellen konnten. Der zentrale Raum, ein 400 Quadratmeter großer Saal, ist an Boden und Wänden zu einer Europa-Karte gestaltet. Rund herum werden neun Massenvertreibungen aus dem 20. Jahrhundert beschrieben - bekannte und unbekante. Kurator Rogasch beginnt mit dem Massaker an etwa einer Million Armenier im Ersten Weltkrieg, weist aber auch darauf hin, dass wenige Jahre zuvor türkische Minderheiten auf dem Balkan Opfer von Vertreibungen wurden. Es folgen die Vertreibung der Griechen aus Kleinasien 1922/23, die Verdrängung Hunderttausender Juden aus Deutschland, die Völkerverschiebungen während des Zweiten Weltkriegs, das Schicksal der adriatischen Italiener 1944 bis 1947, die Folgen des Zypernkonflikts und natürlich die "ethnischen Säuberungen" in Bosnien.

Entgegen den Befürchtungen der üblichen Bedenkenräger geben die anderen Vertreibungen keineswegs nur den Rahmen ab für die Beschreibung des deutschen Beispiels, der Flucht und Vertreibungen von zwölf Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa. Im Gegenteil wird gerade die Vernetzung deutlich - Folge der Ende des 19. Jahrhunderts aufgetauchten Vorstellung, eine "ethnische Entflechtung" würde künftig Konflikten vorbeugen. Das Gegenteil war richtig.

Die Premiere des "Zentrums gegen Vertreibungen" stärkt Erika Steinbach. Nun steht die Umsetzung jener Klausel aus dem Koalitionsvertrag an, nach der in Berlin ein "sichtbares Zeichen" zur Erinnerung an die deutschen Vertriebenen geschaffen werden soll. Zwar ist

schon absehbar, dass die "Zentrumskritiker" sich noch nicht geschlagen geben. Nun argumentieren sie, mit der völlig europäisch ausgerichteten Schau würde der BdV die Erinnerung anderer Völker an das eigene Vertreibungsschicksal dominieren. Jedes Argument scheint recht zu sein, um eine Beteiligung der Vertriebenenverbände klein zu halten.

Dennoch: Mit den "Erzwungenen Wegen" und der bis zum 27. August verlängerten Schau "Flucht, Vertreibung, Integration" genau gegenüber des Kronprinzenpalais im Deutschen Historischen Museum ist eine solide Grundlage gelegt für das "sichtbare Zeichen". Denn die Wanderausstellung, die das Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn erarbeitet hat, dokumentiert vor allem die Leistung der Eingliederung entwurzelter Menschen in die bundesdeutsche Gesellschaft. Die BdV-Schau dagegen ordnet das Schicksal der vertriebenen Deutschen in die Weltgeschichte ein.

Die erste Schau des "Zentrums gegen Vertreibungen" bietet kaum Anlass für Fundamentalkritik. Dennoch wird sie kommen. Denn noch immer erheben manche Vertriebenenfunktionäre unhaltbare Forderungen. Viel Kritik, die Erika Steinbach einstecken musste, war getrieben von Angst vor dem unseligen Wirken der "Preußischen Treuhand". Diese private Gesellschaft will Immobilien von vertriebenen oder geflüchteten Deutschen auf dem Klageweg restituieren lassen. Das widerspricht zwar gültigen Verträgen und dem erklärten Willen der deutschen Regierungen seit Helmut Kohl, ist aber im juristischen Dschungel der EU womöglich nicht aussichtslos.

Die Glocke der "Wilhelm Gustloff" ist nur eines von rund 20 Exponaten der neuen Schau, die aus Polen stammen. Damit ist fast jedes zehnte Stück eine Leihgabe aus unserem Nachbarland. Dieses Beispiel zeigt, wie eine Ausstellung außenpolitische Konflikte entspannen kann - wenn sie die Chance dazu bekommt.

10.08.06 Die Welt

Matthias Kamann

Kommentar. Integration der Vertriebenen. Die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" darf nicht allein gelassen werden.

Die Ähnlichkeit mag zufällig sein, ist aber bezeichnend. Die Ausstellung "Erzwungene Wege" der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" sieht ein wenig aus wie die sogenannte Wehrmachtsausstellung in deren zweiter, überarbeiteter Fassung: an hellen Wänden ein Band mit langen, skrupulös verfassten Texten, kleinen Bildern, wenigen Objekten, viel Informationen. Abermals werden in weißer Sachlichkeit die heißen Emotionen einer geschichtspolitischen Schlacht abgekühlt. Und wie bei "Verbrechen der Wehrmacht" geben sich nun die Verantwortlichen der Ausstellung, die "Zentrum"-Initiative um Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach (CDU), als seriöse, lernfähige Analytiker historischer Schrecken zu erkennen.

Man kann ihn also beenden, den Streit zwischen Vertriebenen, Mitte-links-Politikern und Osteuropäern um ein "Zentrum gegen Vertreibungen". Denn die Ausstellung zeigt, dass es dessen Befürwortern nicht um Revanchismus geht, nicht um die Gleichsetzung von Vertriebenen mit Holocaust-Opfern. Sondern darum, die Vertreibung der über 12 Millionen Deutschen zu dokumentieren und in den Kontext "ethnischer Säuberungen" in Europa zu stellen. Damit qualifiziert sich die "Zentrum"-Stiftung für die prägende Mitarbeit am "sichtbaren Zeichen" gegen Vertreibungen, von dem der Koalitionsvertrag spricht.

Alleinlassen darf man die Stiftung dabei nicht. Ihr fehlen Autorität und Neutralität des Staates - und Geld: Klein nimmt sich ihre Schau im Berliner Kronprinzenpalais gegen die exzellente Vertriebenen-Ausstellung aus, die in politisch gewollter Konkurrenz vom Bonner Haus der Geschichte entwickelt worden war und derzeit im Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin zu sehen ist. Doch beide ergänzen einander: Weil das "Zentrum", politisch korrekt, Deutsches gegenüber Europäischem fast vernachlässigt, während im DHM die Deutschen im Vordergrund stehen, können beide Ausstellungen einander geben, was jede für sich aussparte.

Polen und Tschechen brauchen davor keinerlei Angst zu haben. Sie können nur profitieren, wenn Deutschland die Vertriebenen offiziell in die beruhigte Erinnerungskultur einer friedlichen Demokratie integriert.

10.08.06 Die Welt

Mariam Lau (Interview)

"Der Ansatz ist richtig, doch das reicht nicht". Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach über den Vorschlag der Bundesregierung, zwei Ausstellungen zu vernetzen, und das Geschichtsbewusstsein der Deutschen.

DIE WELT: Frau Steinbach, worin besteht für Sie die zentrale Botschaft der Ausstellung "Erzwungene Wege"?

Erika Steinbach: Für mich ist das der europäische Ansatz, den unsere Stiftung von Anfang an hatte. Das ist in der Vergangenheit oft bewusst ignoriert worden, aber genau diesen Auftrag haben uns die deutschen Heimatvertriebenen gegeben. Mit deren Spenden - manchmal zehn Euro, manchmal 50 Euro, manchmal größere Beträge - ist die Ausstellung zu einem erheblichen Teil auch finanziert worden.

WELT: Was soll der Besucher inhaltlich mitnehmen?

Steinbach: Er soll sich ein Bild davon machen, dass das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der Vertreibungen war. Sehr viele Völker waren davon betroffen, von vielen wissen wir hier in Deutschland kaum etwas. Wir haben ganz bewusst auch kleinere Bevölkerungsgruppen mit hineingenommen, wie beispielsweise die Finnen, die aus Karelien vertrieben wurden. Man geht durch dieses europäische Portal hin zur Darstellung der deutschen Vertreibungsgeschichte: Siedlungsgeschichte, Flucht, Vertreibung, Deportation bis hin zur Integration, die ja ganz wesentlich auch von der Ausstellung im Haus der Geschichte dargestellt wird.

WELT: Wie lief die Zusammenarbeit mit polnischen Stellen?

Steinbach: Das war für die Kuratoren zunächst sehr schwierig, hat sich aber dann gebessert im Laufe der Zeit. Inzwischen haben wir auch Ausstellungsstücke von polnischen Leihgebern, sowohl von Privatpersonen als auch von staatlichen Stellen.

WELT: Hat sich die Atmosphäre unter der neuen Regierung der Brüder Kaczynski gebessert oder verschlechtert?

Steinbach: Grundsätzlich kann man feststellen, außerhalb Warschaws war es immer leichter. Auf dem flachen Land gibt es sehr viel Kooperation, auch mit den Landsmannschaften der deutschen Vertriebenen. Ich hoffe darauf, dass das von unten nach oben hoch wächst. Aber eine Verschärfung kann ich nicht feststellen.

WELT: Welche Signale bekommen Sie von der Bundesregierung in Bezug auf das "Zentrum gegen Vertreibungen"? Kanzlerin Merkel hatte ja ein "sichtbares Zeichen" der Vertreibung in Berlin gefordert.

Steinbach: Der Kulturstaatsminister hat sich ja vorgestern öffentlich geäußert. Das Anliegen unserer Ausstellung kann er sich sehr gut in einem Verbund mit dem vorstellen, was das Haus der Geschichte auf die Beine gestellt hat. Die beiden Ausstellungen können sich auch sehr gut ergänzen und in einem Dokumentationszentrum zusammengefasst werden. Aber da gäbe es dann immer noch erhebliche Informationsdefizite. Das müsste schon umfassender sein. Aber der Ansatz ist schon richtig.

WELT: Noch immer ist nicht geklärt, wo das "Zentrum gegen Vertreibungen", das Sie sich in der Bundeshauptstadt Berlin wünschen, unterkommen würde, nachdem die Kirche abgesagt hat.

Steinbach: Wir haben auch gar nicht gesucht, das war in den letzten Monaten schier unmöglich.

WELT: Es gab bislang keine der üblichen abwehrenden Reaktionen auf die Ausstellung. Wie schätzen Sie das gesellschaftliche Klima in diesem Zusammenhang ein?

Steinbach: Die meisten Menschen interessiert das Thema nicht. Historische Themen haben ohnehin für viele keine Bedeutung. Aber über 25 Prozent der Deutschen sagen, es gäbe Bedarf für eine solche Ausstellung, und das sind mehr als es Vertriebene in der Bundesrepublik gibt.

WELT: Historische Themen ziehen durchaus großes Interesse auf sich, wie man jetzt wieder an "Ägyptens versunkenen Schätzen" sieht. Warum nicht dieser Teil der eigenen Geschichte?

Steinbach: So kann man das gar nicht sagen. Das Haus der Geschichte hat mit seiner Vertriebenen-Ausstellung Rekordbesucherzahlen erreicht. 140 000 Besucher haben die

Integrationsausstellung gesehen. Wenn Schätze, Edelsteine, Gold gezeigt werden, dominiert einfach die Freude am Schönen. Außerdem können wir die Ausstellung nicht kostenlos zeigen, deshalb werden wir nie auf solche hohen Zahlen kommen.

WELT: Das Thema der Integration der Vertriebenen passt sehr gut in die aktuelle politische Landschaft, wo es um andere Zuwanderer geht.

Steinbach: Es passt einerseits, andererseits handelt es sich jetzt ja nicht um Deutsche, sondern um Ausländer, die sich häufig auch gar nicht zugehörig fühlen. Daraus entstehen doch die gewaltigen Probleme. Die Integration der Vertriebenen gelang viel reibungsloser.

10.08.06 Die Welt

DW

Chronik einer aufgeladenen Debatte

Eine Stiftung, gegründet am **6. September 2000**, hat das "Zentrum gegen Vertreibungen" offiziell angeschoben. Gleichwohl hatte die konzeptionelle Ausrichtung und geschichtspolitische Zielsetzung des Projekts der deutschen Vertriebenenverbände schon vorher für Debatten gesorgt. Denn die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), die CDU-Bundestagsabgeordnete und spätere Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach, hatte keinen Hehl daraus gemacht, mit welcher Intention die Vertriebenenorganisationen ein "Zentrum" etablieren wollten: In "geschichtlicher und räumlicher Nähe" zum Holocaust-Mahnmal solle es in Berlin entstehen. Der BdV hatte seine Pläne erstmals im **Mai 1999** öffentlich gemacht. Zu den Rednern des "Tages der deutschen Heimatvertriebenen" gehörte mit Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erstmalig ein Repräsentant der im Jahr zuvor mit der Regierungsverantwortung betrauten rot-grünen Koalition. Er unterstützte bei dieser Gelegenheit den Vorschlag, in Berlin ein "Zentrum" als "Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen" zu errichten. Im **Juni 2000** wurde der BdV dann in einem 21-seitigen Ideenpapier konkret. Daraufhin wurde eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung erwartet, die Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in seiner Rede beim "Tag der Heimat" im **Herbst 2000** abgab. Darin betonte Schröder entgegen den Äußerungen seines Innenministers, dass die Bundesregierung dem Plan für eine "zusätzliche zentrale Gedenkstätte zurückhaltend" gegenüberstehe. Von Vertriebenenseite wurde das als Absage an das "Zentrum" interpretiert, zugleich aber erklärt, dass man unverändert an dem Projekt festhalten werde.

Dass die Unionsfraktion zu dieser Frage eine völlig andere Haltung einnahm, zeigte ein im **Frühjahr 2002** vorgelegter Entschließungsantrag, nach dem der Bundestag seine Zustimmung zu dem "Zentrum" erklären sowie dessen finanzielle Absicherung billigen sollte. Die Mitte Mai anberaumte Bundestagsdebatte bestätigte die konkurrierenden Positionen der Parteien. Zudem stieß der vom SPD-Abgeordneten Markus Meckel geäußerte Vorschlag, ein entsprechendes "Zentrum" nicht in Berlin, sondern alternativ im polnischen Wroclaw (Breslau) zu errichten, auf Ablehnung bei den Stiftungsinitiatoren. Gleiches galt für Alternativvorschläge aus dem In- und Ausland, das "Zentrum" etwa in Sarajevo, in Schweden oder in Pristina einzurichten. Auch Bundesinnenminister Schily steuerte um, indem er ein "Zentrum", wie es der BdV fordere, als "isolierte deutsche Veranstaltung" kritisierte. Kanzler Schröder bekräftigte sein Nein bei einem Polen-Besuch Anfang **August 2004**. Derweil suchten Steinbach und ihre Mitstreiter bereits nach geeigneten Immobilien an der Spree, um ihre "Zentrums"-Pläne zu verwirklichen.

Erst im vorgezogenen **Wahljahr 2005** kam wieder größere politische Bewegung in die Angelegenheit. In ihrem Wahlprogramm kündigten CDU und CSU an, nach einem möglichen Regierungswechsel das umstrittene "Zentrum gegen Vertreibungen" realisieren zu wollen. Für den Koalitionsvertrag fanden Union und SPD dann eine Kompromissformel, nach der in Verbindung mit dem europäischen Netzwerk auch in Berlin ein "sichtbares Zeichen" zur Erinnerung an Vertreibung gesetzt werden solle.

09.08.06 Spiegel online

phw/AP/ddp

Zentrum gegen Vertreibungen. Steinbach setzt auf Merkels Hilfe

Kurz vor der Eröffnung hat Vertriebenenpräsidentin Steinbach die Berliner Ausstellung "Erzwungene Wege" gegen Kritik aus Polen und Tschechien verteidigt. Die Schau setze auf eine europäische Perspektive und sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum angestrebten Zentrum gegen Vertreibungen.

Berlin - "Unsere Kritiker haben einfach ignoriert, dass wir von Anfang an eine europäische Perspektive wollten", sagte die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach (CDU) der "Berliner Zeitung". Die Ausstellung unter dem Titel "Erzwungenen Wege" wird morgen im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. Im Vorfeld hatten besonders Polen und Tschechien gegargwöhnt, mit der Schau solle Geschichtsrevision betrieben und allein an deutsches Leid erinnert werden.

Der stellvertretende polnische Kulturminister Krzysztof Olendzki sagte, die Ausstellung präsentiere eine einseitige Sicht auf die Vergangenheit. Die Gründe der Vertreibung würden nicht klar gezeigt. "Die Ausstellung schiebt außerdem die Verantwortung für die vom deutschen Staat während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen ab." Olendzki räumte ein, dass er die Ausstellung noch nicht gesehen hat. Er kenne aber die Konzeption und die Gestalter, sagte er.

Steinbach zeigte Verständnis für die Ängste in den Nachbarländern. Dadurch dürfe man aber nicht in Untätigkeit verfallen, betonte sie. Man müsse erklären und deutlich machen, "dass auch für uns in Deutschland eine Notwendigkeit besteht, unsere Geschichte in ihrer Gänze aufzuarbeiten". Dazu gehöre auch die Vertreibung als "elementares Identifikationsthema". "Ich glaube, unsere Nachbarländer müssen früher oder später auch sehen: Was nutzt ihnen ein Deutschland, das nicht zu sich selbst gefunden hat?"

Steinbach betonte, die Ausstellung zeige einen Überblick über die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts. Sie wünsche sich, dass dieses Thema mit größerer Gelassenheit diskutiert werde. Die Ausstellung sei in enger Zusammenarbeit mit Experten und Institutionen aus den Nachbarländern entstanden. Es werde sich zeigen, "dass wir ein wirklich funktionierendes und tragfähiges europäisches Netzwerk geschaffen haben", sagte die BdV-Chefin.

Die Bundesregierung hat sich positiv zu der Ausstellung geäußert. Kulturstaatsminister Bernd Neumann sagte, sie würde in die Überlegungen zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Schaffung eines "sichtbaren Zeichens" gegen Vertreibungen in Berlin einbezogen. Die Ausstellung ist ein Projekt der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, dessen Vorsitzende Steinbach ist. Die Stiftung setzt sich seit sechs Jahren für die Errichtung eines Dokumentationszentrums gegen Vertreibungen in Berlin ein.

Steinbach bezeichnete die Ausstellung als einen "wichtigen Schritt" auf dem Weg zu dem Dokumentationszentrum. Bei ihren Bemühungen darum setzt sie auf die Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). "Ich weiß, dass die Bundeskanzlerin unserem Vorhaben sehr wohlwollend gegenüber steht", sagte die CDU-Politikerin heute. Steinbach hofft auf eine Realisierung des Projekts innerhalb der nächsten drei Jahre. "Ich würde mir wünschen, dass es in dieser Legislaturperiode unter Dach und Fach kommt."

Steinbach distanziert sich von Entschädigungsklage

Der geplanten Entschädigungsklage der Vertriebenenorganisation "Preußische Treuhand" gegen Polen räumt Steinbach keine Chance ein. "Ich prognostiziere, dass die 'Preußische Treuhand' eine glatte Bauchlandung machen wird bei jedweder Klage", sagte sie. Gleichzeitig distanzierte sie sich klar von der Klage: "Mir gefällt es nicht."

Die "Preußische Treuhand" hatte bereits vor mehr als zwei Jahren eine Entschädigungsklage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angekündigt und damit für eine Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen gesorgt. Kanzler Gerhard Schröder hatte den Forderungen damals eine deutliche Absage erteilt. Die Klageschrift soll jetzt fertig sein und in Kürze in Straßburg eingereicht werden. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat sich von den Entschädigungsforderungen distanziert.

08.08.06 Frankfurter Allgemeine ZeitungS. 31

Heinrich Wefing

Die Probe. Was kann das Zentrum gegen Vertreibung ausstellen?

06.08.06 Welt am Sonntag

Richard Herzinger

Willkommen in der Erinnerung. Am Donnerstag wird die Ausstellung "Erzwungene Wege" im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. Geplant wurde sie vom umstrittenen Zentrum gegen Vertreibungen und deren Vorsitzender Erika Steinbach. Gegenüber, im Deutschen Historischen Museum, läuft bereits eine Schau zum selben Thema. Vergleicht man beide, ergibt sich ein seltsames Bild
<http://www.wams.de/data/2006/08/06/987872.html>

Erika Steinbach wirkt entspannt und heiter. Im beschaulichen unterfränkischen Kurort Bad Kissingen macht die CDU-Bundestagsabgeordnete noch ein paar Tage Urlaub, bevor sie sich ab dem 10. August wieder in die Schlacht um die Deutungshoheit über die deutsche Vergangenheit stürzen wird. Dann nämlich öffnet im Berliner Kronprinzenpalais Unter den Linden die Ausstellung "Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" ihre Pforten. Heftige geschichtspolitische Kontroversen darüber sind schon jetzt absehbar.

Denn veranstaltet wird diese Ausstellung von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, die mit ihrer Forderung nach der Errichtung eines ständigen Dokumentationszentrums zum deutschen Vertreibungsschicksal nach 1945 vor allem in Polen und Tschechien größte Befürchtungen ausgelöst hat. In einem solchen Zentrum, mutmaßen auch in Deutschland Gegner insbesondere auf der Linken, sollte die Geschichte umgedeutet, sollten die Deutschen als die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkriegs hingestellt werden.

Gründerin und Vorsitzende der Stiftung ist Erika Steinbach, zugleich Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Den aber verdächtigen die polnische und die tschechische Regierung nach wie vor, eine revanchistische Kraft zu sein. Blond und hochgewachsen, scheint Erika Steinbach allen Klischees einer Trommlerin für das Deutschtum zu entsprechen. Sie ist eine Reizfigur. Dass sie hinter dem Ausstellungsprojekt steht, reicht vielen aus, um es ins Zwielficht zu rücken.

Steinbach nimmt die Dauerverdächtigung ihrer Person und ihrer vermeintlichen verborgenen Absichten jedoch mit demonstrativer Gelassenheit hin. Jeden denkbaren Einwand gegen ihr Projekt scheint sie inzwischen zu kennen, für jeden hat sie mittlerweile eine passende Antwort parat, die sie mit einnehmender Geduld und Freundlichkeit vorträgt. Einige Kritiker sehen in ihrem vehementen Bekenntnis zur Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Einbettung des Blicks auf das deutsche Vertriebenenschicksal eine besonders hinterhältige Strategie, um ihr wahres, mutmaßlich nationalistisches Anliegen hoffähig zu machen. Ihnen hält sie jedoch ein aufgeräumtes Scherzwort entgegen: "Da gibt es einen wunderschönen Satz von Wilhelm Busch, der haargenau zutrifft: "Wer durch des Argwohns Brille schaut, sieht Raupen selbst im Sauerkraut"."

Tatsächlich, in der Konzeption der Ausstellung im Kronprinzenpalais lässt sich auch bei bösestem Willen keine chauvinistische Botschaft erkennen. Im Gegenteil: Der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa ab 1944 wird dort nicht einmal ein herausgehobener Platz eingeräumt. Sie wird vielmehr als eins von neun "Fallbeispielen" für die Vertreibungspraxis in Europa präsentiert. Das eigentliche Thema der Ausstellung sei das Prinzip ethnischer Homogenisierung, das in unterschiedlichen Ausformungen und Kontexten die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts durchzogen habe, sagt die Publizistin Helga Hirsch, Mitglied im Beirat der Stiftung.

Dabei führt die Ausstellung jedoch Ereignisse zusammen, die bei näherem Hinsehen nur sehr wenig miteinander zu tun haben. Der Völkermord an den Armeniern durch die nationalistischen Jungtürken 1915 und der vom Völkerbund legitimierte "Bevölkerungsaustausch" zwischen Griechen und Türken 1923 gehören ebenso dazu wie "die Vertreibung der Juden als ‚Baustein des Holocaust‘" und die "ethnischen Säuberungen" im Jugoslawienkrieg der 90er-Jahre.

Die Ausstellung greift aber auch eher randständige, weitgehend vergessene Fälle auf: die Vertreibung der finnischen Karelrier durch die Sowjets, die Vertreibung der Italiener aus Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg. Gemeinsam ist diesen düsteren historischen

Ereignissen, dass sie mit Elend und Schrecken des erzwungenen Heimatverlustes verbunden waren. Aber hat es darüber hinaus einen historischen Aussagewert, in Ursachen und Folgen so unterschiedliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf eine Ebene zu stellen?

Es ist die Unschärfe in der historischen Unterscheidung, die den Zorn eingefleischter Gegner der Aktivitäten Erika Steinbachs erregt. "Mit dieser vermeintlichen Europäisierung des deutschen Vertreibungsschicksals will sie doch nur eines erreichen: die Vertreibung der Deutschen in eine Reihe mit wirklichen Genoziden zu stellen wie dem an den Armeniern oder gar mit der Judenvernichtung", sagt der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin. Unterschlagen werde dabei, dass die Vertreibung der Deutschen, so sehr es Unrecht war, "in allererster Linie Folge nationalsozialistischer Vernichtungspolitik" gewesen sei - und in einer beispielhaften Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik endete.

Die Ausstellungsmacher fühlen sich von dieser Kritik freilich nicht getroffen. Dass im Kronprinzenpalais die Integration von etwa 14 Millionen Vertriebenen ausgespart wird, hat mit einem Kuriosum deutscher Ausstellungsgeschichte zu tun. Direkt gegenüber, im Deutschen Historischen Museum, gibt es nämlich schon seit Mai eine andere Schau zum selben Thema zu sehen - übrigens, ohne dass sie geschichtspolitischen Anstoß im In- und Ausland erregt hätte.

Unter dem Titel "Flucht, Vertreibung, Integration" präsentiert dort das Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Wanderausstellung, die einen Schwerpunkt auf die erfolgreiche Eingliederung der Vertriebenen legt. Sie sollte am 13. August enden, wurde jedoch soeben bis Ende dieses Monats verlängert.

So werden sich beide Ausstellungen zeitlich und inhaltlich überschneiden. Dass es keine terminliche und inhaltliche Absprache zwischen den Projekten gab, hat eine politische Vorgeschichte. Bei der Planung der Bonner Ausstellung habe es sich ursprünglich um ein "Ablenkungsmanöver" der Bundesregierung gehandelt, sagt Erika Steinbach. "Der damalige Kulturstaatsminister Michael Naumann wollte dem Thema Zentrum gegen Vertreibungen ausweichen. Deshalb sagte er mir: Machen wir erst einmal eine Ausstellung im Bonner Haus der Geschichte, und dann sehen wir weiter." Das war 2000 - erst fünf Jahre später, im Dezember 2005, wurde die Ausstellung in Bonn eröffnet. Nach Berlin wird sie im Herbst in Leipzig gastieren.

Steinbach will darin dennoch kein Konkurrenzunternehmen sehen, empfindet die andere Ausstellung in unmittelbarer räumlicher Nähe vielmehr als ideale Ergänzung. Ihrer eigenen Initiative schreibt sie es zu, dass die Beschäftigung mit den Vertreibungen überhaupt in Gang gekommen sei.

Das Zentrum gegen Vertreibungen plante seine eigene Ausstellung indes in sorgfältiger Abgrenzung zu dem Bonner Projekt. So trat der paradoxe Effekt ein, dass die "offizielle", von der damaligen rot-grünen Bundesregierung initiierte Bonner Ausstellung sich im engeren Sinne dem nationalen Vertreibungsschicksal widmete, während die deutschtümelnder Umtriebe verdächtigten Steinbach-Leute in die europäische Gesamtperspektive auswichen. "Um den anderen nicht das Feld zu überlassen, haben beide Seiten jeweils das gemacht, was sie eigentlich gar nicht machen wollten", sagt Helga Hirsch - eine ironische dialektische Pointe im ansonsten todernst geführten Streit um das korrekte Erinnern an die deutsche Vergangenheit.

Die Kuratoren Wilfried Rogasch, Katharina Klotz und Doris Müller-Toovey haben alles daran gesetzt, der Ausstellung im Kronprinzenpalais jeden Geruch nationalen Gedenkkitsches zu nehmen. Der erste Ausstellungsraum ist mit einer riesigen Europakarte ausgeschlagen, sodass sich der Besucher gleich von Anfang an jeder national zentrierten Perspektive entsagen muss. Dieser erste Raum dient der Information über die historisch-politischen Hintergründe der ausgewählten Vertreibungsfälle.

In den folgenden Themenräumen - Heimat, Fluchtwege, Lager, Rechtssituation, Dialog - setzt die Ausstellung jedoch vor allem auf emotionale Effekte. In Schaukästen, die wie gestapeltes Gepäck aufgetürmt sind, werden Gegenstände ausgestellt, die flüchtende Menschen retten konnten.

Dieses Ausgreifen ins Allgemeinmenschliche wird seine identifikatorische Wirkung nicht verfehlen. Die Gefahr ist jedoch das Abgleiten ins Unverbindliche. In der Einsicht, dass allen heimatvertriebenen Menschen Leid zugefügt wurde und sich Derartiges nicht wiederholen darf, können sich alle schnell treffen. Zur Kontroverse, welcher Platz dem

Schicksal der deutschen Vertriebenen im kollektiven Gedächtnis der Nation gebührt, trägt dieser grundlegende humanitäre Reflex jedoch wenig bei. Das Vertriebenenthema ist in der postmodernen Erinnerungskultur angekommen.

05.08.06 Frankfurter Rundschau

Matthias Arning

Kommentar Vertreibung: Nichts gelernt

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare_aus_der_zeitung/?em_cnt=941921

Die Geschichte ist eine Lehrmeisterin des Lebens. Davon war man zumindest in der Antike überzeugt. Auch der Bund der Vertriebenen ließ sich in den vergangenen Jahren von der Lehrmeisterin lenken. Die Organisation, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer wieder unter den Verdacht des Revanchismus geraten war, und voran ihre Präsidentin Erika Steinbach sahen ein, dass sich Ausgrenzung, Vertreibung und systematische Vernichtung nicht ohne weiteres miteinander vergleichen ließen. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis entstand auch die Ausstellung über Flucht und Vertreibung, die am kommenden Donnerstag in Berlin eröffnet wird.

Für die Vertriebenen könnte diese Dokumentation der vielleicht entscheidende Impuls für ein Zentrum gegen Vertreibungen sein. Gelingt es also, das Schicksal der Armenier, der Deutschen und das der Menschen im ehemaligen Jugoslawien nebeneinander zu dokumentieren, ohne Unterschiede kurzerhand zu verwischen, wäre für das ehrgeizige Projekt eines Dokumentationszentrums wohl viel gewonnen.

Doch in die Vorbereitungen der Ausstellung hinein platzt die "Preußische Treuhand" mit Entschädigungsansprüchen gegen Polen. Eine Vertriebenenorganisation, die bislang nicht durch Sensibilität der Geschichte gegenüber aufgefallen ist. So lässt sich wohl auch dieses aus der Historie schlussfolgern: Nicht immer findet die Lehrmeisterin als Autorität wirklich Akzeptanz.

04.08.06 Freitag S. 8

Joanna Mieszko-Wiorkiewicz

Leidkultur. Geschichtsverdrehung. Der Plan eines "Zentrums gegen Vertreibungen" rückt mit der Ausstellung "Erzwungene Wege" ein Stück näher

<http://www.freitag.de/2006/31/06310802.php>

Am 10. August soll es so weit sein: Im Kronprinzenpalais in der Mitte Berlins wird die Ausstellung "Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" eröffnet. Die Ausstellung gilt vielen als symbolischer Grundstein für das geplante "Zentrum gegen Vertreibungen", das seit über sieben Jahren von Seiten der Vertriebenenverbände angestrebt wird. Zwar fehlt diesem Vorhaben noch der gewünschte regierungsamtliche Segen, doch der ist mit der großen Koalition wahrscheinlicher geworden. Indessen ist die Kritik von polnischer Seite in letzter Zeit harscher geworden.

Bereits Mitte 1999 wurde auf dem "Tag der deutschen Heimatvertriebenen" in Berlin der Vorschlag einer "Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen" angekündigt. Der anwesende Innenminister Otto Schily unterstützte das Ansinnen sofort. Ein Jahr später legte der Bund der Vertriebenen (BdV) ein Konzept vor, in dem ein "Zentrum gegen Vertreibung" (ZgV) erstmals offiziell präsentiert wird. Erst später wurde der Plural "Vertreibungen" zur Anwendung gebracht und eine "europäische Perspektive" hinzugefügt. Dass das Projekt Zustimmung von weit nach rechts bis weit nach links gewinnen konnte, war insofern erstaunlich, als das Thema Flucht und Vertreibung wie kein anderes in der Geschichte der Bundesrepublik ausgesprochen umfassend erinnert und erforscht worden ist.

Diesmal jedoch ging es um etwas anderes: Ein zentrales Mahnmahl sollte entstehen, aus öffentlichen Mitteln finanziert und staatlich geweiht, das die Aufgabe hätte, ein einheitliches Geschichtsbild durchzusetzen. Die Mutter des Projekts, BdV-Präsidentin und

CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, stellte von Anfang an die Intentionen für ein solcherart geplantes Zentrum klar: Es soll "in geschichtlicher und räumlicher Nähe" zum Holocaust-Mahnmal in Berlin entstehen und konzeptionell dem US Holocaust-Memorial-Museum in Washington ähneln. Steinbach formulierte im Jahr 2000: "Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein." Damit die alltägliche landsmannschaftliche Verdrehung der Geschichte mit den Deutschen als größter Opfergruppe des Zweiten Weltkriegs öffentliche und staatliche Sanktionierung erhält, sucht die "Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen" die Nähe der anderen größten Opfergruppe, der Juden. So weist die Homepage der Stiftung unter den Unterstützern viele prominente Juden in Deutschland aus: Ralf Giordano, György Konrad, Imre Kertesz, Michael Wolffsohn. Für "wissenschaftliche Objektivität" sorgen zusätzlich die telegensten Geschichtsinterpreten, wie Arnulf Baring, Guido Knopp und Joachim Gauck.

"Mehr als 15 Millionen Deutsche und viele andere Völker waren im 20. Jahrhundert Opfer ethnisch begründeter Austreibungen", wird Steinbach nicht müde zu wiederholen. Während die Zahl der "ausgetriebenen" Deutschen in ihren Reden von Jahr zu Jahr wächst, schmilzt die Zahl der von den Deutschen umgebrachten Juden, Sinti, Roma, Polen und Russen in der deutschen Statistik schneller als die Gletscher der Alpen. Die Ausstellung "Erzwungene Wege" wird vorführen, dass vor allem auch "im europäischen Kontext" die Deutschen nicht nur Täter, sondern vor allem Opfer anderer Völker waren. Dafür thematisiert man "beispielhaft" auch andere europäische Völkermord- und Vertreibungsschicksale. Planmäßig löst "Erzwungene Wege" die Bonner Ausstellung "Flucht, Vertreibung und Integration" ab, die derzeit fast direkt gegenüber im Deutschen Historischen Museum läuft (bis 13. August), und die in gewisser Weise als Vorfeldarbeit zu Steinbachs Projekt gelten kann. Wegen der zu erwartenden Verdrehungen, Umdeutungen und Verschleierungen haben sich auf Initiative von Hans Henning Hahn und Samuel Salzborn zahlreiche Publizisten, Wissenschaftler und Politiker weltweit zu einem Protest zusammengeschlossen. Auch die staatlich angeordnete Idee eines internationalen wissenschaftlichen Netzwerkes hat die Pläne der Vertriebenenverbände nicht behindert.

Solch hoch angelegte Aufgaben wie das ZgV brauchen ihre Opfer, auch wenn das die Zertrümmerung des deutsch-polnischen und des deutsch-tschechischen Konsenses bedeuten mag. Für die Stiftung schien es ausreichend, sich von den Vorhaben der Preußischen Treuhand offiziell zu distanzieren - aber wohl nicht von der "Charta der Vertriebenen", die die Grenzen von 1945 revidieren will und das "Recht auf Heimat" verkündet. Die Kritik aus Polen ist, so Erika Steinbach, "für uns in Deutschland *rational* nur schwer nachvollziehbar". Da die Polen bedauerlicherweise nie rational und immer unberechenbar waren, wurde auf sie am 1. September 1939 "zurückgeschossen". Bekannterweise hat damit das deutsche Leid angefangen.

20 (2006) Museumsjournal Heft 3, S. 66-67

Klotz, Katharina

Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

11.-August bis 29. Oktober 2006, Ausstellung im Kronprinzenpalais

20 (2006) Museumsjournal Heft 3, S. 64-65

Westholt, Hans-Joachim

Flucht, Vertreibung, Integration

Noch bis 13. August, Ausstellung im DHM

26.07.06 Frankfurter Rundschau

Nutt, Harry

Etwas wird sichtbar. Diskussion um Flucht und Vertreibung in neuer Phase Die Ausstellungen

Drei Tage überschneiden sich die Ausstellungen zum Thema Vertreibung in Berlin. Bis zum 13. August läuft noch die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" im Deutschen Historischen Museum. "Erzwungene Wege" ist der Titel einer Ausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung, die vom 10. August an im Berliner Kronprinzenpalais Unter den Linden zu sehen ist.

"Erzwungene Wege", der Titel klingt ausweichend unscharf. Der Zwang verweist auf Gewalt, die Wege aber eröffnen Zuversicht. Das Plakat zeigt eine weiß-schwarze Europakarte, auf der die Ländergrenzen unsichtbar sind. Eine Utopie der Grenzenlosigkeit und Freiheit ist auf dieser Karte gewiss nicht verzeichnet. Das konturlose Weiß ruft eher die Schrecken eines raumgreifenden Nihilismus ins Gedächtnis: die Landkarte als weißes Meer, in dem Orientierung unmöglich geworden ist.

"Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts" lautet der Untertitel zur Schau "Erzwungene Wege", die am 10. August im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet werden soll. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibung wird auf 600 Quadratmetern am Boulevard Unter den Linden eine Ausstellung bespielen, deren Vorhaben noch vor Monaten stets von Worten wie "Tabu" und "umstritten" begleitet wurde.

Trotz aller Beteuerungen und parteiübergreifenden Absichtserklärungen, die europäische Dimension von Vertreibung und Genozid in den Blick nehmen zu wollen, stand die Initiative des Zentrums gegen Vertreibung lange im Verdacht, ein raffiniertes Unterfangen aus dem Geist des Revanchismus zu sein. Weit über die engen deutschen Diskursgrenzen hinaus wurde sie vor allem in Polen und Tschechien einmal mehr als eine Frage nach den Selbstdarstellungsbedürfnissen eines Tätervolks wahrgenommen. Sollte ein solches Zentrum, wie immer es auch aussehen und arbeiten kann, ausgerechnet in Berlin entstehen, von wo aus Mord und Vertreibung als zynisch-technokratisches Jahrhundertprojekt dirigiert worden sind?

In diesem Sommer hat sich viel getan in Berlin. Die Dauerausstellung im Zeughaus des Deutschen Historischen Museums (DHM), deren Eröffnung wohl auch aus geschichtspolitischer Überanstrengung immer wieder verschoben worden war, hat inzwischen auf beinahe entspannte Weise ihr Publikum gefunden. Eine Beliebigkeit in der Darstellung und ein konzeptionelles Ausweichen vor schwierigen Kapiteln sind kritisch angemahnt worden. Erbitterte Wortgefechte um ein Stück nationaler Selbstrepräsentation aber finden nicht statt. Mit dem auffälligen Bedürfnis, sich als Gemeinschaft zu definieren - und sei es auch nur zur WM-Party in Schwarz, Rot und Gold -, geht eine Lockerung auf dem Feld ideologisch einst hart umkämpfter Territorien einher.

Auch die Geschichte einer gelingenden Ankunft im Staat

Im Pei-Bau des DHM läuft seit Anfang Juni, ebenfalls mit sehr viel Zuspruch, die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration", die zuvor bei der Premiere im Bonner Haus der Geschichte noch den prüfenden Blicken der political correctness ausgesetzt war. Aus einem geschichtspolitischen Spannungsbereich hervorgegangen, in dem man viel falsch machen kann, ist die von Bonn nach Berlin umgezogene Ausstellung nun auch als eine bundesrepublikanische Erfolgsgeschichte zu lesen. Erzählt werden darin weniger das Leid der Vertreibung und Ängste der Flucht, als eine allmählich gelingende Ankunft im sich neu konstituierenden föderalen Staat. Die steifen Behauptungsstrategien von Volksgruppen und Landsmannschaften gehören längst zur Folklore eines weitgehend egalitären Landes. Während auf der Vorderbühne gegenwärtig eine prekäre Migration zahlreiche ungelöste Fragen aufwirft, vergewissert man sich seiner Integrationserfahrung auf der Hinterbühne.

Es hat darüber hinaus den Anschein, als trage das Medium Ausstellung selbst zur Entkrampfung der Debatten bei. Das Zusammenspiel von authentischen Exponaten und nüchternen Erläuterungstafeln wirkt wie ein Korrektiv zum Kampf um Deutungshoheit, in dem Flucht und Vertreibung als geschichtliche Fakten über Jahrzehnte von Anspruchshaltung und politischer Dogmatik verdeckt waren. Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, genießt die neue Legitimität, die ihr Lebensthema inzwischen gewonnen hat. Die CDU-Politikerin hat eine Koalition der Willigen zusammen gebracht, die sich aus der historischen Neubewertung auch politischen Distinktionsgewinn verspricht. Rückenwind hat sie dabei bekommen von biografischen Lebensberichten und künstlerischen Auseinandersetzungen wie zum Beispiel Günter Grass' Roman *Im Krebsgang*.

Demonstrative Überwindung enger Parteigrenzen

Das "sichtbare Zeichen", das es laut Koalitionsvertrag in Berlin zum Gedenken an die Geschichte der Vertreibungen geben soll, setzt rein semantisch bereits etwas Illuminierendes an eine Stelle, wo über viele Jahre eher Verdrücktes artikuliert wurde. Nicht geringen Anteil am späten Erfolg eines schwierigen Themas gebühre Peter Glotz, dem im vergangenen Jahr gestorbenen früheren Generalsekretär der SPD, sagt Erika Steinbach. Bis kurz vor seinem Tod habe sie mit ihm immer wieder über die gemeinsame Arbeit für ein Zentrum gegen Vertreibung gesprochen. Geholfen, so Steinbach, habe auch eine beeindruckende Rede Otto Schily's am Tag der deutschen Heimatvertriebenen im Berliner Dom.

Erika Steinbach findet sichtlich Gefallen an der demonstrativen Überwindung allzu enger Partei- und Gesinnungsgrenzen. Zur Eröffnung der Ausstellung werden unter anderen Joachim Gauck und der ungarische Schriftsteller György Konrad sprechen - beide sind allfälligen Instrumentalisierungsversuchen gegenüber gewiss erhaben.

Das Ausstellungsdoublet, die Tatsache, dass etwas sichtbar ist und begangen werden kann, dürfte erheblich dazu beigetragen haben, dass die beharrliche Diskussion um die Gründung eines Zentrums gegen Vertreibung an Schärfe verloren hat. Die Ergänzung zur Ausstellung im DHM, als die Steinbach ihre Schau im Kronprinzenpalais begreift, leuchtet unmittelbar ein. Im so genannten Europasaal der Ausstellung soll chronologisch über mehr als 20 Vertreibungen im 20. Jahrhundert informiert werden. Von den Verfolgungen von Christen im Osmanischen Reich über den Genozid an den Armeniern bis hin zu den ethnischen "Säuberungen" auf dem Balkan soll der vergleichende Blick reichen.

Dem auffälligen Trend zur Musealisierung sind jedoch deutlich Grenzen gesteckt. Eine Ausstellung mag Akzente setzen und vorläufige Statements formulieren, eine verbindliche Botschaft enthält sie eher nicht. Am Ende geht es wohl auch gar nicht um ein "sichtbares Zeichen", das der Koalitionsvertrag den Diskursgruppen wie ein Mitbringsel offeriert hat. Wie die Konferenz "Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945", die das DHM Mitte Juli in Berlin abgehalten hat, zeigte, müsste zunächst noch einmal die Stunde der Wissenschaft schlagen. Gerade sie könnte von einer neuen Offenheit profitieren. In der Hebung neuer Quellen und Neubewertung alter Ergebnisse dürfte die Herausforderung für ein eigentliches Zentrum gegen Vertreibung liegen. So etwas braucht Zeit und wissenschaftliche Besonnenheit. Und es kostet weit mehr als sichtbare Zeichen und Ausstellungen. Das aber wird am Ende das tatsächliche Problem sein.

15.07.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 36

Mönch, Regina

Deutsche Erfolgsgeschichten. Erzwungene Integration: Eine Tagung zur Flüchtlings- und Vertriebenenforschung

22.05.06 Frankfurter Rundschau S. 10

Nutt, Harry

Sichtbare Zeichen. Ausstellungen zur Vertreibung

19.05.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung S. 39

Wefing, Hendrich

Ihr sollt Zeugnis ablegen. Synthese der Erinnerung: Kulturstaatsminister Neumann will die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ dauerhaft in Berlin zeigen

19.05.06 Süddeutsche Zeitung S. 15

jby

Ein Durchbruch. Flucht und Vertreibung: Der Bund plant eine Ausstellung